

Bevölkerungsschutz

4 | 2009

www.bbk.bund.de 

Internationale Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz





Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wie vielschichtig und politisch bedeutsam internationale Kooperationen im Bevölkerungsschutz sind,



erfährt das BBK zur Zeit hautnah. Im Zuge eines deutsch-chinesischen Projektes bildet das BBK an seiner Akademie in Bad Neuenahr-Ahrweiler sowie in China selbst über drei Jahre hinweg hochrangige chinesische Verwaltungsbeamte im Katastrophen- und Krisenmanagement aus. Ziel ist es, das chi-

nische Krisenmanagement nach den Erfahrungen des verheerenden Erdbebens 2008 in Sichuan spürbar effektiver zu gestalten. China hat sich Deutschland und sein weltweit beachtetes System des Bevölkerungsschutzes als Modell ausgesucht, von dem die besten Teilaspekte in das bevölkerungsreichste Land der Erde importiert werden sollen. Für die Regierung der Volksrepublik hat diese Kooperation wichtige politische Aspekte; bietet sie nach Aussage des Präsidenten der Nationalen Verwaltungsschule, Minister Wei Liqun, doch auch die Chance für eine weitere Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen, des besseren strategischen Verständnisses beider Seiten bis hin zur Bewältigung verschiedenster Herausforderungen mit wichtiger politischer Bedeutung (Interview in diesem Heft, S. 17). Das BBK baut derzeit seine internationalen Aktivitäten in Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) und anderen Partnern, wie dem THW deutlich aus. Ursache dafür ist vor allem der enorme Bedeutungszuwachs des Themas angesichts globaler Risiken, wie dem Klimawandel, dem internationalen Terrorismus, von Pandemien und der zunehmenden grenzüberschreitenden Vernetzung Kritischer Infrastrukturen. So verfügt das BBK über inten-

sive Kontakte zu seinen Nachbarländern. Ein besonders schönes Beispiel für die gute bilaterale Zusammenarbeit ist die Schweiz, mit der wir seit Jahren einen intensiven Dialog über Themen wie Infrastrukturschutz, CBRN-Schutz und Ausbildung pflegen. Parallel dazu arbeiten die Bundesländer mit ihren ausländischen Nachbarn in sehr praktischen Fragen des Alltags der Gefahrenabwehr zusammen, wie es Nordrhein-Westfalen mit den Niederlanden in diesem Heft anschaulich demonstriert (S. 22).

Eine weitere, sehr wichtige Herausforderung für den Bund ist die EU und das dortige in Weiterentwicklung befindliche Gemeinschaftsverfahren im Katastrophenschutz. Unter den sich künftig verändernden Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit durch den Lissabon-Vertrag müssen die nationalen politisch-strategischen und konzeptionellen Vorstellungen noch intensiver vorbereitet und gemeinsam mit den Partnern aus der Union in die Waagschale geworfen werden. Das BBK unterstützt hier das BMI mit fachlichem Know-how und schließt sich ausdrücklich der Forderung des dortigen Abteilungsleiters Dr. Manfred Schmidt in diesem Heft (S. 2) an, dass sich die europäische Diskussion darauf konzentrieren muss, die Verfahren zur gegenseitigen Hilfeleistung unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips effektiver, bekannter und transparenter zu gestalten.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe haben per se immer auch eine internationale Seite, da Katastrophen auch vor Grenzen keinen Halt machen. Grund genug für uns, Ihnen mit dem Schwerpunkt dieses Magazins einen kleinen Einblick in die Vielfalt dieses Themas zu geben. Ich wünsche Ihnen eine interessante und spannende Lektüre!

Ihr

Dr. Wolfram Geier

INTERNATIONAL

Die Bedeutung des internationalen Bevölkerungsschutzes für Deutschland	2
Katastrophenrisikomanagement in der VR China	10
Das China-Projekt	12
„Deutschland kann auch von China viel lernen“	17
Gelebtes Europa	22
Safety and Security in internationalen Einsätzen	26
ESRIF	30
Krisenmanagementausbildung für Angehörige des Auswärtigen Amtes	32
Die ganze Welt schaut rein...	34

ZSH

Luftrettung für Ostwestfalen-Lippe	37
------------------------------------	----

FORUM

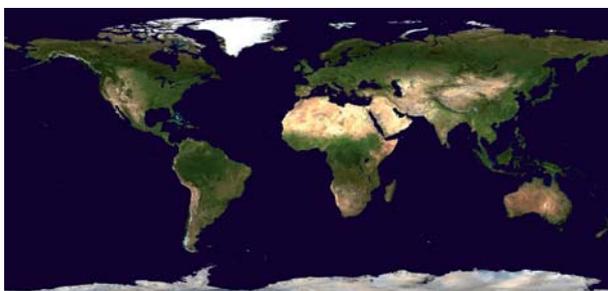
Arbeiter-Samariter-Bund	39
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	41
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	43
Deutscher Feuerwehrverband	46
Deutsches Rotes Kreuz	47
Johanniter-Unfall-Hilfe	49
Malteser Hilfsdienst	51
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	52

RUBRIKEN

Nachrichten	54
Impressum	56

SERIE

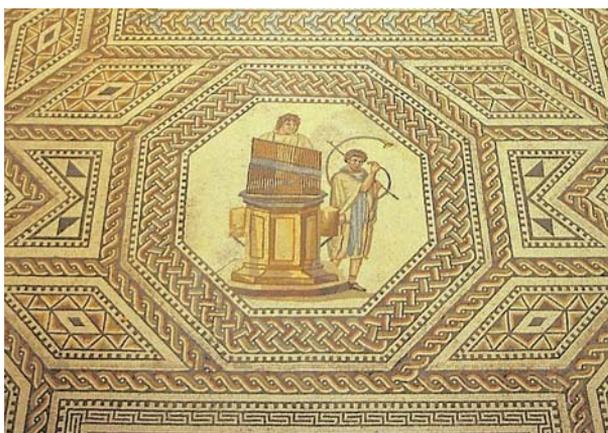
Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----



Angesichts globaler Risiken, wie dem Klimawandel, dem internationalen Terrorismus, von Pandemien und der zunehmenden grenzüberschreitenden Vernetzung Kritischer Infrastrukturen gewinnen internationale Aktivitäten im Bevölkerungsschutz zunehmend an Bedeutung. Ein Überblick S. 2-36.



Das Einsatzgebiet von Christoph 13 ist sehr vielfältig. Neben einer hohen Autobahndichte (A1, 2, 33 und 44), großen verdichteten Stadt- und Industriegebieten, weiten, ländlichen Gebieten, einer großen Zahl von Wasserflächen und Waldgebieten findet man auch Steinbrüche. Die Einsatzzahlen steigen stetig. Stationsporträt S. 37 (Foto: team chr 13)



In der saarländischen Ortschaft Nennig wurde vor über 150 Jahren die größte römische Mosaikfläche nördlich der Alpen freigelegt. Ein bemerkens- und schützenswertes Kulturgut S. 57. (Foto: Gemeinde Perl)

Die Bedeutung des internationalen Bevölkerungsschutzes für Deutschland

Dr. Manfred Schmidt, BMI

Die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes hat sich in den letzten zehn Jahren zweifelsohne rasant entwickelt. Dies betrifft zum einen die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union, aber auch die Zusammenarbeit Deutschlands mit Staaten außerhalb der europäischen Grenzen.

Für den europäischen Kontext sei an das Aktionsprogramm aus dem Jahr 1998 erinnert, mit dem erstmals aktive Beiträge der Gemeinschaft zur Unterstützung von Projekten der Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten geleistet werden konnten. Eine wirklich neue Qualität gewann die Zusammenarbeit mit der Schaffung des EU-Gemeinschaftsverfahrens zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzmaßnahmen im Oktober 2001, mit dem die Gemeinschaft erstmals eine aktive Rolle bei der Unterstützung der Koordinierung grenzüberschreitender Hilfeleistungen der Mitgliedstaaten übertragen bekam. Die Verabschiedung des unter finnischer Ratspräsidentschaft ausgehandelten Finanzierungsinstruments für den Katastrophenschutz im März 2007 und die Neufassung des Gemeinschaftsverfahrens im November 2007, über das unter deutscher EU-Präsidentschaft eine Einigung im Rat erzielt werden konnte, waren weitere Schritte zur Stärkung des gemeinschaftlichen Handelns im Katastrophenfall.

Auch die Unterstützung von Drittstaaten auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dies betrifft sowohl die unmittelbare Katastrophenhilfe, aber insbesondere auch die verstärkte Einbindung in internationale Mechanismen und die Unterstützung beim Aufbau von allgemeinen Krisenmanagementstrukturen.

Beide Aktivitäten lassen sich allerdings nicht schnittgenau voneinander trennen. So hält Deutschland keine ausschließlich EU-bezogenen oder drittstaatenbezogenen Ressourcen vor. Insoweit werden beide Schwerpunkte im Folgenden gemeinsam in Beziehung gesetzt.

Von besonderer Bedeutung wird sein, dass insbesondere die Zusammenarbeit innerhalb der EU zukünftig unter andere Rahmenbedingungen gestellt sein wird.

Während sich die bisherigen EU-Regelungen zum Katastrophenschutz lediglich auf eine Generalklausel stützen, wird mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon erstmals eine spezielle Kompetenz der Union zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Katastrophenschutz begründet werden. Mit qualifizierter Mehrheit (Art 176 c des Vertrages von Lissabon) wird z.B. das Finanzierungsinstrument ausgeweitet werden auf

- Präventionsmaßnahmen der EU,
- finanzielle Unterstützung von Hilfeleistungen, aber auch
- für den Aufbau von EU Kapazitäten oder
- Kapazitäten in den Mitgliedsstaaten.

Darüber hinaus wird das Europäische Parlament erheblich an Einfluss gewinnen. Neben der Anwendung des Mitentscheidungsverfahrens wird das Einstimmigkeitserfordernis durch die qualifizierte Mehrheit ersetzt.

Sobald der Vertrag ratifiziert ist, wird sich die Durchsetzung deutscher Positionen sicherlich nicht einfacher gestalten. Insoweit muss sich auch

Deutschland darauf vorbereiten, Kompromisslinien zu finden, bei denen gleichwohl das System des deutschen Katastrophenschutzes profitiert.

Umso wichtiger ist es, sich (erstens) der gemeinsamen deutschen Position zu vergewissern, (zweitens) durch aktives Tun die Verhandlungspositionen zu verbessern und (drittens) Beiträge zu leisten, um die internationale Zusammenarbeit innerhalb Europas und auch darüber hinaus aufgrund unserer Erfahrungen und Überzeugungen fortzuentwickeln.

Wahrung der Subsidiarität

Es hat sich bewährt, die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung, wie in Deutschland praktiziert, möglichst nah bei den Betroffenen anzusiedeln, d.h. in erster Linie auf der lokalen Ebene, die mit den Verhältnissen vor Ort vertraut und zu einer schnellen unmittelbaren Reaktion in der Lage ist. Allein die Mitgliedstaaten sind in der Lage, die für die nationalen Verhältnisse optimalen grundlegenden Vorkehrungen zum Schutz ihrer Bevölkerung zu treffen.

An diesem Prinzip soll weder in Deutschland (im Verhältnis Bund/Länder) etwas geändert werden, noch könnten europäischen Regelungen zugestimmt werden, die die grundsätzliche Verantwortung für den Bevölkerungsschutz von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft verlagern.

Deutschland wird daher aus tiefster Überzeugung nicht in seinen Anstrengungen nachlassen, das Subsidiaritätsprinzip hinsichtlich des Katastrophenschutzes in der europäischen Union zu wahren.

Solidarität und Eigenverantwortung

Es ist aber unbestritten, dass immer wieder Situationen eintreten können, in denen einzelne Mitgliedstaaten trotz aller Vorsorge mit ihren einzelstaatlichen Kapazitäten bei Großschadenslagen oder speziellen Lagen überfordert sind. Dies haben uns nicht erst die Großkatastrophen der letzten Jahre gezeigt. In solchen Fällen ist die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch die Unterstützung von Drittstaaten eine Selbstverständlichkeit, die sich regelmäßig durch zahlreiche und schnelle Hilfsangebote im Rahmen

des EU-Gemeinschaftsverfahrens und anderer Unterstützungsmechanismen, etwa im Bereich der humanitären Hilfe, manifestiert.

Die Effektivität der Solidarität kann vor allem dadurch erhöht werden, wenn verfügbare Instrumente und Kapazitäten anderer Mitgliedstaaten rasch und koordiniert zur Unterstützung in den betroffenen Mitgliedstaaten eingesetzt werden.

Eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der Katastrophenhilfe spielt dabei das bei der Europäischen Kommission angesiedelte Beobachtungs- und Informationszentrum (MIC).

Deutschland setzt sich kontinuierlich für eine Stärkung der Funktionsfähigkeit dieses Zentrums ein. Unser Engagement ist dabei im Kern darauf gerichtet,

- die personelle und materielle Ausstattung des MIC zu verbessern,
- seine Analyse- und Beratungsfunktion zu stärken,
- die Fähigkeit zur Koordinierungsunterstützung zu verbessern und
- die Servicefunktion des MIC für die Mitgliedstaaten auszubauen.

Eine Umwandlung des MIC in eine operative Einsatzzentrale mit weisungsgebender Befugnis, was in der Diskussion immer wieder vorgebracht wird, wird aber auch künftig von Deutschland nicht mitgetragen werden können. Die Mitgliedstaaten müssen auch in Zukunft für die Einsätze ihrer Hilfstteams und Ausrüstung verantwortlich bleiben; die Gesamtsteuerung der Hilfeinsätze kann nur in der Verantwortung des betroffenen, die lokalen Verhältnisse kennenden Mitgliedstaates liegen.

Sinnvoll ist es in diesem Zusammenhang aber, Eingriffsszenarien für die Planung von Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen innerhalb und außerhalb der EU zu entwickeln. Anhand solcher Szenarien könnten Risikoanalysen durchgeführt und Schutzziele definiert werden. Das Ergebnis dieser Arbeiten wäre Grundlage, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten im Vorfeld konkreter Ereignisse Prozeduren zu entwickeln bzw. zu optimieren, die gezielte und schnellere Katastrophenreaktion ermöglichen. Dabei sind allerdings für den EU Kontext die vertraglich verankerten Befugnisse von Rat, Kommission und Mitgliedstaaten zu beachten und hinsichtlich der humanitären Hilfe die zentrale koor-

dinierende Rolle der Vereinten Nationen zu berücksichtigen.

Korrespondierend zu den Eingriffsszenarien wäre eine tatsächliche Inventarisierung der in Europa vorhandenen Kapazitäten, die für internationale Hilfeleistung verfügbar gemacht werden können, erforderlich. Auf Basis der festgestellten Kapazitäten könnte nämlich eine Bedarfsanalyse entwickelt werden, bei der auch etwaige Ressourcendefizite zu beschreiben wären.

Die Feststellung etwaiger Defizite wäre aber nicht als Zwischenschritt zur Entwicklung von Reaktionsfähigkeiten auf EU-Ebene anzusehen; vielmehr ist nach Möglichkeiten zu suchen, Anreize für die Mitgliedstaaten zu schaffen, national oder in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten die Aufstellung von Engpassressourcen voranzutreiben und sie bei der Ressourcenentwicklung zu unterstützen.



Operatives Organ des EU-Gemeinschaftsverfahrens ist das Beobachtungs- und Informationszentrum (MIC - Monitoring and Information Center) bei der Europäischen Kommission in Brüssel.
(Foto: Schmuttel/pixelio)

Insgesamt muss sich die europäische Diskussion darauf konzentrieren, die Verfahren zur gegenseitigen Hilfeleistung effektiver, bekannter und transparenter zu gestalten, sowohl was die organisatorischen als auch die finanziellen Aspekte betrifft, da Unklarheiten über finanzielle Regelungen im Einzelfall zur Verzögerung der Hilfseinsätze führen können.

Angesichts der Tatsache, dass die Möglichkeit zur anteiligen Transportfinanzierung bisher kaum

in Anspruch genommen wird, scheint sich abzuzeichnen, dass das gewählte Verfahren der Optimierung bedarf. Offenbar ist mehr Transparenz bezüglich der Kostenregelungen auf Seiten der Mitgliedstaaten sowie ein beschleunigtes Entscheidungsverfahren auf Seiten der Kommission erforderlich.

Zur Verbesserung der Koordinierung von Hilfseinsätzen sollte daher eine Evaluierung der im Jahr 2007 neu geschaffenen EU-Instrumente vorrangig in Angriff genommen werden.

Für eine umfassende Bewertung des mit der Neufassung des Gemeinschaftsverfahrens eingeführten Systems der EU-Module ist es hingegen noch zu früh. Die ersten Module sind im Frühjahr 2007 von den Mitgliedstaaten für den Einsatz des Gemeinschaftsverfahrens gemeldet worden. Ausreichende Erfahrung mit dem neuen System müssen erst noch gesammelt werden.

Wir teilen die von der EU-Kommission in ihrer Mitteilung von März 2008 bekundete Auffassung, dass zunächst EU-intern die bereichsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Katastrophenschutz, Humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und anderer Unionspolitiken zu fördern ist und daraus entstehende Synergien zu nutzen sind.

Auf internationaler Ebene ist insbesondere die Kooperation mit den Vereinten Nationen weiter auszubauen. Das EU-Gemeinschaftsverfahren sieht bereits jetzt vor, dass sich die EU-Katastrophenhilfe vor Ort in die umfassenden Aktionen der Vereinten Nationen integriert und die Führungsrolle der VN bei der Koordinierung respektiert. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit sind vor allem die zuletzt in einem Seminar unter französischer Präsidentschaft diskutierten praktischen Schritte umzusetzen (u.a. Zusammenarbeit bei Bedarfs- und Lagebewertungen, Verknüpfung der Informationssysteme, Abstimmung bzgl. der Hilfseinsätze auch auf zentraler Ebene).

Die internationalen Aktivitäten des BMI im Bevölkerungsschutz umfassen neben den vorgenannten Aktivitäten auch die Arbeit in den einschlägigen NATO-Gremien, im Besonderen im NATO-Oberausschuss für die zivile Notfallplanung und im NATO-Zivilschutzausschuss. Zwar werden hier die Prioritäten durch die originäre Aufgabenstellung der NATO gesetzt, darüber hinaus geben jedoch die sicherheitspolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre Anlass, vielfältige Projekte im Rah-

men des internationalen Schutzes der Zivilbevölkerung zu initiieren und umzusetzen. Schwerpunkt bildet hier der Aktionsplan Zivilschutz, der zum einen zahlreiche präventive, vorsorgende und responsive Maßnahmen enthält, die Bevölkerung im Falle eines Angriffs mit Massenvernichtungswaffen zu schützen bzw. dessen Folgen zu minimieren und zum anderen einen allianzweiten einheitlichen Vorbereitungsstand anstrebt.

Darüber hinaus leistet das im NATO-Hauptquartier angesiedelte Euro-Atlantische Katastrophen-Koordinierungszentrum (EADRCC) für die 50 Mitgliedstaaten des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR) einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Folgen von großflächigen Katastrophen im Bereich der Staatengemeinschaft.

Wie auf EU-Ebene gilt auch hinsichtlich der zivilen NATO-/EAPR-Strukturen, die Koordinierungsmechanismen zu stärken. Dabei ist es unser Ziel, die Schaffung von Doppelstrukturen zu vermeiden und das zivile Krisenmanagement von NATO und EU vor allem in den Bereichen EU MIC und NATO EADRCC weitestgehend zu vernetzen.

Instrumente und Maßnahmen des Krisenmanagements

2006 verabschiedete der Europäische Rat die Vereinbarung zum Krisenmanagement mit grenzüberschreitenden Auswirkungen. Damit hat sich die EU ein Instrument geschaffen, das die rasche politische Koordinierung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten bei Katastrophen und Krisen ermöglichen soll. Dies gilt sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU und geht über rein praktische Maßnahmen zur Katastrophenverhütung, -vorsorge und -reaktion hinaus.

Zentrales Gremium für die Koordinierung politischer Entscheidungen der Mitgliedstaaten ist in diesem Verfahren der Ausschuss der Ständigen Vertreter in Brüssel, dem durch eine Steuerungsgruppe hochrangiger Beamter und eine beim Generalsekretariat des Rates angesiedelte Unterstützungsmaschinerie die notwendigen Grundlagen für rasche Entscheidungen bereitgestellt werden sollen.

Bisher ist kein Fall eingetreten, der eine praktische Anwendung des Verfahrens erforderlich gemacht hätte. Dennoch ist es sinnvoll, sich weiterhin

an Übungen zu beteiligen, um die nationale Anbindung an das Verfahren und das Zusammenspiel mit nationalen Krisenmanagementstrukturen zu testen. Ebenso macht man sich auf diese Weise mit den Prozeduren auf EU-Ebene vertraut und arbeitet an der Weiterentwicklung des Verfahrens mit. So sind die Mitgliedstaaten im Ernstfall auch auf eine optimale Koordinierung mit den europäischen Partnern vorbereitet.

Hervorzuheben ist, dass die deutsche Position in Europa und darüber hinaus auch weltweit wachsendes Gewicht erhält, weil sich Deutschland im Sinne der genannten Prämissen gerade der internationalen Solidarität nicht entzieht. Deutschland engagiert sich u.a. durch:

- aktive Teilnahme Deutschlands mit Einheiten und Experten des THW an internationalen Hilfseinsätzen (2008: China, Myanmar, Ecuador, Republik Moldau, Haiti)
- Grenznachbarschaftliche Hilfe der einzelnen Bundesländer und Kommunen
- Vielfältige internationale Zusammenarbeit der sonstigen Akteure, insbesondere der Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz
- Vorhaltung von international anerkannten THW-„Schnell-Einsatz-Einheiten“ für Rettung und Bergung sowie für Trinkwasserversorgung
- Vermittlung von Engpassressourcen und sonstigen Unterstützungsleistungen über BBK / GMLZ
- Entsendung von Experten
- 14 gemeldete Module im Europäischen Gemeinschaftsverfahren
- Unterstützung beim Aufbau neuer und Ausbau der vorhandenen Krisenkommunikations-, -management- und Katastrophenschutzstrukturen in Europa und Drittstaaten
- den fachlichen Austausch bei der Fortentwicklung von gemeinsamen Risikoanalysen
- internationale Seminare an der AKNZ und der THW-Bundesschule.

Daneben hat Deutschland bislang zwölf bilaterale Hilfeleistungsabkommen geschlossen. Zusätzlich zu den neun Nachbarstaaten Deutschlands bestehen Hilfeleistungsabkommen mit der Republik Litauen, der Russischen Föderation und der Republik Ungarn. Weitere stehen kurz vor dem Abschluss. Der Informations- und Erfahrungsaustausch

in den einzelnen Bereichen des Bevölkerungsschutzes bildet dabei auch die Basis für die Weiterentwicklung der Hilfeleistungsabkommen und die effektive und effiziente Unterstützung im Katastrophenfall. Damit im Ernstfall die bestehenden Kontakte effektiv und effizient genutzt werden können, müssen die bestehenden Hilfeleistungsabkommen gelebt und die Ansprechpartner bekannt sein.

Vor diesem Hintergrund hat sich auch das Aufgabenspektrum des BBK im internationalen Kontext in den vergangenen Jahren stetig erweitert. Im Rahmen des europäischen Gemeinschaftsverfahrens führt das BBK u. a. High-Level-Kurse an der AKNZ durch und greift auf eine erfolgreiche operative Zusammenarbeit zwischen MIC und GMLZ zurück.

Außerdem bildet das BBK Soldaten der Bundeswehr und Angehörige ziviler Behörden, Organisationen und Institutionen in zivil-militärischer Zusammenarbeit im Ausland (Civil Military Cooperation - CIMIC) aus, beteiligt sich an der Weiterentwicklung des internationalen Krisenmanagements der Bundesregierung, der NATO und der UN, trägt insbesondere durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen vielfältig zur humanitären Auslandshilfe und Entwicklungszusammenarbeit bei (z.B. im Rahmen von Safety und Security-Seminaren für Mitarbeiter von Behörden, Organisation und Institutionen mit Aufgaben in Krisengebieten). Die Beratung beim Aufbau von Krisenmanagement- und Katastrophenschutzstrukturen und Ausbildung von Multiplikatoren in Drittstaaten (z.B. China, demnächst Afghanistan) bilden einen neuen Schwerpunkt im internationalen Aufgabenspektrum des BBK, der in Zukunft weiter ausgebaut werden soll.

Daneben ist das THW aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen international tief vernetzt und bringt sich mit seiner Fachexpertise auf verschiedenen Ebenen – sowohl bei der EU als auch bei den VN – in die Gestaltung und Weiterentwicklung internationaler Hilfeleistungssysteme ein. So engagiert sich das THW z.B. bei der Weiterentwicklung internationaler Standards im Bevölkerungsschutz im Rahmen der „International Search and Rescue Advisory Group“ der VN. Und das THW wird im Ausland in zunehmendem Maß als Berater gefragt, wenn es Regierungen und Organisationen bei der Entwicklung ehrenamtlicher Strukturen und eines funktionierenden Katastrophenschutzes unterstützt.

Darüber hinaus ist es langjähriger operativer Partner verschiedener Organisationen der Vereinten Nationen, so z.B. des Hohen Flüchtlingskommissars der VN oder des World Food Programmes und steht als „ziviler Beitrag der Bundesrepublik Deutschland“ im Rahmen von Friedensmissionen der Vereinten Nationen zur Verfügung.

Aufgrund seiner Struktur ist das THW in der Lage, auf Hilfsanforderung auch im grenznahen Bereich schnell und unbürokratisch zu reagieren. Mit Luxemburg, Tschechien und Polen bestehen bilaterale Vereinbarungen zwischen dem THW und der jeweiligen Partnerorganisation, die zusätzliche Verfahrensfragen klären und die gegenseitige Ausbildungsunterstützung und gemeinsame Übungen festschreiben. Hierzu werden grenzüberschreitende Übungen und Großübungen durchgeführt (teilweise finanziert von der EU).

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber auch, dass steigende Anforderungen bei der Komplexität der Einsätze des THW zu verzeichnen sind. Gerade die Durchführung von THW-Einsätzen in immer komplexerem Sicherheitsumfeld wird zukünftig weitere besondere Ausstattungen und Maßnahmen erfordern.

Die Einsätze der Zukunft werden zunehmend über den Bereich der humanitären Soforthilfe hinausgehen und mit technischer Überlebenshilfe, der Unterstützung beim Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur und Prävention verzahnt werden müssen.

Dabei werden besonders die Arbeitsfelder Logistik, Infrastruktur und Führungsunterstützung zukünftig an Bedeutung gewinnen. Dazu müssen die im Inlandseinsatz erprobten Fähigkeiten des THW gezielt für den Auslandseinsatz weiterentwickelt werden.

Die Aufstellung von Einheiten nach internationalen Standards (z.B. EU-Module), die Optimierung der Schnell-Einsatz-Einheiten Wasser und Bergung, der Ausbau der Auslandsdatenbank durch weitere Qualifizierung von Einsatzkräften muss deswegen vorangetrieben werden, um die internationale Einsetzbarkeit des THW auszubauen. Die Auslandsarbeit des THW ist zweifelsohne das zweite fundamentale Standbein der Bundesanstalt.

Für den Auslandseinsatz sind in der Zukunft aber auch die Abstimmungsprozesse innerhalb Deutschlands weiter zu verbessern. Dazu gehört auch eine Angleichung der Entsendebedingungen

gen und der Informationsflüsse für eine Verbesserung der ressortgemeinsamen Planungen in internationalen Operationen.

Gerade hierzu ist es gelungen, im Bundeshaushalt für Auslandseinsätze besondere Haushaltstitel auszuweisen, die es ermöglichen, auch den Auslandseinsatz anderer als der bundeseigenen Einheiten (z.B. der Feuerwehren oder Hilfsorganisationen) zu finanzieren. Dies gilt sowohl für Einsätze im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens als aber auch für Einsätze des Katastrophenschutzes im besonderen Interesse des Bundes. Wir werden im Herbst dem Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz ein entsprechendes Verfahrenskonzept, das auch auf die Versicherungsfrage eingeht, vorlegen.

Wissenstransfer und vernetzte Aus- und Weiterbildung

Letztlich werden für unsere nationalen Konzepte die europäischen bzw. internationalen Einflüsse in zunehmendem Maße bestimmend. Deshalb gilt es, an den internationalen Entwicklungen zu partizipieren und sie durch Präsenz in den entsprechenden Veranstaltungen und Foren mitzugestalten. Dies ist vor allem im Aus- und Fortbildungsbe- reich der Fall, der in den letzten Jahren eine besondere Dynamik entwickelt hat. Die im internationalen Kontext erzielten Ergebnisse gilt es, in den eigenen Konzepten und Entwicklungen zu verwerten. Darüber hinaus ist bedeutsam, sich abzeichnende Prozesse mitzugestalten und mit Partnern für alle Beteiligten gewinnbringend zusammenzuarbeiten.

Entscheidend für den Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen auf europäischer Ebene sind, neben dem Engagement, insbesondere das Wissen und die Fähigkeiten der handelnden Personen in den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen. Die gemeinsame Nutzung des EU-weit vorhandenen Wissens und der praktischen Erfahrungen zu Ausbildungszwecken dürfte insgesamt das Aus- und Fortbildungsniveau in jedem einzelnen Mitgliedstaat fördern. Gerade für Einsätze im EU-Gemeinschaftsverfahren und für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen könnte ein einheitlicher Wissens- und Ausbildungsstand erreicht werden, der das effiziente Zusammenwirken bei internationalen Einsätzen erheblich vereinfachen würde.

Bereits jetzt wirken BBK/AKNZ und THW bei der Entwicklung und Umsetzung von Ausbildungsmaßnahmen und ihrer Curricula mit, identifizieren – teilweise in Zusammenarbeit mit Feuerwehren und privaten Hilfsorganisationen – Module für den Einsatz entsprechend den von der EU erarbeiteten Szenarien und bilden Einsatzkräfte gemäß dem mehrstufigen EU-Ausbildungssystem aus. AKNZ und Bundesschule des THW gehören inzwischen zu den führenden Ausbildungsstätten in der EU.

Der Status als anerkannte Centers of Excellence ist weiter auszubauen. BBK/AKNZ und THW werden sich dazu u.a. verstärkt um die Übernahme von Seminaren bewerben.



AKNZ (im Bild das Verwaltungsgebäude) und Bundesschule des THW gehören inzwischen zu den führenden Ausbildungsstätten in der EU. (Foto: BBK)

Deutschland unterstützt darüber hinaus aktiv den Vorschlag der Kommission, auf Ebene der EU die vorhandenen Trainings- und Schulungseinrichtungen der Mitgliedstaaten zu vernetzen.

Ziel einer engeren Zusammenarbeit der Trainings- und Schulungseinrichtungen auf EU Ebene ist aus unserer Sicht die Verbesserung der gegenseitigen Kenntnisse der Katastrophenschutzsysteme und -strukturen. Auch könnte die Zusammenarbeit zwischen Katastrophenschutzeinheiten und den Akteuren der humanitären Hilfe im engeren Sinne durch Übungen oder gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen gefördert werden. Eine wesentliche Intention ist schließlich auch der allgemeine Austausch über bewährte Verfahren, um diese in die nationale Ausbildung zu übertragen.

Ein solches Netzwerk auf EU-Ebene kann und darf selbstverständlich die nationale Ausbildung im Bevölkerungsschutz nicht ersetzen. Auch eine Harmonisierung der nationalen Ausbildungen ist aufgrund der unterschiedlichen Gefahrenabwehrsysteme und der landesspezifischen Gegebenheiten nicht sinnvoll. Hier muss die Aus- und Fortbildung in der nationalen Verantwortung bleiben.

Insgesamt versprechen wir uns durch eine engere internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ausbildung eine effizientere Gestaltung der Katastrophenbewältigungshilfe.

Prävention und -vorsorge im Verhältnis zur Katastrophenreaktion

Der tatsächliche Schlüssel zu einem effektiveren Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen liegt aber in erster Linie in wirksamen Maßnahmen der Prävention.



(Foto: Tonia Pöppler/pixelio)

Insbesondere vor dem Hintergrund von Waldbrandkatastrophen im südlichen Europa konzentriert sich die Diskussion auf europäischer Ebene immer wieder auf den Ausbau der Katastrophenreaktion. Die Kommission zur Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der Europäischen Union hat zwei Mitteilungen betreffend ein „Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Naturkatastrophen und von

Menschen verursachten Katastrophen“ veröffentlicht. Die Mitteilungen vom März 2008 und Februar 2009 enthalten bereits eine Reihe von Elementen zur Stärkung der Katastrophenprävention und dies nicht zuletzt als Reaktion auf die von Deutschland und einigen weiteren Mitgliedstaaten vertretenen Positionen. Die Erkenntnis, dass in der Prävention der Schlüssel zum Erfolg liegt, scheint sich in der EU-weiten Diskussion damit zunehmend durchzusetzen.

Dies zeichnet sich auch im Rahmen der Diskussion um die „Union für das Mittelmeer“ ab. Nach anfänglichen Positionspapieren, die Doppelstrukturen bis hin zu einem Aufbau von eigenen operativen Strukturen vorsahen, ist nach langwierigen Diskussionen jetzt Zielrichtung, die Mittelmeerränder enger an die bestehenden Gemeinschaftsstrukturen anzubinden und dadurch eben keine Doppelstrukturen zu etablieren. Es war auch nicht einfach zu verstehen, warum neben dem MIC ein eigenes operatives Lagezentrum errichtet werden sollte.

Auch in diesem Prozess hat Deutschland nicht einfach nur auf seine Position beharrt, sondern hat vielmehr ein konkretes Projekt auf den Weg gebracht, das EU-weit große Aufmerksamkeit erfahren hat. Vorgeschlagen wird ein Tsunami-Warnsystem im Mittelmeerraum. Der Projektvorschlag basiert auf den technischen Lösungen des gleichen Projektes in Indonesien und wird von drei wissenschaftlichen Institutionen, dem GeoForschungszentrum Potsdam, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und dem Alfred-Wegener Institut, getragen. Vorteil des Projektes ist, dass es zum einen bereits erprobt ist und dass damit erstmals ein Informationssystem im Bereich Katastrophenschutz im Mittelmeer eingerichtet werden könnte. Damit würde ein wichtiger Baustein in den Bereichen „Vorbereitung“ und „Prävention“ geschaffen, zwei Aspekte, die für unsere Position innerhalb der EU von größter Bedeutung sind.

Reaktion und Prävention sind aus deutscher Sicht zwei Seiten einer Medaille, über die nicht getrennt voneinander diskutiert werden kann.

Der Bedarf an Reaktionskapazitäten steht aus unserer Sicht in direkter Relation zu Umfang und Effektivität der getroffenen Präventionsmaßnahmen. Wenn es gelingt, durch vorbeugende Maßnahmen den Eintritt von Schadensereignissen zu verhindern, ihre Häufigkeit zu verringern oder ihre Auswirkungen

gen zu minimieren, wird mehr für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung erreicht, als spektakuläre Rettungsmaßnahmen im Katastrophenfall bewirken können. Im Übrigen betragen die Kosten für Prävention mitunter nur einen Bruchteil der Kosten für die Schadensbehebung und den Wiederaufbau.

Mit intensiver Aufmerksamkeit und Interesse verfolgt Europa daher die im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe entwickelte Methode zur Risikoanalyse, die anders als bloße Gefährdungsabschätzungen auch die Faktoren Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß berücksichtigt.

Die raumbezogene Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz stellt grundlegende Informationen zur Entscheidungsunterstützung in Risikomanagement, Notfallplanung und Krisenmanagement bereit. Sie liefert beispielsweise Erkenntnisse darüber, wo mit welchen Gefahren zu rechnen ist, wie sich diese auf unterschiedliche Schutzgüter (Mensch, Tier, Infrastruktur) auswirken können, wie Einfluss auf das Schadensausmaß genommen werden kann.

Ziel ist die strukturierte Erfassung und kombinierte Analyse vielfältiger Informationen zu Schutzgütern, Gefahren und Risiken in Deutschland. Die Ergebnisse der Risikoanalyse können in Form von bedarfsgerechten und intuitiv erfassbaren Karten dargestellt werden. Gerade die Verwendung eines geographischen Informationssystems auf ihre raumbezogene Anwendbarkeit auf Bundesebene ist hier ein bislang so nicht verfolgter Ansatz. Die Grundlagenarbeit des BBK hat zwischenzeitlich auch Eingang im Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes gefunden.

Ergänzend zu den zahllosen Einladungen aus den Mitgliedstaaten zur Vorstellung der Methode beabsichtigen wir, für die europäischen Partner ein spezielles Seminar zum Thema Risikoanalyse in Berlin durchzuführen. Das Seminar ist für das Frühjahr 2010 geplant und soll gemeinsam mit der Kommission stattfinden.

Insgesamt gilt, dass, sofern Katastrophen nicht vermieden werden können, mit aller Konsequenz versucht werden muss, deren Folgen auf ein Minimum zu begrenzen. Dies ist in erster Linie durch schnelle Reaktion vor Ort möglich. Durch eine Reaktion auf EU-Ebene ist es beispielsweise kaum zu erreichen, die Ausweitung eines lokalen Brandes

zu einer Großkatastrophe zu verhindern. In aller Regel wird die internationale Hilfe zu spät eintreffen, nämlich dann, wenn bereits größere Gebiete betroffen und größere Schäden entstanden sind. Daher müssen sich die Bemühungen auf EU-Ebene darauf konzentrieren, Maßnahmen zur Prävention und Katastrophenvorsorge insbesondere auf nationaler und lokaler Ebene zu initiieren und zu unterstützen. Spätestens hier schließt sich dann der Kreis zwischen Subsidiarität, Solidarität und Prävention.

- Erforderlich ist eine verstärkte Bewusstseinsbildung über Notwendigkeit und Methoden der Prävention, sowohl bei der Bevölkerung und den Behörden als auch auf politischer Ebene, sowie die Verbesserung der Kenntnisse über bestehende EU-Instrumente in diesem Bereich.
- Bestehende Finanzierungsinstrumente, insbesondere die Strukturfonds, sollten zur Stärkung der Prävention besser genutzt und ihre Prioritäten ggfs. neu ausgerichtet werden.
- Gemeinsam entwickelte Leitlinien und Mindeststandards könnten für die Mitgliedstaaten bei ihren Anstrengungen hilfreich sein, Prävention und Vorsorge weiter zu verbessern.
- Zur Erfolgskontrolle böte sich das Instrument der gegenseitigen Begutachtung an, das den von regelmäßig wiederkehrenden Katastrophen betroffenen Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnen würde, noch stärker von den Erfahrungen anderer mit den gleichen Problemen konfrontierter Mitgliedstaaten zu profitieren.

Zum Schluss: Für alle Akteure auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes ist eine enge Zusammenarbeit mit benachbarten Staaten und internationalen Organisationen eine essentielle Aufgabe mit stetig wachsender Bedeutung.

Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre der Fachbeiträge viele neue Erkenntnisse.

Katastrophenrisikomanagement in der VR China

Die Rolle des BBK im Projekt

Christoph Schmidt-Taube und Peter Wilde

„Wie lange braucht das BBK, um 1,33 Mrd. Menschen im Katastrophenrisikomanagement auszubilden?“ Das war die erste Frage, die ein Dozent stellte, als er von dem Projekt erfuhr.

Zwar war die Frage nicht ganz ernst gemeint, aber natürlich war schon zu analysieren, wie sich das BBK in ein so großes Projekt, mit einer geplanten Laufzeit bis 2012, optimal einbringen kann. Schnell wurde klar, dass das BBK mit seiner sehr vielfältigen Fachexpertise und großen Erfahrung zum einen lehrend und zum anderen beratend tätig werden kann. Da das THW über komplementäre Fähigkeiten verfügt lag eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Behörden nahe und wurde auch von Anfang an konsequent in die Praxis umgesetzt.

Mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) wurde Mitte 2009 ein Vertrag geschlossen, der die Umsetzung folgender Aufgaben durch das BBK vorsieht:

- Ausbildung von hohen Verwaltungsbeamten sowie von Dozenten der China National School of Administration (kurz CNSA, vgl. Interview mit Dr. Steiger auf S.12), des neu zu errichtenden National Institutes for Emergency Management (NIEM) und der Provinzverwaltungsschulen,
- Erstellung von Curricula für die Ausbildung administrativ-politischer Verantwortungsträger,
- Beratung des Executive Offices beim Staatsrat sowie der CNSA und der Verwaltungsschulen in den Provinzen zur Verbesserung von administrativ-politischen Krisenmanagementstrukturen.

Die BBK-eigene Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) wurde durch die Behördenleitung mit der Durch-

führung des Projekts federführend beauftragt. Die Planung, Koordinierung und Durchführung übernahm der Lehrbereich 3 – Nationales und Internationales Krisenmanagement und Zivil-Militärische Zusammenarbeit.

Welche Maßnahmen wurden bereits durchgeführt oder sind bisher geplant?

Im April dieses Jahres besuchte die erste chinesische Delegation, bestehend vor allem aus Mitarbeitern der CNSA, für eine Woche das BBK. Dabei wurde den Gästen in enger Zusammenarbeit mit nahezu allen Abteilungen des BBK die Vielfalt der Themen vorgestellt, die für die Ausbildung der verschiedenen chinesischen Zielgruppen von Bedeutung sein könnten. Zusätzlich wurden Exkursionen zum ständigen Stab der Polizei in Köln, zum Krisen- und Führungsstab der Stadt Köln sowie zum Krisenstab des Landes Hessen durchgeführt. Da die Teilnehmer vor dem Besuch in Ahrweiler Ausbildungsabschnitte an der THW-Schule in Neuhausen durchlaufen hatten, wurde ihnen somit ein umfassendes Bild des deutschen Bevölkerungsschutzes vermittelt. Darüber hinaus wurden zusammen mit den chinesischen Partnern, der GTZ und dem THW auch die weiteren Ausbildungsmaßnahmen vereinbart und das Curriculum für die folgende große Delegation abgestimmt. So konnten BBK und THW bereits wenige Wochen später über 50 Professoren und Dozenten der CNSA und der Provinzverwaltungsschulen ausbilden. Wesentliche Inhalte aus Sicht des BBK waren hierbei:

- Krisenmanagementsystem in Deutschland
- Didaktisches Konzept der Krisenmanagementausbildung
- Anlegen von Übungen

- System LÜKEX
- Krisenkommunikation
- Risikoanalyse
- Psychosoziales Krisenmanagement
- Stabsstrukturen / Stabsarbeit

Bei der Konzeption des Seminars war es wichtig, ein breites Spektrum aus Theorie und Praxis des deutschen Bevölkerungsschutzes anzubieten. Dabei verstand sich das Seminar nicht als Einbahnstraße, auf der Informationen nur in eine Richtung gehen. Von vornherein ging es um einen Dialog, um einen gleichberechtigten Austausch von Erfahrungen und Wissen, da auch die deutsche Seite weiterführende Erkenntnisse für die eigene Lehre und Praxis ziehen wollte.

Um theoretische Inhalte praktisch erlebbar zu machen, wurden Unterrichte und Vorträge durch Exkursionen und eine Planbesprechung ergänzt. Im Rahmen dieser Planbesprechung, die ein bevorstehendes Hochwasserszenario als Grundlage hatte, wurde jedem Seminarteilnehmer eine Funktion innerhalb des Verwaltungsstabes eines fiktiven Landkreises zugewiesen. Der Stab musste also versuchen, die vielfältigen Auswirkungen des sich nahenden Hochwassers möglichst gering zu halten. Dazu mussten mögliche auftretende Probleme und mögliche Handlungsoptionen entwickelt und analysiert werden, bevor der Stab dann Entscheidungen treffen konnte. Mit sichtbarem Interesse und großem Engagement arbeiteten zwei Stäbe unter Leitung je eines chinesischen Seminarteilnehmers effektiv zusammen. Dabei machten die Stäbe wertvolle Erfahrungen nicht zuletzt auch in der Stabsarbeit.

Im September folgte dann das nächste Seminar mit 42 Bürgermeistern und Vize-Bürgermeistern von chinesischen „Kleinstädten“ mit über einer halben Million Einwohnern. Insgesamt vertreten

die Angehörigen der Delegation zusammen mehr als 60% der chinesischen Bevölkerung. Für diese hochrangige Gruppe, die über eine Woche an der AKNZ verbrachte, wurde der Praxisanteil noch weiter erhöht.

Gegen Ende dieses Jahres werden wir damit beginnen, zehn Dozenten des NIEM in Peking auszubilden, die dann im Folgejahr ebenfalls die AKNZ besuchen werden, um das deutsche Krisenmanagement sowie die Lehrmethoden der AKNZ näher kennenzulernen. Später werden sie dann in zwei weiteren Ausbildungsabschnitten in Peking vertiefend von Dozenten der AKNZ geschult. Ab



Das erste Seminar für Professoren und Dozenten der CNSA und der Provinzverwaltungsschulen fand im Mai an der AKNZ statt. (Foto: BBK)

2011 sollen sie dann selbst Seminare für chinesische Führungskräfte durchführen, wobei geplant ist, sie am Anfang noch von deutscher Seite zu begleiten.

Parallel zu den verschiedenen Schulungen wird das BBK Beratungsleistungen hinsichtlich der Krisenmanagementstrukturen anbieten.

Abschließend ist festzustellen, dass das Projekt sehr erfolgreich gestartet wurde und der fachliche Austausch zwischen dem BBK und den chinesischen Partnern im vollen Gange ist. Aber erst der ganzheitliche Ansatz des Projekts — mit Ausbildungs- und Beratungsleistungen des BBK sowie des THW — wird einen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung des chinesischen Krisenmanagementsystems liefern.

Das China-Projekt

Interview mit Dr. Jürgen Steiger, Peking

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit – kurz GTZ – hat begrifflich in Deutschland einen hohen Bekanntheitsgrad. Ihre Aufgaben hingegen sind weniger bekannt. Klären Sie uns doch bitte auf.

Die GTZ ist ein Unternehmen des Bundes. Das ist ein wichtiger Punkt. Hauptauftraggeber ist nach wie vor das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), auch wenn es mittlerweile andere Ressorts gibt, wie zum Beispiel das Bundesumweltministerium, das Bundeswirtschaftsministerium oder das Bundesinnenministerium, die nicht nur als Kooperationspartner, sondern auch als Auftraggeber der GTZ eine Rolle spielen. Die GTZ arbeitet als Unternehmen der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. In vielerlei Hinsicht wird der Name GTZ falsch verstanden. Nicht nur im Ausland werden wir immer wieder darauf angesprochen, ob wir vielleicht für Technologietransfer stehen. Tatsächlich aber geht es um die Kooperation in fachlichen Bereichen und um Austausch zu wichtigen Themen, wie Umwelt, Klima und Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Die GTZ ist im Auftrag der Bundesregierung auch in China seit langem im Bereich des so genannten „Capacity Building“ aktiv. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff?

Wir sprechen hier im konkreten Fall von „Capacity Development“ im Gegensatz zu „Capacity Building“. Das zeigt die Veränderungsprozesse, die Entwicklung von Strukturen vor Ort auf, d.h. den Aufbau von Kompetenzen von Institutionen. Im Gegensatz zu früher, wo man sehr viel auch selbst in die Hand genommen und selbst agiert hat, ist es jetzt so, dass Beratung und Fortbildung eine wichtige Rolle spielen. Training wird jedoch nicht in dem

Sinn durchgeführt, dass man Menschen vor Ort fortbildet und sagt, wie man etwas besser macht, sondern es geht um die Weitergabe von so genannten „best practices“, also um sehr gute Erfahrungen in verschiedenen Bereichen. Durch die Orientierung an vielfach erprobten deutschen, europäischen und internationalen Standards versucht man Prozesse zu verbessern. Das versteckt sich in dem großen Begriff „Capacity Development“.

Es soll ja auf dem, was vorhanden ist, aufgebaut werden. Es soll ja nichts Fremdes implementiert werden, sondern Vorhandenes soll mit den Erfahrungen Anderer weiterentwickelt werden.

Ja, hier hat ein Paradigmenwechsel insofern stattgefunden, dass man an den bereits vorhandenen Strukturen ansetzt. Zuerst stellen wir uns auf den zu bearbeitenden Aspekt und die beteiligten Institutionen ein, dann erst wird die Entscheidung über die nächsten Schritte gefällt.

In diesem Rahmen berät und unterstützt Deutschland die chinesische Regierung bei der Verbesserung des nationalen Katastrophenschutzes und des strategischen Krisenmanagements. Wie schätzen Sie die politische und fachliche Bedeutung dieses gemeinsamen Projektes von GTZ, BMI, BBK und THW ein?

Hier ein ganz wichtiger Punkt vorab: Wir haben von vornherein, als nach dem verheerenden Erdbeben am 12. Mai die Anfrage nach Unterstützung aus China kam, das Bundesinnenministerium, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wie auch das Technische Hilfswerk mit einbezogen. Es war uns sehr wichtig, dass wir ihren Sachverstand für den Wiederaufbau nutzen können. Das hat dazu geführt, dass die CNSA

(China National School of Administration; Anm. d. Red.), also die nationale Verwaltungsschule Chinas, auf uns zukam und um eine Beratung zur Verbesserung des Systems des Katastrophenrisikomanagements vor Ort gebeten hat. Die akuten Mängel im Katastrophenrisikomanagement, die nach dem Erdbeben deutlich wurden, waren aber nur der Auslöser dafür. Auch bei vorhergegangenen alljährlichen großen Katastrophen wie Überschwemmungen, Taifunen, Grubenunglücken oder auch bei der großen Schneekatastrophe im Süden im Januar/Februar 2008 hatte es bereits große Probleme, vor allem auf dem Gebiet der Koordinierung, gegeben.

Ein weiterer ganz entscheidender Faktor war, dass diese Verwaltungsschule, die direkt beim Staatsrat und somit auf einer sehr hohen politischen Ebene angesiedelt ist, vom Premierminister den Auftrag bekommen hat, das System des Katastrophenschutzes zu optimieren. Hinzu kam noch — eine gute Fügung — dass Premierminister Wen Jiabao bei seinem Besuch am 29. Januar 2009 die Bundeskanzlerin um Unterstützung in diesem Bereich gebeten hatte. Man kann hier also nicht von einem herkömmlichen Projekt sprechen, weil der Premierminister quasi als Schirmherr fungiert und die Vertragsunterzeichnung in Anwesenheit der Präsidenten von BBK und THW, des Vizepremiers, des Ministers von CNSA sowie des Deutschen Botschafters am 24. März in der Verbotenen Stadt stattfand — einem Ort, zu dem ich selbst überhaupt erst zweimal Zugang gehabt habe. Das zeigt schon, dass wir hier von einem sehr bedeutenden Projekt reden, das strategisch auf sehr hoher Ebene angesiedelt ist und das uns vor große Herausforderungen stellt.

China verfügt bereits über ein leistungsfähiges Katastrophenschutzsystem für fast alle denkbaren Schadenslagen. Lediglich bei der Koordinierung der Gefahrenabwehr nach Extremereignissen wird Optimierungsbedarf gesehen. Hier setzen Beratung und Unterstützung seitens des Projekts an. Welche Erwartungen gibt es nach Ihrer Einschätzung bei den beiden Kooperationspartnern? Welche inhaltlichen Ziele hat sich das Projekt gesetzt?

Ich sehe es nicht ganz so optimistisch wie Sie eingangs gesagt haben, weil es immer noch viele

Mängel gibt. Wenn wir die ganze Bandbreite des Katastrophenrisikomanagements betrachten, dann gibt es Schwachstellen im Bereich Risikoanalyse, es gibt Schwachstellen in der Vorsorge, insbesondere bei plötzlichen, nicht vorhersehbaren Ereignissen, wie zum Beispiel bei der von mir erwähnten Schneekatastrophe. Deswegen besteht auch der Wunsch, zunächst zu analysieren, wie das derzeitige System funktioniert, um direkt an den defizitären Stellen anzusetzen. Das haben die Kollegen des BBK und THW im Rahmen einer Vorabanalyse bereits im letzten Oktober begonnen. Ursprünglich ging die Verwaltungsschule davon aus, dass wir eine große Anzahl von Personen schulen — Multiplikatoren, Lehrkräfte — und beim Aufbau der neuen Schule, des National Institut for Emergency Management (NIEM), helfen. Aber Multiplikatoren in einem weder vertikal noch horizontal wenig funktionierenden System zu schulen wäre wenig sinnvoll. In einem sehr wichtigen Dialog zwischen unseren Experten und den chinesischen Partnern wurde dann der Systemansatz beschlossen. Demzufolge ist dieses Projekt auf zwei große Ziele gerichtet: einerseits auf die Verbesserung und Optimierung des bestehenden Systems des Katastrophenschutzes, strategisch, administrativ, über alle Verwaltungsebenen hinweg bis auf die untere Ebene; und andererseits auf das Capacity Development, den Aufbau der Schule und natürlich die Fortbildung der zuständigen Lehrkräfte, Beamten, Parteisekretäre, Bürgermeister und weiterer Personen. Bereits im März haben die Experteneinsätze vor Ort begonnen und wenig später, im Mai, fand das erste große Training in Deutschland an der AKNZ (Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz) und der THW-Schule in Neuhausen statt. .

Diese Ziele klingen ambitioniert. Auch angesichts der Tatsache, dass China 15 mal mehr Einwohner hat und flächenmäßig etwa 27 mal größer ist als Deutschland. Wieso bittet überhaupt ein so bevölkerungsreiches, großes und katastrophenerfahrenes Land Deutschland um fachliche Unterstützung?

Deutschland hat insgesamt einen sehr guten Ruf bei der Zusammenarbeit mit China. Es gab zwar immer mal wieder einige Problembereiche,

aber wenn man die Gesamtheit der Entwicklungszusammenarbeit über 27 Jahre hinweg betrachtet, dann wird ersichtlich, dass viel Vertrauen vorhanden ist. Viel Vertrauen in die fachliche Kompetenz Deutschlands, nicht nur im Bereich Katastrophenrisikomanagement, sondern auch im Allgemeinen. Das ist eine wichtige Voraussetzung. Hinzu kommt noch, dass die Personen, die uns nach dem Erdbeben kontaktiert haben, uns kennen und um unsere Kompetenzen wissen. Natürlich weiß man in China, dass es in Deutschland sehr wenige oder nur schwache Erdbeben und mit China kaum vergleichbare Naturkatastrophen gibt. Auf der anderen Seite weiß China auch, das Deutschland über eine große internationale Erfahrung verfügt. Zum Beispiel bildet die AKNZ ja nicht nur deutsche, sondern auch internationale Fachkräfte im Rahmen der EU aus. Das gleiche gilt für das THW. Weiterhin hat zur Beauftragung Deutschlands und der GTZ anstelle der UN oder einer anderen Organisation beigetragen, dass wir sofort nach dem 12. Mai kompromisslos zur Kooperation bereit waren, ohne großen Verwaltungsaufwand zu helfen und auch unsererseits Mittel einzubringen. Diese Flexibilität und Geradlinigkeit war neben dem Fachwissen entscheidend.

Das BBK ist insbesondere mit seiner Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) an dem Projekt beteiligt. Hier werden zunehmend die einschlägigen politischen, administrativen und operativen Eliten geschult. Auf chinesischer Seite steht auf Augenhöhe die Kaderschmiede CNSA. Wie sehen Sie die Rolle dieser beiden Bildungseinrichtungen bei der Umsetzung der eben genannten Ziele?

Die CNSA oder die neu zu errichtende Schule NIEM (National Institut for Emergency Management) sehen sich auf dem gleichen Level wie die AKNZ, auch dort sollen hochrangige Beamte und Entscheidungsträger der chinesischen Regierung und der Partei fortgebildet werden, sowohl auf der nationalen Ebene wie auch auf der Ebene der Provinzen bis zu den Kreisen. Deswegen sieht man die AKNZ auch längerfristig als strategischen Partner, was besonders für die Nachhaltigkeit, auch über den Zeithorizont des Projektes hinaus, wichtig ist. Das Vertrauen, das sich seit dem Besuch des Präsidenten

im Oktober herausgebildet hat und die Erkenntnisse der Vormission, welche im letzten April in Deutschland durchgeführt wurde, bekräftigen dieses Petikum der langfristigen Zusammenarbeit.

Deutschland ist also primär „Geber“ beim Know-How-Transfer. Andererseits möchten auch wir von den Kenntnissen und Erfahrungen der chinesischen Partner bei der Bewältigung großer und größter Schadenslagen lernen. Wie sind Ihre Erfahrungen mit dem chinesischen System?

Beim chinesischen System gibt es eine Differenzierung nach Schadensfällen und -ereignissen. In China geht man sehr auf die Art der Unfälle und Schäden und die Schwere der Schäden ein — Erdbeben, Überschwemmung, Schneekatastrophe, ... — da wird ganz streng differenziert und die Stränge der Interventionen von Armee, Polizei, Feuerwehren und vergleichbaren Kräften laufen anders. Das kann man als eine Schwäche des Systems sehen. Natürlich hat es auch große Stärken, gerade auf Grund der hohen Flexibilität und der Fähigkeit, schnell und unbürokratisch zu reagieren, und in kurzer Zeit Veränderungen herbeizuführen. Gerade im Bereich des Katastrophenschutzes und bei der Bewältigung von Katastrophen hat sich in den letzten Jahren vieles verbessert. Dennoch muss ich herausstellen, dass es immer noch einen großen Bedarf an internationalem fachlichen Austausch gibt. China hat sich nach dem Erdbeben erstmals geöffnet. Die Tatsache, dass wir plötzlich auch in politisch sensible Bereiche, wie den Katastrophenschutz, auf höchster Ebene eingreifen dürfen, zeigt, dass China den Dialog mit Deutschland sucht. Wenn man zum jetzigen Zeitpunkt von Stärken spricht, sind daher besonders die Offenheit und die Bereitschaft zur Aufnahme anderer Konzepte zu erwähnen.

Wir haben in unserem Programm zwei „Pilot-Provinzen“, die eine ganz wichtige Rolle im Kontext des Erprobens von neuen Maßnahmen im Katastrophen- und Risikomanagement spielen sollen: zum einen natürlich Sichuan, das Zentrum des Erdbebengebiets und zum anderen Tianjin, eine regierungsunmittelbare Stadt. In diesen beiden Provinzen werden das neue Wissen und die gewonnenen Erfahrungen sofort erprobt und umgesetzt.

Als weiteres Beispiel der schnellen Aufnahme- und Umsetzungsbereitschaft kann auch genannt werden, dass wir bei einer Veranstaltung im Juli in Peking erfahren haben, dass die Delegation, die im Mai in Deutschland war, bereits ein umfangreiches Hand- und Lehrbuch erstellt hat. Die Gruppe hatte sich nur eine Woche nach dem Deutschlandbesuch getroffen, dieses Handbuch erarbeitet und allen Institutionen, die im Katastrophenschutz arbeiten, zur Verfügung gestellt. In kurzer Zeit etwas auf die Beine zu stellen ist die Stärke Chinas.

China hat erkannt, dass die Bevölkerung bei Katastrophen schnelle und kompetente Hilfe erwartet. Es ist daher sehr interessiert an der Einrichtung eines starken Ehrenamts im Katastrophenschutz. Deutschland mit seinen etwa 1,8 Millionen gut ausgebildeten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ist da beispielgebend. Ist ein solches Ehrenamt Ihrer Einschätzung nach in China realistisch? Wäre dort eine dem THW vergleichbare Einsatzorganisation auf staatlicher Ebene denkbar?

Das ist vorstellbar, wenngleich man dies sehr behutsam initiieren muss. Es gab schon bei unseren ersten Besuchen, als THW-Präsident Broemme vor Ort war, Anfragen hierzu. Es ging plötzlich ein Aufmerken durch die Reihen unserer Partner, als sie erfahren haben, dass es in Deutschland 80.000 THW-Freiwillige gibt, sogar noch mehr ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, nämlich etwa 1,8 Millionen, wenn man auch andere Bereiche, z.B. die Feuerwehren, Rettungsdienste und andere Organisationen des Zivilschutzes mit einbezieht. Es gab eine große Nachfrage und Informationsbedarf, wie das System THW, sprich, wie das Freiwilligen-System funktioniert. Ich habe nach dem Erdbeben gesehen, dass die Bereitschaft vieler Menschen zur freiwilligen Hilfe sehr groß ist und dass man natürlich neben den Hauptakteuren auch Freiwillige zugelassen hat. Das ist schon der erste Schritt. Ein zweiter Umstand begünstigt die Einführung eines solchen Ehrenamtes: das Ministerium für Civil Affairs, also das chinesische Innenministerium, ist zuständig für den Einsatz der Zivilgesellschaft bei Katastrophen und insofern auch teilweise für den Katastrophenschutz. Das heißt, man könnte mit Hilfe dieses Minis-

teriums und unserer Partner einiges in dieser Richtung bewirken. Das ist aber wohl noch ein weiter Weg, weil in China die Partei immer noch eine überaus wichtige Rolle spielt. Man geht davon aus, dass die Partei alles abdeckt und dafür sorgt, dass alle Be-



reiche der Daseinsfürsorge behandelt werden. Trotzdem sehe ich sehr gute Möglichkeiten, das Ehrenamt im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz einzuführen, gerade weil jährlich in China zwischen 350 und 400 Millionen Menschen von Katastrophen betroffen sind, die jede erdenkliche Hilfe benötigen.

Sie haben eben gesagt, das Innenministerium ist zuständig für den Einsatz der Zivilbevölkerung bei Katastrophen. Wie muss ich mir das vorstellen? Ist das schon so eine Art Ehrenamt?

Es gibt Ansätze dazu. Auch als wir letztes Jahr in Sichuan waren, hat man uns angedeutet, dass es schon ansatzweise freiwillige Dienste gibt, die noch nicht die Qualifizierung erfahren wie bei den Diensten in Deutschland. Nur ist es so, dass alle Akteure der Zivilgesellschaft, auch Freiwilligenorganisationen beim Innenministerium registriert sein müssen. Ohne die Genehmigung dieses Ministeriums können ehrenamtliche Einrichtungen nicht agieren.

Wir sprechen heute viel von Nachhaltigkeit. Im Rahmen des Projekts entwickelt sich im Bereich

Katastrophenschutz und strategisches Krisenmanagement eine Vielzahl hochrangiger fachlicher Netzwerke zwischen Deutschland und China. Wie können diese über das Projekt hinaus aktiv gehalten werden? Wo liegen Ihrer Meinung nach die Kooperationsfelder der Zukunft?

Im Rahmen des Capacity Development ist es natürlich unser Ziel dafür zu sorgen, dass Netzwerke



Fotos: Michael Lemke/pixelio; Stein/BBK

entstehen und weiterentwickelt werden. Projekte dauern im Normalfall drei bis maximal sechs Jahre, werden dann abgeschlossen und übergeben. Natürlich wollen wir, dass entstandene Netzwerke später weiter gepflegt werden. Dafür gibt es bestimmte Instrumentarien und wir werden dafür Sorge tragen, dass sich diese Netzwerke in den nächsten zweieinhalb Jahren vertiefen. Die große Hoffnung ist natürlich, dass das NIEM auch längerfristig Partner von BBK und THW bleibt. Die Felder in denen wir auch in Zukunft kooperieren ergeben sich aus unserer Arbeit. Wir lernen immer wieder Neues, wenn wir vor Ort sind. Wir haben erlebt, dass man ein Projekt nicht wie in Stein gemeißelt planen kann. Auf Grund der Tätigkeit vor Ort, der Kontakte hier in Deutschland, der Trainingsmaß-

nahmen, ergeben sich immer wieder neue Fragestellungen, zum Beispiel im Bereich der Rechtsberatung, des Screenings von bestimmten Gesetzen oder der Beratung von Notfallplanung. Und ich denke, dass sich im Laufe der Zeit Fragen ergeben, die wir dann später auch bearbeiten können. Wir sollten jetzt nicht meinen, dass wir innerhalb der nächsten zweieinhalb Jahre das System in China so verbessern können, dass es gleich funktionsfähig ist. Was wir machen — dazu haben wir uns auch bekannt — ist, pilotmäßig Prozesse zu verändern und anzustoßen, in der Hoffnung, dass die chinesische Seite dies aufgreift. Und da gibt es noch jede Menge Bedarf, auch nach 2011, wenn das Projekt formal offiziell abgeschlossen ist.

Natürlich ist es auch der Wunsch der chinesischen Seite, dass die Förderung über die Projektlaufzeit hinaus weitergeht und dass sich auch andere Partner engagieren. Ich glaube — und das hat die Vergangenheit gezeigt — dass die chinesische Seite verstärkt eigene Ressourcen einbringt, wenn sich erste Erfolge der Kooperation einstellen. Wir sollten nicht vergessen, dass China sich bereit erklärt hat, für dieses Projekt genauso viele Mittel einzubringen wie die deutsche Seite, nämlich drei Millionen Euro für die Projektlaufzeit und auch darüber hinaus. Das ist ein entscheidender Punkt. Es zeigt das Interesse und dass man nicht auf Entwicklungshilfe im alten Sinne angewiesen ist, sondern dass ein fachlicher Austausch im Rahmen einer Partnerschaft stattfindet und dass die Partnerschaft Bestand haben soll — davon gehe ich aus!

Herr Steiger, vielen Dank für das Gespräch.

Dr. Jürgen Steiger ist stellvertretender Leiter der GTZ China und kommissarischer Leiter des Chinesisch-Deutschen Projektes Katastrophenrisikomanagement in Peking.

„Deutschland kann auch von China viel lernen“

Gespräch mit Minister Wei Liqun, Präsident der Nationalen Verwaltungsschule China

Welche politische und fachliche Bedeutung hat das deutsch-chinesische Krisenmanagement-Kooperationsprojekt?

Die deutsch-chinesischen Beziehungen haben sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Es fand ein reger Austausch auf hoher politischer Ebene statt, die Wirtschafts- und Handelskooperationen zwischen beiden Ländern wurden ständig erweitert, der Austausch auf den Gebieten Technologie, Erziehung, Kultur sowie Jugendarbeit haben fruchtbare Erfolge erzielt; Kommunikation und Kooperation zwischen beiden Ländern in internationalen Angelegenheiten haben stetig zugenommen. Der erfolgreiche Staatsbesuch von Ministerpräsident Wen Jiabao in Deutschland Anfang dieses Jahres leistete einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der deutsch-chinesischen Partnerschaft bei der Übernahme globaler Verantwortung. Während seines Europabesuches brachte Ministerpräsident Wen Jiabao beim Treffen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, klar zum Ausdruck: „Wir werden die Kooperationen zwischen der Nationalen Verwaltungsschule Chinas und den EU-Staaten sowie Institutionen im Bereich Krisenmanagement verstärken.“ Deshalb wurde auch der Wortlaut „China und Europa kommen überein, die Kooperationen im Bereich Krisenmanagement zu verstärken“ in die gemeinsame chinesisch-europäische Erklärung aufgenommen.

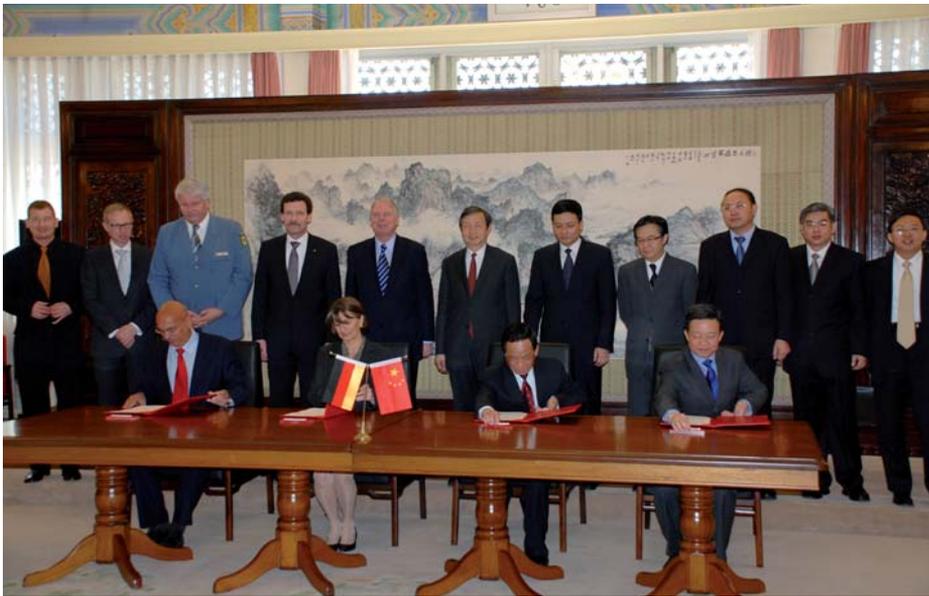
Am 24. März 2009 wurde der Kooperationsvertrag für das deutsch-chinesische Projekt Krisenmanagement in Peking unterzeichnet. Ich glaube, Unterzeichnung und Durchführung dieses Vertrages sind für China sehr bedeutsam im Hinblick auf das Lernen von den deutschen Erfahrungen im Kri-

senmanagement, die Erhöhung der Arbeitsfähigkeit auf allen Ebenen, die Vervollkommnung des Krisenmanagements mit chinesischer Prägung und für Verbesserungen bei der Fortbildung, der Forschung, der Beratung sowie des internationalen Austausches. Gleichzeitig hat die Unterzeichnung auch eine hohe politische Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen, die Verstärkung des strategischen Verständnisses beider Seiten, die Erweiterung von Kooperationen, gemeinsame Entwicklungschancen und die gemeinsame Bewältigung verschiedener Herausforderungen und den Aufbau einer friedlichen und prosperierenden Welt.

China wird leider immer wieder von schweren Naturkatastrophen betroffen, die viele Menschenleben fordern und das nationale Katastrophenschutzsystem harten Proben unterziehen. China verfügt über ein umfangreiches Katastrophenschutzsystem, hat aber nach dem schweren Erdbeben in Chengdu in verschiedenen Bereichen Optimierungspotenziale festgestellt. Wie kann Deutschland Sie im Rahmen des Projektes „Disaster-Risk-Management“ bei der Verbesserung Ihres Systems unterstützen?

China gehört zu den Ländern, die häufig von schlimmsten Naturkatastrophen betroffen sind. Die Katastrophen sind verschieden, betreffen verschiedene Regionen und verursachen große Schäden. China wird heimgesucht von Überschwemmungen, Dürren, Taifunen, Hagel, Gewittern, Hitze, Sandstürmen, Erdbeben, Waldbränden, Insektenschäden usw. 70% der Städte und 50% der Bevölkerung befinden

sich in von Katastrophen schwer betroffenen Regionen. Allein 2008 waren 470 Millionen Menschen in China betroffen, davon 88.928 Tote und Vermisste; die von Katastrophen direkt verursachten Schäden betragen 1175,24 Milliarden RMB (Renminbi, chin. Währung, 100 RMB = 9,93 €; Anm. d. Red).



Dr. Jürgen Steiger und Dr. Astrid Skala-Kuhmann von der GTZ China unterzeichnen mit dem Generalsekretär im Staatsrat Ma Kai und dem (damaligen) Vizepräsidenten der CNSA Wei Liqun (v.l.) ein Abkommen über den Aufbau einer Fakultät für Katastrophenschutz. Auch THW-Präsident Albrecht Broemme und BBK-Präsident Christoph Unger (hintere Reihe, 3./4.v.l.) nahmen an der Unterzeichnung teil. Beide Behörden sind in das Vorhaben eingebunden. (Foto: THW)

Unter der Leitung der chinesischen Regierung und mit dem Einsatz der Bevölkerung haben wir zwar bei der Bekämpfung der Schneekatastrophe in Südchina und des Erdbebens in Sichuan große Erfolge erzielt, aber gleichzeitig feststellen müssen, dass es bei uns im Katastrophenschutzsystem noch Verbesserungsbedarf gibt. Deutschland kann mit China in Rahmen des Projektes Katastrophenrisikomanagement zu den folgenden Aspekten kooperieren:

- Katastrophenprognose und -alarm; wie kann man mit Hilfe moderner Technologien, insbesondere der Informationstechnik, ein relativ vollständiges Prognose- und Alarmsystem aufbauen?
- Für den wissenschaftlichen Katastrophenschutz kann Deutschland China beim Aufbau eines Aus- und Fortbildungssystems helfen, das Theorie und Praxis integriert und sich an mittlere und höhere Beamte, Mitarbeiter des Katastrophenschutzes sowie die Zivilbevölkerung richtet.

- Bezüglich der Teilnahme der öffentlichen Organisationen und Ehrenamtlichen kann Deutschland die chinesischen Volksgruppen, private Organisationen und Selbstverwaltungsorganisationen bei der Verbreitung von Katastrophenschutz-Kenntnissen unterstützen und der Bevölkerung Grundfähigkeiten zur Katastrophenprevention, Selbsthilfe, gegenseitigen Hilfe und Katastrophenreduzierung vermitteln.
- Aufbau eines Katastrophenschutzrechts- und Versicherungssystems, insbesondere zur Bewältigung großer Katastrophen.

Deutschland ist – schon aufgrund seiner geographischen Lage und geringen Größe – ein eher katastrophenarmes Land. Wie wir bereits festgestellt haben, hat China weit- aus größere praktische

Erfahrungen in der Bewältigung von Katastrophen. Inwiefern kann Deutschland im Rahmen dieses Partnerschaftsprojektes von Ihnen lernen?

Seit der Gründung der Volksrepublik China hat die chinesische Regierung bei der Bewältigung verschiedener Katastrophen viele Erfahrungen gesammelt. Deutschland kann im Rahmen des deutsch-chinesischen Krisenmanagement-Projektes viel von China lernen, z.B. die Fähigkeit, im Katastrophenfall alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren. In einem solchen Fall ist die chinesische Regierung in der Lage, alle gesellschaftlichen Kräfte und die Bevölkerung zu mobilisieren und die Kooperation zwischen Regierungen, Unternehmen sowie gesellschaftlichen Organisationen zu koordinieren. Dadurch entsteht das gemeinsame Katastrophenhilfe-Bild in China, in dem die Regierung die dominierende Rolle spielt und die ganze Gesellschaft teilnimmt. Im Fall einer besonders schweren Kata-

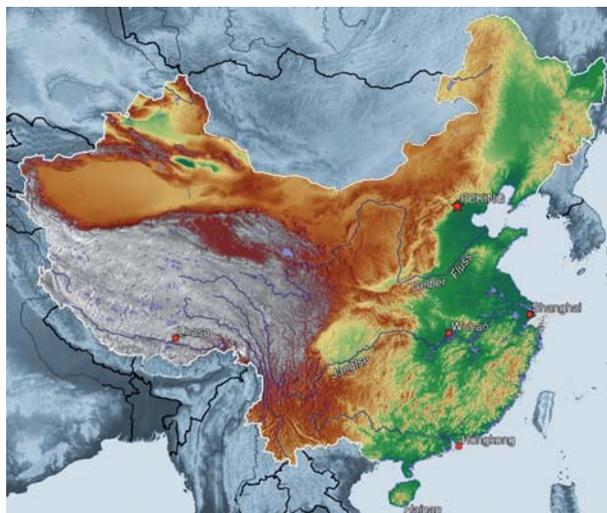
strophe ist dieses System sehr wirksam. Außerdem kann Deutschland von China den Mechanismus der einheitlichen Leitung und Koordinierung bei der Bewältigung einer Katastrophe lernen. Hier übernimmt die Regierung Leitung und Organisation; die Regierungsinstitutionen, die zuständig sind für öffentliche Sicherheit, Feuerwehr, Meteorologie, Wasserressourcen, Stromerzeugung, Verkehr, zivile Angelegenheiten, medizinische Hilfe, Quarantäne usw., arbeiten koordiniert, alle leisten ihren Beitrag. Dadurch wird die frühere Teilung von Abteilungen und Regionen überwunden und eine riesige Kraft zur Bewältigung der Katastrophen freigesetzt, ein systematischer Vorteil des Sozialismus bei der Überwindung großer Schwierigkeiten. Zuletzt kann Deutschland lernen, wie China beim Katastrophenschutz militärische und zivile Kräfte verbindet. Die bewaffneten Kräfte in China verfügen über starken Willen, Körperkraft, strenge Organisation, schnelle Reaktionsfähigkeit, große Flexibilität usw.. Für die nicht militärischen Aufgaben wie Katastrophenbeseitigung und -hilfe haben wir einen systematischen Vorteil.

Wir können sagen, das deutsch-chinesische Krisenmanagement-Projekt ist ein Win-Win Projekt für beide Seiten, Deutschland kann auch von China viel lernen.

Stichwort „Koordinierung“. Die chinesischen Behörden selbst sehen in der Koordinierung der verschiedenen Ebenen das zentrale Problem bei Katastropheneinsätzen. Die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsebenen soll aus chinesischer Sicht effizienter werden. Deutschland als föderaler Staat hat eine gänzlich andere Verwaltungsstruktur als China. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass Deutschland Sie unterstützen kann und Sie von den deutschen Erfahrungen lernen können?

China ist ein zentral organisiertes, Deutschland ein föderal strukturiertes Land. Die unterschiedlichen Verwaltungs- sowie politischen und wirtschaftlichen Systeme bedingen große Unterschiede bei den Schwerpunkten und Mechanismen der Koordinierung des Krisenmanagements; aber beide Länder messen der Koordinierung und Kommunikation im Krisenmanagement-Prozess große

Bedeutung bei. China verfügt über eine große Landfläche und Bevölkerungszahl, es gibt große Unterschiede zwischen den Regionen. Außerdem ist die administrative Struktur in China sehr kompliziert.



Von tropischen und subtropischen Küstenregionen über Kontinentalklimata bis ins eisige Hochgebirge — das bevölkerungsreichste Land der Erde ist auch geprägt durch große regionale Unterschiede.

Weil China sich zurzeit in der Transformationsphase befindet, ist es noch schwieriger als in Deutschland, verschiedene Interessenkonflikte auszugleichen. Deshalb sind die Anforderungen an die chinesische Regierung, im Krisenmanagement-Prozess zu koordinieren, noch höher. Bei dieser Frage finde ich, dass China und Deutschland die Möglichkeit, voneinander zu lernen, nutzen sollten, damit sich beide gemeinsam weiterentwickeln. Beispielsweise kann China von Deutschland die Koordinierung zwischen Regierungsinstitutionen und NGOs lernen; Deutschland dagegen kann aus den chinesischen Erfahrungen bei der Koordinierung von Politik, Militär und Zivilgesellschaft lernen.

Voraussetzung für ein erfolgreiches Katastrophen-Risikomanagement im Ereignisfall sind umfassende Vorsorgeplanungen, z.B. Notfallpläne. Welchen Optimierungsbedarf sehen Sie in diesem Bereich? Wie ganzheitlich, d.h. ressort- und ebenenübergreifend soll das Vorsorgesystem in China künftig angelegt werden?

China legt großen Wert auf die Erarbeitung von Notfallplänen. Nach „SARS“ 2003 errichtete

der Staatsrat die Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von Notfallplänen. Die Arbeitsgruppe ist zuständig für die Erarbeitung des Nationalen Masterplanes und fasst verschiedene Ministerien und Institutionen im Staatsrat zusammen, um spezielle Notfallpläne und solche der Ressorts zu erarbeiten und die Provinzen (auch Bezirke und Städte) bei der Erarbeitung von Notfallplänen zu beraten. Im Januar 2005

speziellen Notfallpläne, Notfallpläne der verschiedenen Ressorts, der lokalen Regierungen, der Unternehmen und öffentlichen Institutionen, der Wohnviertel und Notfallpläne für große Veranstaltungen gibt. Dieses System hat bereits viel zur Behandlung verschiedener Notfälle beigetragen.

Es gibt natürlich auch Verbesserungsbedarf im System der Notfallpläne für öffentliche Ereignisse in China. Z.B. sind

die Inhalte der Notfallpläne in China eher prinzipiell und nicht praxisorientiert, bei den meisten fehlt es an praktischen Übungen. Außerdem sind die Notfallpläne nicht professionell genug, sie werden nicht standardisiert und rechtzeitig bearbeitet. Diese Probleme hat die chinesische Regierung erkannt und trifft jetzt aktive Maßnahmen zu ihrer Lösung. Zum Beispiel hat die Regierung die regelmäßige Evaluierung und Überprüfung sowie Bearbeitung eingeführt, die praktische Übung der Notfallpläne



Ein Interview für ein deutsches Magazin; Minister Wei Liqun mit einem Exemplar von [Bevölkerungsschutz](#).
(Foto: CNSA)

wurde ein „Nationaler Masterplan für öffentliche Notfälle“ erlassen, dazu wurden noch 25 spezielle Notfallpläne und 80 Ressort-Notfallpläne erarbeitet. Bis heute hat China insgesamt mehr als 1,35 Millionen Notfallpläne auf nationaler Ebene. Gleichzeitig haben alle Provinzen, 97,9% der Städte, 92,8% der Kreise sowie 100% der Staatsunternehmen Notfallpläne erarbeitet, ebenso die meisten großen Unternehmen aus Branchen mit hohem Gefahrenpotenzial. Außerdem sind alle Straßenverwaltungsbüros, Gemeinden, Dörfer, Unternehmen sowie öffentlichen Institutionen fertig mit der Erarbeitung von Notfallplänen. Zusammenfassend verfügt China heute „von oben bis unten, von links bis rechts“ über ein durch alle administrativen Organisationen und gesellschaftlichen Ebenen laufendes Notfallplansystem, in dem es den Nationalen Masterplan, die

verstärkt, den Expertenmechanismus eingeführt und die Standardisierung der Notfallpläne gefördert.

China und Deutschland haben sich auf ein sehr ambitioniertes Projekt verständigt, das von beiden Seiten 3 Jahre lang hohes Engagement fordert. Es werden in dieser Zeit neue und hochrangige Netzwerke entstehen, in denen sehr viel einschlägige Expertise und Erfahrung gespeichert sein wird. Welche Möglichkeiten sehen Sie, in diesen fachlichen Netzwerken mitzuarbeiten und Ihre besondere Fachkompetenz einzubringen?

Das Projekt dauert drei Jahre lang. In den drei Jahren werden beide Seiten nicht nur Personal

und Mittel einsetzen, sondern wir werden auch in- zwischen neue und hochrangige Netzwerke mit vielen Erfahrungen und Expertise aufbauen. Ich betrachte die Netzwerke als einen wertvollen Schatz. Diesen Schatz gut zu nutzen, ist nicht nur für die Kooperation und den Austausch beider Seiten im Bereich Krisenmanagement sehr wichtig, sondern es wird auch die Zusammenarbeit beider Seiten in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur und Technologie, und auch die weitere Entwicklung der deutsch-chinesischen Partnerschaft mit globaler Verantwortung verstärken bzw. fördern. Der Schlüsselpunkt für die Nutzung dieser Netzwerke liegt darin, dass wir einen effektiven Träger finden und eine Brücke für langfristige Kooperation und Austausch aufbauen. Dazu ist die Nationale Verwaltungsschule Chinas gerne bereit. Einerseits wird sich die Schule um die Durchführung und Koordination des Projektes kümmern, andererseits wird die Schule auch eine Plattform für langfristige Kooperationen aufbauen. Über diese Frage können wir später weiter diskutieren.

Zur Vorsorge gehört sicher auch die Vorhaltung ausreichender Personalressourcen. Neben etwa 30.000 Berufsfeuerwehrleuten hat Deutschland bei 80 Millionen Einwohnern fast 2 Millionen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz, davon 80.000 beim Technischen Hilfswerk. Bei Unglücken und Katastrophen steht daher an jedem Ort und in kurzer Zeit fachkundige Hilfe schnell und erforderlichenfalls in großem Umfang zur Verfügung. Wäre ein solches – ehrenamtliches – System auch für Ihr Land geeignet und wenn ja, wie könnte es organisiert sein?

Wir haben festgestellt, dass das Ehrenamts-System in Deutschland im Bereich Katastrophenhilfe sehr entwickelt, gut organisiert und sehr effektiv ist. Ich glaube, die Erfahrungen Deutschlands bei Aufbau und Förderung des Ehrenamtes kann China erforschen und daraus lernen.

In den letzten Jahren hat sich das Ehrenamt in China gut entwickelt. Am 5.12.1994 wurde der „Verband der Jugendehrenamtlichen China“ gegründet, was bedeutet, dass die Entwicklung der ehrenamtlichen Aktivitäten in eine organisierte und

ordentliche Phase eintrat. Der „Verband der Jugendehrenamtlichen China“ und die „Organisation der Ehrenamtlichen der Wohngemeinschaften“ sind die zwei größten Ehrenamtlichenorganisationen in China. Beide haben etwas mit den Regierungsinstitutionen zu tun. Der Verband der Jugendehrenamtlichen gehört zu „China Communist Youth League“ und fördert landesweite ehrenamtliche Aktivitäten durch Organisation von großen Veranstaltungen. Die „Organisation der Ehrenamtlichen der Wohngemeinschaften“ gehört zu den Behörden für zivile Angelegenheiten. Ihre Organisationen auf allen Ebenen haben Beziehungen mit den Behörden für zivile Angelegenheiten auf den jeweiligen Ebenen. Ihre unterste Organisation gehört zu den Wohnkommissionen der Straßen und wird von einschlägigen Regierungsbehörden geleitet und beraten. Bis 2008 gibt es in China ca. über 5 Millionen Ehrenamtliche.

Die Ehrenamtlichen in China sind auch bei verschiedenen Katastrophen beteiligt. Zum Beispiel haben mehr als 4 Millionen Ehrenamtliche in China direkt, und noch mehr indirekt, an der Katastrophenhilfe nach dem Erdbeben in Sichuan teilgenommen. Selbstverständlich gibt es dabei auch Verbesserungsbedarf. So herrscht die Meinung vor, dass Katastrophenhilfe Sache der Regierung und der Fachleute sei. Zudem bekommen die Ehrenamtlichenorganisationen keine notwendige Fortbildungen und sind deswegen nicht so professionell und kompetent. Zuletzt fehlt es zwischen den Ehrenamtlichenorganisationen und der Regierung an systematischer Kommunikation.

Deutschland hat die Fortbildung der Ehrenamtlichen, den Organisationsaufbaus, die Teilnahme der Gesellschaft, die Einwerbung von Spenden sowie die rechtlichen Grundlagen für den Aufbau des Ehrenamtssystems und Kompetenzen für die Katastrophenhilfe stark gefördert, davon kann und soll China lernen.

Das Interview mit Minister Wei Liqun führte Dr. Jürgen Steiger.
Übersetzung aus dem Chinesischen durch Frau Tang Yan.

Gelebtes Europa

Nordrhein-Westfalen und die Niederlande sind „gelebtes Europa“ — auch im Bereich Katastrophenschutz

Heinz Kraks, Innenministerium NRW

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden muss im Bereich Bevölkerungsschutz als ausgesprochen gut bezeichnet werden. Dabei sind sich alle beteiligten Stellen ihrer besonderen Verantwortung ob dieser Thematik bewusst, machen doch Katastrophen bekanntlich vor Grenzen nicht halt. Problemfelder wie die Maul- und Klauenseuche, die Schweinegrippe, Hochwasser, Transport von Gefahrstoffen und die Bedrohung durch Terrorismus und Infektionskrankheiten erfordern daher ein gemeinsames Handeln. Insofern können die Niederlande und Nordrhein-Westfalen nicht als zwei gesonderte Gebiete gesehen werden, sondern als ein Gesamtgebiet.

So vielfältig wie die Aufgabenfelder ob der unterschiedlichen Gefahren bei einer weiten Auslegung dieses Themenbereiches sind auch die entsprechenden Zuständigkeiten zwischen Kommunen, Provinzen und staatlichen Stellen verteilt. Gleichwohl ist es gelungen, Strukturen aufzubauen, die eine jederzeitige grenzüberschreitende Zusammenarbeit sicherstellen.

Nach dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen vom 7. Juni 1988 (in Kraft getreten am 1. März 1997) ist das Innenministerium auf nordrhein-westfälischer Seite für die Anforderung und Auslösung von grenzüberschreitenden Hilfsmaßnahmen bezüglich der angrenzenden Provinzen zuständig. Dieser Aufgabenstellung gerecht werdend, wurden mit den niederländischen Stellen etwa Kommunikationsstrukturen und Kommunikationswege festgelegt oder ein kontinuierlicher Informationsaustausch in Bezug auf besondere Risiken sichergestellt. Zugleich wurde die grenzüberschreitende

Hilfeleistung in die bestehenden Strukturen des Katastrophenschutzes Nordrhein-Westfalen eingepasst.

Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die kommunale Ebene ein. Nahezu flächendeckend haben die Grenzgemeinden hüben wie drüben auf der Grundlage des Anholter Abkommens entsprechende Vereinbarungen über die gegenseitige grenzüberschreitende Hilfeleistung bei Katastrophen und Unglücksfällen abgeschlossen. Basierend auf diesen, vielfach seit Jahrzehnten bestehenden Vereinbarungen haben sich fachliche Netzwerke sowie soziale Kontakte entwickelt, die im Bedarfsfalle ein schnelles und koordiniertes Eingreifen sicherstellen. Dem entsprechend existieren die Grenzen bei der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen den Grenzgemeinden auf niederländischer und nordrhein-westfälischer Seite faktisch nicht mehr. In der täglichen Praxis wird alleine darauf abgestellt, wer am schnellsten Hilfe leisten kann; Grenzverläufe bleiben dabei außer Acht.

Die sich aus der alltäglichen Zusammenarbeit ergebenden kleinen und großen Probleme werden nicht als solche groß problematisiert, sondern pragmatisch gelöst — getreu dem rheinischen Motto „Mer kännst sich — mer hielp sich“. So führt das Reden miteinander kaum zu Problemen, jedoch die Unterschiede in den Fachbegriffen. Um dies aufzufangen, wurde ein spezielles Feuerwehrwörterbuch mit der jeweiligen Übersetzung erstellt. Fehlende Verbindungsteile bei der technischen Ausstattung stellt man mal eben in Eigenregie her. Oder Kommunikationsprobleme untereinander fängt man durch den gegenseitigen Austausch von entsprechenden Geräten auf. Diese Beispiele belegen, dass die Zusammenarbeit in der Praxis funktioniert — nicht zuletzt dank der Kreativität und des Ideenreichtums der Einsatzkräfte vor Ort, gepaart mit der Bereit-

schaft zu pragmatischen Lösungen im Interesse der gemeinsamen Sache.

Neben dieser operationellen Ebene kommt dem Innenministerium auf der strategischen Ebene in diesem Themenbereich insbesondere eine koordinierende und moderierende Rolle zu.

Aufgabe des Katastrophenschutzes ist der Schutz der Bevölkerung vor (Natur-)Katastrophen und Unglücksfällen sowie der Schadensbewältigung im Ereignisfall. Insoweit hat der Katastrophenschutz — neben der durch den jeweiligen Fachbereich zu gewährleistenden technischen Sicherheit des jeweiligen Objektes — immer die Gefährdung etwa durch Naturkata-

strophen, Unfälle, menschliches und technisches Versagen, Kriminalität und Sabotage sowie terroristische Handlungen vor dem Hintergrund des Schutzes der Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Beispielhaft seien erwähnt die Bereiche Hochwasserschutz, Tierseuchen und Pandemien, betriebliche Anlagen oder Flughäfen.

Um diesen Schutz grenzüberschreitend zu gewährleisten, wurde mit den niederländischen Partnern eine strategische Arbeits-

gruppe „Katastrophenschutz“ gebildet, die sich quartalsweise trifft. Die Teilnehmer/innen rekrutieren sich aus dem niederländischen Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, dem Ministerie van Volksgezondheid, Welzijn en Sport, den Provinzen Overijssel, Limburg, Groningen, Gelderland und Drenthe sowie auf deutscher Seite aus dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, der Polizeidirektion Osnabrück, dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen und den Bezirksregierungen Düsseldorf, Köln und Münster. Innerhalb dieser Arbeitsgruppe werden alle katastrophenschutz-relevanten Themenbereiche erörtert und Lösungsstrategien erarbeitet.

Mit Blick auf ihre übergreifenden Aufgaben der Bündelung und Artikulation der grenzüberschreitenden regionalen Anliegen sowie auf ihre zentrale Bedeutung bei der Umsetzung der EU-Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zählen die Euregios zu den wichtigsten Akteuren. Entlang des gesamten Grenzgebietes zwischen Nordrhein-Westfalen und seinen Nachbarländern Belgien und den Niederlanden haben sich insgesamt vier Euregios aufgebaut (von Süd nach Nord die Euregio Maas-Rhein, die euregio rheinmaas-nord, die Euregio Rhein-Waal und die EUREGIO). Auch im Bereich des grenzüberschreitenden



Das Reden miteinander führt kaum zu Problemen, eher schon Unterschiede in den Fachbegriffen.

Katastrophenschutzes nehmen die Euregios eine exponierte Stellung ein. Beispielhaft für die Fortentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind die Projekte EMRIC und VIKING.

So soll im Rahmen des von der Euregio Maas-Rhein im Dreiländereck Belgien, Niederlande und Nordrhein-Westfalen betriebenen Projektes EMRIC ein trilateral besetztes Unterstützungsbüro für den Bereich der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr eingerichtet werden. Unter Beteiligung der Projektpartner Provinz Limburg (NL), Provinz Lüttich (B), Provinz Limburg (B) sowie der Kreise Aachen und Heinsberg sollen in diesem Unterstützungsbüro die kleinen und großen Herausforderungen ei-

ner grenzüberschreitenden Kooperation in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr koordiniert werden; angefangen bei einfachen Übersetzungen über grenzüberschreitende Schutzpläne bis zur Abstimmung gemeinsam betriebener Übungen. Das Unterstützungsbüro verfügt über keine eigenen operative Kompetenzen. Ziel dieses euregionalen Unterstützungsbüros ist eine weitere Steigerung der öffentlichen Sicherheit und speziell des Katastrophenschutzes im Dreiländereck.

Ein gelungenes Beispiel einer fach- und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stellt das Programm VIKING dar. Ausgehend von den Rheinhochwassern in den Jahren 1993 und 1995 sowie der Er-

Waterschap Rijn en IJssel, Waterschap Veluwe, Provinz Gelderland, Regionale Brandweer Gelderland-Zuid und Rijkswaterstaat Oost-Nederland auf niederländischer Seite wurden unterschiedliche Tools und Systeme entwickelt, mit denen bei Hochwasser die Wasserverwaltungen und der Katastrophenschutz besser miteinander arbeiten können. So können über das VIKING-Portal Cockpit alle unterschiedlichen, auf verschiedenen Datenbanken gespeicherten Grundlagendaten mit zum Teil enthaltenen geografischen und demografischen Daten und Gebäudeangaben angesteuert und miteinander verknüpft werden. Hierzu nutzt VIKING das mit Unterstützung durch die Europäische Union zu-

sammen mit Wasserverwaltungen aus unterschiedlichen europäischen Ländern entwickelte FLIWAS-System (Flood Information and Warning System). Auf diese Weise ist sichergestellt, dass alle Anwender aus den verschiedensten Bereichen stets über einheitliche aktuelle Informationen verfügen. Das System FLIWAS wurde um ein Evakuierungsmodul ergänzt, das einen Evakuierungsplan, einen Evakuierungskalkulator, einen Aufnahme- sowie



Gemeinsame Übungen gehören längst zum Alltag.
(Fotos: mi-nrw)

kenntnis, dass sich Wasser nicht an Grenzen hält, haben sich die Provinz Gelderland und das Land Nordrhein-Westfalen mit diesem Programm die Hand gereicht. Schließlich sitzen beide Parteien wegen der geografischen und hydrologischen Gegebenheiten am Rhein sozusagen „im gleichen Boot“. Unter Beteiligung des Innenministeriums, des Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Euregio Rhein-Waal, des Staatlichen Umweltamtes Krefeld, der Bezirksregierung Düsseldorf sowie der Kreise Kleve und Wesel auf nordrhein-westfälischer Seite und dem Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieu, Dienst Wegen Waterbouwkunde, Waterschap Rivierenland,

einen Rückkehrplan beinhaltet. Den unterschiedlichen Akteuren (Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst, Kommune, Provinz etc.) einer solch komplexen Operation einer Evakuierung stehen zeitnah alle erforderlichen Daten (Wie viel Zeit bleibt noch? Welches Gebiet? Wie viele Menschen? Wie viele Tiere? Welche Wege stehen zur Verfügung?) nebst einer Checkliste der durchzuführenden Handlungen zur Verfügung. Grundlage dieses Evakuierungsmoduls sind etwa 125 berechnete Überschwemmungsszenarien, die den Verlauf einer Überschwemmung auf der Zeitschiene hinsichtlich Ausbreitungsfläche und jeweiligen Wasserstand sichtbar machen.

Mit seinem hohen Grad an Zusammenarbeit und seinem multidisziplinären Ansatz trägt VIKING

erheblich zur Steigerung in der operativen und verwaltungsbezogenen Vorbereitung auf eine grenzüberschreitende Überschwemmungssituation bei.

Dieses Programm verdeutlicht zugleich die Grundvoraussetzung für einen wirksamen Katastrophenschutz: Informationen. Nur wer die horizontal und vertikal vorliegenden Informationen (etwa aus Genehmigungsverfahren) erschließt, bündelt und entsprechende Vorplanungen vornimmt, kann die Katastrophe adäquat bekämpfen. Es heißt nicht umsonst „Wissen ist Macht“, denn nicht erschlossenes Wissen führt zu Machtlosigkeit der Behörden. Vor diesem Hintergrund haben sich die Niederlande und Nordrhein-Westfalen auf einen umfassenden Austausch von Risikodaten verständigt, der sowohl Gefahrenquellen als auch gefährdete Objekte beinhaltet. Aber auch Informationen hinsichtlich vorhandener Ressourcen des Katastrophenschutzes liegen vor, um schnellstmöglich beantworten zu können, wer kann was wann erledigen. Dies ist um so wichtiger, als Zeit ein Kriterium ist, von dem man während einer Katastrophe immer zu wenig hat.

Diese ausgewählten Beispiele sind Beleg dafür, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes schon sehr gut aufgestellt ist. Getreu dem Motto „Besser geht immer“ werden gegenwärtig Themenbereiche eruiert, in denen die Anstrengungen intensiviert werden könnten. In Betracht käme etwa

- ein erweiterter Austausch von Risikodaten alleine zur Nutzung durch Behörden mit Sicherheitsaufgaben. Wie wichtig es ist, möglichst rasch die Situation auch auf der anderen Seite der Grenze zu kennen, hat etwa die Feuerwerkskatastrophe in Enschede am 13. Mai 2000 gezeigt.
- Unter dem Stichwort „Ressourcenmanagement“ eine gemeinsame Beschaffung oder Nutzung von kostenintensiven Großgeräten.
- Eine Kooperation zwischen dem Nederland Instituut Fysieke Veiligheid Nibra und dem Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen. Die Europäisierung schreitet auch im Bereich des Feuer- und Katastrophenschutzes unaufhaltsam voran. Der freie Zugang zum Arbeitsmarkt und die gegenseitige Anerkennung von Ausbildung und Abschlüssen werden sich unter dem Stichwort

„Bologna-Prozess“ auch in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr deutlich bemerkbar machen. Um diesem Prozess frühzeitig Rechnung tragen zu können, könnten die zentralen staatlichen Aus- und Fortbildungseinrichtungen vernetzt werden. Inhaltlich dürfte dabei zunächst an einen Austausch von Experten, einer Zusammenarbeit im Bereich des Krisenmanagements sowie der Ausgestaltung gemeinsamer Übungen und Veranstaltungen gedacht werden.

- Unter dem Aspekt der Rechtssicherheit könnte ein mit Blick auf die kommunale Selbstverwaltung empfehlender Mustervertrag ein einheitliches Niveau herstellen. Wie bereits ausgeführt, existieren auf kommunaler Ebene nahezu flächendeckend Vereinbarungen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf der Grundlage des Anholter Abkommens. Diese Verträge weisen jedoch zum Teil erhebliche Unterschiede hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung auf.

Auch wenn noch Optimierungspotenzial vorhanden ist, kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen im Bereich des Katastrophenschutzes als ausgesprochen gut bezeichnet werden. Nordrhein-Westfalen und die Niederlande stellen damit – nicht nur im Bevölkerungsschutz – ein „gelebtes Europa“ dar.

Safety and Security in internationalen Einsätzen

Peter Wilde, BBK

Die Erfahrung zeigt, dass die internationale Arbeit von Hilfsorganisationen in den Bereichen humanitäre Hilfe, Soforthilfe und Entwicklungspolitik besonders dort gefordert ist, wo in zunehmendem Maße das Umfeld der Arbeit von Unsicherheit und Risiken für die Mitarbeiter der Organisationen gekennzeichnet ist. Dies gilt nicht nur für die aktuellen Brennpunkte wie Afghanistan oder Irak, sondern beispielsweise auch für das Engagement in Afrika und Lateinamerika. In einigen Ländern, in denen Hilfsorganisationen arbeiten, ist die Sicherheitslage sehr schlecht. Generell steigt das Risiko für Entwicklungshelfer im Ausland, Opfer von Gewalt zu werden.

Risiken ergeben sich nicht nur durch die besonderen Lebensumstände der Delegierten in den jeweiligen Ländern, sondern auch daraus, dass Mitarbeiter durch örtliche Konflikte oder innere Unruhen bedroht sind und zum Teil auch Opfer krimineller Aktivitäten werden. Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind zunehmend Zielscheiben für Gewalt. Unbewaffnet, ungepanzert, ungeschützt, von anderem Aussehen und anderer Herkunft, ausgestattet mit Fahrzeugen, Satellitentelefon, Laptop und teils hohen Geldbeträgen – mitten zwischen der notleidenden Bevölkerung oder sogar mitten unter den Konfliktparteien unterwegs – sind sie leichte und attraktive Ziele für Überfälle oder Entführungen aus politischen oder kriminellen Motiven.

Die Vielzahl und die Art von Vorfällen, denen Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in jüngster Vergangenheit ausgesetzt waren, belegen dies. Die Maßstäbe für Sicherheit haben sich damit weltweit und für alle Hilfsorganisationen geändert.

Die Hilfsorganisationen sind bestrebt, dass Mitarbeiter keinen unvermeidbaren Risiken ausgesetzt sind und dass Vorkehrungen für deren Sicherheit getroffen werden.

Bei diesen Vorkehrungen wird unterschieden in die Bereiche Safety and Security, in der deut-

schen Übersetzung auf den ersten Blick der gleiche Begriff, aber im Bereich der humanitären Hilfe von sehr unterschiedlicher Bedeutung.

So bezeichnet man mit Safety alle Maßnahmen und Fragen zum Schutz vor Unfällen, Krankheiten etc. die sich aus den Lebensumständen und -bedingungen ergeben. Diese Maßnahmen beinhalten Dinge wie z.B. eine umfangreiche Erste-Hilfe-Ausbildung, Maßnahmen im Bereich Brandschutz, Verhalten im Straßenverkehr usw.

Der Begriff Security dagegen bezeichnet alle Maßnahmen und Fragen zum Schutz vor gewaltsamen Übergriffen und oder Gefährdungen infolge bestehender und/oder beendeter Konflikte.

„I am instructing the senior officials that security training and security awareness must be provided to every staff member. This is the single most effective means of minimizing risk.“
(UN-Generalsekretär Kofi Annan)

Die AKNZ hat bereits 2003 auf Anfragen seitens der deutschen Hilfsorganisationen reagiert und ein Seminar entwickelt, das sich mit der Thematik Safety and Security befasst. Die praktischen Anteile der Ausbildung werden seit 2004 gemeinsam mit dem United Nations (UN) Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg durchgeführt.

Seit 2009 gestaltet die Akademie gemeinsam mit der Johanniter-Akademie und mit Unterstützung der Truppenübungsplatzkommandantur Baumholder dieses Seminar in eigener Regie auf dem Truppenübungsplatz. Als Ausbilder stehen Fachleute von Hilfsorganisationen, des Bundeskriminalamtes und der Bundeswehr zur Verfügung, die erforderlichen Rollenspieler sind ehrenamtliche Angehörige des Personal- und Ausbildungszentrums der Johanniterakademie, die unterstützen und dafür teilweise sogar Urlaub nehmen. In diesem speziel-

len Training für humanitäre Helfer lernen die Seminarteilnehmer sich bestmöglich zu verhalten und zu schützen.

Die Aus- und Weiterbildung des Personals in Sicherheitsfragen ist ein zentrales Element für die konkrete Verbesserung der Arbeitssituation vor Ort. Dem Personal werden nicht nur Kenntnisse und Techniken vermittelt, sondern auch ein anderes Bewusstsein für die Lage und mehr Selbstbewusstsein zur Vergrößerung der eigenen Handlungsspielräume. Dies wird durch eine Mischung aus wenigen theoretischen Unterrichtsthemen und sehr vielen praktischen Anteilen erreicht. Das Seminar baut auf die Tatsache, dass praktisch Erlebtes viel stärker das Verhalten prägt als nur theoretisch Vermitteltes.

Ab 2010 ist auf Wunsch der Hilfsorganisationen geplant, die Seminare nur noch in englischer Sprache durchzuführen, zum einen um der internationalen Klientel gerecht zu werden, zum anderen um die Mitarbeiter der Organisationen gleich an die in diesem Bereich übliche Geschäftssprache Englisch zu gewöhnen.

Montagsmorgen: Fast zwei Dutzend Frauen und Männer drücken die Schulbank an der AKNZ. Eine Woche dichtes Programm aus Theorie und Praxis erwartet sie. Projektleiter aus der Demokratischen Republik Kongo, Afghanistan oder dem Sudan sitzen neben Mitarbeitern aus den Zentralen der Hilfsorganisationen, die häufiger in die Projektländer reisen. Daneben sitzen ehrenamtliche Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, die sich auf mögliche Einsätze in Krisenländern vorbereiten.

Zunächst werden einige Grundlagen vermittelt, die sich mit der Sicherheitsplanung im Einsatzland befassen. Alles steht unter dem Motto der sechs P: "Propper planning and Preparation prevents poor performance!". Es wird die Bedeutung der internen und externen Kommunikation dargestellt, die Wichtigkeit der Tourenplanung im Einsatzland explizit erläutert, grundsätzliche Verhaltensregeln besprochen, die Notwendigkeit, seine Ausrüstung immer griffbereit und einsatzbereit zu halten und speziell bei Kartenmaterial die Aktualität zu beachten. An Beispielen wird dargestellt, wie wichtig es für die eigene Sicherheit ist, ständig aufmerksam zu sein und sein Umfeld zu beobachten.

Nach diesem theoretischen Einstieg kommt bereits der erste praktische Ausbildungsanteil. Hier werden Grundlagen aus dem Bereich Selbst-

schutz vermittelt, der Umgang mit Feuerlöschern, Bereithaltung von Notrationen usw., kurz gesagt Ausbildungsthemen aus dem Bereich Selbstschutz.

Am Nachmittag des ersten Ausbildungstages in Ahrweiler fahren die Teilnehmer zum Truppenübungsplatz Baumholder.

Beim Eintreffen im Truppenlager ist für viele Teilnehmer die Überraschung groß: strenge Zugangskontrolle durch eine bewaffnete Wache, karge Unterkünfte, Ausgabe der Bettwäsche auf dem Flur, Truppenküche, eine Kantine, die um 22:00 Uhr schließt und plötzlich ein ohrenbetäubender Lärm, als ein Kampfflugzeug der Luftwaffe in ungefähr



Die Rollenspiele übernehmen ehrenamtliche Angehörige des Personal- und Ausbildungszentrums der Johanniterakademie.

50 Meter Höhe über die Köpfe der Seminarteilnehmer hinwegfegt. Doch damit nicht genug. Kaum dass sich die Teilnehmer von dem Schrecken erholt haben, hören sie ein sonores Brummen, als die übenden Panzer zurück ins Lager kommen.

Jetzt ist jedem klar: Wir sind angekommen in einer anderen Welt, wir sind im Einsatz in Rabiastan, einem fiktiven Land, in dem wir als Angehörige einer Hilfsorganisation nach einer großflächigen Überflutung in einem unter den Folgen eines langjährigen Bürgerkrieges leidenden Entwicklungsland Erkundungen durchführen und humanitäre Hilfe leisten sollen.

Der nächsten Tag beginnt sehr früh, Frühstück in der Truppenküche ab 05:30 Uhr und um 07:00 Uhr Beginn der praktischen Ausbildung.

Die Gruppe wird aufgeteilt, Aufträge werden erteilt. Eine Gruppe fährt mit dem Bus zur Ortschaft Suica, deren Bürgermeister die Delegation eingeladen hat in sein Dorf zu kommen, um über Nothilfe zu sprechen. Die zweite Gruppe fährt mit zwei Kleinbussen in die Nachbarstadt zu einer Besprechung mit der regionalen Vertretung der Vereinten Nationen sowie anderen in Rabiastan neu eingetroffenen NGOs.

Das Dorf Suica liegt in einer Senke, einige Häuser liegen weit verteilt. Der Nebel hat sich zum Glück gelichtet. Die Delegation muss vor der Ortschaft aus dem Bus aussteigen und sich zu Fuß auf den Weg zum Bürgermeister machen. Die Gruppe nähert sich einigen männlichen Bewohnern, die auf

Praxisübungen, wenngleich alles nur simuliert ist, werden in verschiedenen Stationen in dem Übungsdorf dargestellt, die Teilnehmer werden mit immer neuen Situationen konfrontiert...

Die zweite Gruppe fährt mit Kleinbussen auf der vorgegebenen Straße in die Nachbarstadt, um an dem Meeting von UNHCR teilzunehmen. Plötzlich taucht vor der Gruppe ein Hinweisschild auf: „Checkpoint – Slow down“ und man sieht Wachtürme und Straßensperren. Die Gruppe fährt bis zur ersten Sperre und hält an. Nichts passiert, vereinzelt sieht man bewaffnete und uniformierte Soldaten jenseits der Sperren und vom Wachturm aus beobachtet ein Soldat mit dem Gewehr im Anschlag die Fahrzeuge. Nach 20 Minuten kommt ein Posten heraus und verlangt die Ausweispapiere. Die Gruppe fährt in den inneren Bereich des Checkpoints und alle müssen die Busse verlassen. Eine langwierige Durchsuchung beginnt, Innenraum, Fahrzeugunterboden, Motorraum – alles wird durchsucht. Die Insassen befinden sich in einem abgesperrten Bereich, in der Personenschleuse. Einer nach dem anderen wird in das Wachgebäude geführt und kontrolliert. Werden bei der Durchsuchung Messer oder Bücher gefunden oder ist mit den Ausweispapieren etwas nicht in Ordnung, erfolgt eine Befragung durch den Leiter des Checkpoints. Nach 2-3 Stunden erst ist die Delegation wieder an ihrem Fahrzeug und erhält die Erlaubnis zur Weiterfahrt. Eine sehr realistische Situation, wie die Projektleiter, die direkt aus Krisengebieten zur Ausbildung angereist sind, einstimmig bestätigen und vor allem sehr lehrreich, da jedes falsche Verhalten sofort zu einer Reaktion der bewaffneten Soldaten führen kann.

Ortswechsel: Die Seminarteilnehmer befinden sich auf einem Sprengplatz des Truppenübungsplatzes und betrachten misstrauisch, was die Ausbilder der Platzkommandantur alles aufgebaut haben.

Der Referent überzeugt. Weil er als Soldat in internationalen Einsätzen vieles gesehen und erfahren hat, sich mit Waffen, Sprengfallen und Schutzwesten gut auskennt und weil er ein beeindruckenden



Der Checkpoint am Ortseingang ist realistisch nachgestellt.
(Fotos: BBK)

der Hauptstraße herumlungern. Die Männer auf der Hauptstraße, denen sich die Delegation nähert, scheinen betrunken zu sein, bedrängen die westlichen Helfer. Alle reden durcheinander, die Angehörigen der Delegation sind völlig abgelenkt. Plötzlich ein lauter Knall – auf dem Dorfplatz ist eine Bombe explodiert. Die Dorfbewohner sind irgendwie kurz vorher verschwunden – panisch suchen die Mitglieder der Delegation Schutz. Jetzt werden sie auch noch beschossen. „Hilfe!!!“ ruft ein Mitglied der Delegation in sein Mobiltelefon – „Wir werden angegriffen!“

Der Ausbilder der AKNZ unterbricht. Die Seminarteilnehmer sammeln sich zur Auswertung. „Was ist passiert?“, fragt der Ausbilder die Helfer. In diesem Praxisteil sollen die Teilnehmer die Erfah-

des Metallblech in der Hand hält: Die Einschusslöcher vom Beschuss mit verschiedenen Handwaffen hinterlassen Eindruck. Manchen Teilnehmern wird anscheinend doch etwas mulmig bei den vermittelten Eindrücken. Der Teilnehmer soll lernen, dass unter Beschuss viele vermeintliche Deckungen absolut keine sind. Autotüren, Gartenzäune, kleine Mauern — die Darstellung durch den Feuerwerker der Kommandantur überzeugt. Danach geht die Gruppe in den Schutzbunker und beobachtet, was auf dem Sprengplatz passiert. Es regnet als der Attentäter seine 6-Kilo-Körperbombe mitten auf dem Markt zündet. Durch die Panzerglasscheibe sieht man die Explosion. Im Sprengstoff waren Nägel verteilt — eine verheerende Waffe. Zuvor hatte der Sprengmeister simuliert, was mit Stiefel und Bein passiert, wenn man auf eine Mine tritt: der Stiefel wird total zerfetzt und das Bein wäre erheblich verletzt. Danach detoniert neben dem Wrack eines VW Busses eine IED – Improvised Explosive Device, eine selbst gebastelte Bombe, und spätestens jetzt herrscht bei den Teilnehmern beeindruckte Stille.

„Nicht mit den Daumen in die Lenkradspeichen fassen, lass das Lenkrad frei laufen!“ sagt der Fahrlehrer der Bundeswehr zu dem etwas nervösen Fahrer, der sich mit einem allradgetriebenen Fahrzeug auf der Fahrzeuglehrbahn des Übungsplatzes befindet. Eine Fahrstrecke von ca. 3 km Länge, die speziell für die Ausbildung zum Fahren in besonderem Gelände gebaut wurde. Steilhänge, verschiedene Bodenbeschaffenheiten, Durchfahren einer Furt, Überfahren großer Steine und Baumstämme — alles wird dargestellt und die Fahrschüler sind nach Absolvieren des Parcours alle schweißgebadet, beeindruckt, aber auch begeistert und oft überrascht, wie der richtige Einsatz des Allradantriebes und des Differentialgetriebes den Umgang mit dem Fahrzeug in schwierigem Gelände erleichtert.

Verkehrsunfälle, übrigens meist im normalen Straßenverkehr, stellen insgesamt das größte Risiko für Entwicklungshelfer dar. Nach UN-Erhebungen passieren die meisten Unfälle, an denen Angehörige von Hilfsorganisationen beteiligt, sind im Straßenverkehr. Umso wichtiger erscheint es, im Rahmen der Safety Ausbildung für die Teilnehmer des Seminars ein professionelles Fahrtraining durchzuführen. Mit Unterstützung der Bundeswehr und dem hervorragenden Fahrübungsgelände in Baumholder ist dies problemlos möglich.

Am letzten Tag der Ausbildung in Baumholder fahren die Teilnehmer bereits am frühmorgens nach Suica, um dort an einem großen UN-Meeting teilzunehmen. Plötzlich ein lauter Knall, der Bus stoppt, maskierte Bewaffnete stürmen den Bus und nach acht Sekunden setzt der Bus seine Fahrt fort. Die Teilnehmer müssen die Hände hinter dem Kopf verschränken, es werden ihnen verdunkelte und dicht anliegende Brillen aufgesetzt, jede Bewegung, jedes Gespräch wird sofort durch die Geiselnnehmer unterbunden. Nach kurzer Fahrt werden die Teilnehmer aus dem Bus geführt. Zunächst werden alle durchsucht und anschließend führen die Geiselnnehmer die Geiseln in ein Gebäude. Es ist dunkel, teilweise feucht in dem provisorischen Gefängnis, im Hintergrund läuft laute Musik. Immer wieder werden Geiseln aus dem Gefängnis geführt, teils nur um Bewegung zu haben an der frischen Luft oder aber auch um vom Anführer der Geiselnnehmer vernommen zu werden. Nach mehreren Stunden ist der Spuk vorüber: „Übungsende!“. Die „Geiseln“ sind erleichtert.

In der Abschlussbesprechung mit erfahrenen Notfallseelsorgern und Psychologen, die die Ausbildung genau so begleiten wie ein Arzt der Johanner, äußern sich die Teilnehmer immer wieder ähnlich. Es war alles nur eine Simulation, das wusste jeder. Aber man macht dennoch sehr viele Erfahrungen: Über die Ohnmacht, an der Situation nichts ändern zu können, über passive Überlebensstrategien, das Gefühl der Hilflosigkeit und des Zeitverlustes.

Ein Teilnehmer nach der „Geiselnahme“: „Mehr als einmal dachte ich an meinen Kollegen, der letztes Jahr entführt wurde. Er kam zum Glück nach kurzer Zeit unbeschadet wieder frei. Ein paar Monate vor der Entführung hat auch er am Safety and Security Seminar der AKNZ teilgenommen. Hinterher sagte er mir, dass diese Vorbereitung auf den „Ernstfall“ während seiner echten Entführung viel geholfen hätte.“

2010 wird das Seminar „Safety and Security“ insgesamt viermal durchgeführt. Die Termine und Teilnahmevoraussetzungen entnehmen Sie bitte dem Seminkatalog der AKNZ für das Jahr 2010. Es ist geplant, das Seminar ab Mitte 2010 vollständig in englischer Sprache durchzuführen.

ESRIF

Das European Security Research and Innovation Forum

Dr. Merle Missoweit und Hans-Martin Pastuszka,
Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT), Euskirchen

Hintergrund

Auf Initiative der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten wurde das ESRIF im September 2007 eingerichtet, um bis Ende 2009 Empfehlungen zur weiteren Ausgestaltung der Sicherheitsforschung auf europäischer Ebene im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms (FP7) vorzulegen. Danach soll eine langfristig ausgerichtete (Zeithorizont 2030) strategische *Europäische Agenda für Sicherheitsforschung und Innovation* (European Security Research and Innovation Agenda, ESRIA) erarbeitet werden.

ESRIF, dessen Plenum von 64 Personen aus 31 Staaten der EU und FP7-assoziierten Staaten gebildet wird, hat als unabhängiges Beratungsgremium auf europäischer Ebene die Nachfolge von ESRAB (European Security Research Advisory Board) angetreten, das in den Jahren 2005–2006 Empfehlungen zur Ausgestaltung des Europäischen Sicherheitsforschungsprogramms im Rahmen des FP7 erarbeitet hat.

Das Fraunhofer INT ist, wie schon in ESRAB, auch in ESRIF in mehrere Arbeitsgruppen eingebunden und aktiv tätig. Insbesondere die Autoren haben den deutschen Vorsitzenden der ESRIF Arbeitsgruppe 4 „Krisenmanagement“, Christoph Unger, Präsident des BBK, als sog. „Sherpa“ unterstützt. Die vorliegende Darstellung basiert so im Wesentlichen auf Erkenntnissen, die im Rahmen der Arbeit dieser AG gewonnen wurden.

Aufgabenstellung und Arbeitsweise

Aufgabe von ESRIF ist es, Empfehlungen zur langfristigen, strategischen Ausrichtung und Aufgabenstellung der europäischen Sicherheitsforschung im Rahmen einer ESRIA zu erarbeiten. Im Ergebnis dieser Arbeit gilt es für ESRIF insbesondere

- den Dialog zwischen öffentlichem und privatem Sektor sowie zwischen Anbietern und Abnehmern im Bereich von Sicherheitsforschung und Innovation auszubauen und zu fördern,
- innovative Ideen zu fördern, die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und Grundlagen zum Ausbau der internationalen Kooperation auf dem Gebiet der zivilen Sicherheit zu legen und
- den künftigen Bedarf an Sicherheitsfähigkeiten unter Berücksichtigung aktueller und erkennbarer zukünftiger Bedrohungen zu analysieren.

Um diesen, bereits mit ESRAB begonnenen, Arbeitsansatz zu vertiefen, sind die 64 Repräsentanten aus den Bereichen der Bedarfsträger (d.h. Behörden und private Endnutzer von Sicherheitstechnik), Bedarfsdecker (Industrie und Forschung) und der Zivilgesellschaft (z.B. EU-Parlament und Nichtregierungsorganisationen) in ESRIF entsandt worden. Deutschland stellt dabei fünf Mitglieder.

Zur Wahrnehmung dieser komplexen Aufgabe wurden elf Arbeitsgruppen eingerichtet, die unter Leitung der ESRIF-Mitglieder mehr als 600 Experten (ca. $\frac{2}{3}$ Bedarfsdecker, $\frac{1}{3}$ Bedarfsträger, dazu Vertreter der Zivilgesellschaft) aus ganz Europa in sich vereinen. Die thematische Organisation dieser elf Arbeitsgruppen (Abb.1) folgt im Kern der Struktur des Sicherheitsforschungsprogramms im FP7, hat aber, bedingt durch die umfassendere und vor allem strategische Aufgabenstellung, wesentliche Erweiterungen in den Themenbereichen „Vorausschau und Szenarien“, „Innovation“ sowie „Ethik und Gesellschaft“ erfahren.

Die Anforderungen an ESRIF sind mannigfaltig. In der Erkenntnis, dass Sicherheit und Sicherheitsforschung in einem komplexen, von zahlreichen Faktoren beeinflussten und sich stetig verändernden

Umfeld auf verschiedenen Ebenen zu planen ist, gilt es, diese Multi-Dimensionalität und damit verbundene Abhängigkeiten in einer für ein ehrenamtliches Forum wie ESRIF nicht einfachen Aufgabenwahrnehmung angemessen zu adressieren. Wesentliche und auch in den von ESRIF erarbeiteten Empfehlungen zu berücksichtigende Aspekte sind

- Veränderungen der langfristigen Bedrohungsperspektive,
- Zunahme globaler Abhängigkeiten und ihre Auswirkungen (Beispiel Finanzwesen),
- Globale Trends in technologischen Entwicklungen im Spannungsfeld gesellschaftlicher Akzeptanz und der Wahrung individueller Freiheitsrechte,

- gesetzliche und sonstige Normen, Standards und Regulierungen,
- zukünftige Gestaltung von innerer und äußerer Sicherheit,
- Fragen eines „optimalen“ Verhältnisses von Präventions- und Schutzmaßnahmen und geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Robustheit unserer Gesellschaft und ihrer kritischen Infrastrukturen,
- Notwendige Kohärenz von Sicherheitspolitik, sicherheitsrelevanten Fähigkeiten und Sicherheitsforschung (technisch und nicht-technisch) usw.

Ausblick

Vor Abschluss von ESRIF können die Inhalte der ESRIA und zu ihrer Umsetzung vorgeschlagene Maßnahmen noch nicht dargestellt und bewertet werden. Festgestellt werden kann aber, dass trotz aller Schwierigkeiten eine gemeinsame Vorstellung über die wichtigsten Herausforderungen für die europäische Sicherheitsforschung in den nächsten Jahren entwickelt wurde, die in ihren Auswirkungen auch Einfluss auf das deutsche Sicherheitsforschungsprogramm haben wird. Wesentliche Erkenntnisse aus der Arbeit von ESRIF sind:

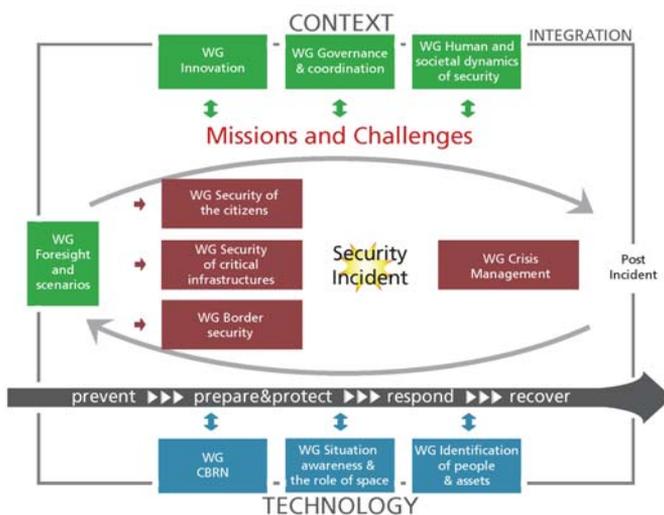


Abb. 1: Arbeitsstruktur von ESRIF. (Quelle: ESRIF Intermediate Report, Brüssel, September 2008)

- Kurzfristiger Bedarf an Sicherheitstechnologien vs. langfristigen, in ihren Auswirkungen kaum vorhersehbaren Veränderungen des individuellen und gesellschaftlichen Sicherheitsumfeldes (Umgang mit der Unsicherheit),
- Multi-Dimensionalität von horizontaler (Individuen, Behörden und Institutionen bis hin zu gesellschaftlichen Gruppierungen) und vertikaler Sicherheit (individuell, lokal, regional usw. bis europäisch und pan-europäisch),
- Umgang mit Radikalisierungstendenzen innerhalb und außerhalb der EU,
- Berücksichtigung bereits existierender oder in Vorbereitung befindlicher sicherheitsrelevanter Fähigkeiten und Forschungsprogramme in den Mitgliedstaaten der EU sowie auf europäischer Ebene,

- Die Betonung der ethischen und gesellschaftlichen Dimensionen von Sicherheit macht es zwingend erforderlich, die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Vordergrund der Sicherheitsforschung zu stellen, um ihre Widerstandsfähigkeit (resilience) und damit die der europäischen Gesellschaften gegenüber zukünftigen Bedrohungen zu stärken.
- Die bisherigen Forschungsaktivitäten im Bereich der inneren Sicherheit müssen fortgesetzt und vertieft werden. Darüber hinaus müssen zukünftig aber auch verwandte Themen wie Klimawandel und Umwelt, Gesundheit und Humanitäre Hilfe einen angemessenen Niederschlag in der europäischen Sicherheitsforschung finden .
- Der Bedarf an der Entwicklung begleitender Maßnahmen, die geeignet sind, die gegenwärtige Zersplitterung des Sicherheitsmarktes in Europa zu überwinden, z.B. durch industrie- und innovationspolitische Maßnahmen (Lead Market Initiative), Entwicklung von gemeinsamen Standards und Zertifizierungen und neuer, trans-europäischer Netzwerke.

Krisenmanagementausbildung für Angehörige des Auswärtigen Amtes

Peter Wilde, BBK

Bereits seit 2003 führt die zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gehörende Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) für das Auswärtige Amt (AA) Krisenmanagementausbildung durch.

sollen, durchgeführt. Im Rollenspiel erlernen die Teilnehmer die Grundzüge der Arbeit in einem Krisenstab; bereits vorhandene Kenntnisse werden vertieft.

Seit 2005 wird diese Ausbildung auch eingebunden in die Ausbildung aller Angehörigen des auswärtigen Dienstes. Zum Ende der dreijährigen Ausbildungszeit durchlaufen alle Angehörigen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes an der Akademie für diplomatische Dienste in Berlin eine einwöchige Ausbildung „Krisenmanagement“. Angehörige aller drei Laufbahngruppen werden zum Ende Ihrer Ausbildung an der Akademie auswärtiger Dienst in Berlin Tegel zu einem Seminar zusammengezogen und dort in interkultureller Kompetenz sowie im Krisenmanagement geschult. In der Regel durchlaufen ca. 120 Seminarteilnehmer die „Rollen-



Die Borsig-Villa, ein ehemaliges Landhaus der Unternehmer-Familie Borsig, liegt auf der Halbinsel Reiherwerder im Tegeler See und gehört heute zusammen mit den benachbarten Gebäuden zum Gelände der Akademie Auswärtiger Dienst, wo seit 2006 alle Angehörigen des Auswärtigen Dienstes ausgebildet werden. (Foto: J.Cornelius)

Von Beginn an wurde die Ausbildung für Referatsleiter und stellvertretende Referatsleiter, die in einer ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland ihren Dienst verrichten

sowie „Rollen-

spiele“ unter Leitung von Mitarbeitern der AKNZ. In Gruppen, die sich aus Angehörigen aller drei Laufbahngruppen zusammensetzen, ist die erste Aufgabe zunächst die Verteilung der Rollen

im Krisenspiel. Wer wird Botschafter, wer Kanzler, wer übernimmt Sekretariatsaufgaben oder befasst sich mit Rechts- und Konsularfragen. Danach werten die neu gebildeten Krisenstäbe die Ausgangssituation aus und fassen alle Informationen zusammen, die für das weitere Vorgehen relevant sind und erstellen einen Katalog der zu erfüllenden Aufgaben. Grundlagen für das Krisenspiel ist zum einen ein Erdbebenszenario, zum anderen ein Szenario, in dem es zu inneren Unruhen in dem betroffenen Land kommt. In beiden Fällen sind durch den Stab eine Fülle von Aufgaben zu erledigen, ständig neue Informationen, die über die Übungsleitung per Telefon oder Fax eingespielt werden, auszuwerten und entsprechend in Maßnahmen umzusetzen. Nach spätestens einer Stunde ist zu beobachten, dass die Teilnehmer am Krisenspiel voll und ganz in ihrer Rolle aufgehen. Besonders in der Krisensimulation wird allen deutlich, wie wichtig es ist, im Krisenstab der deutschen Vertretung an einem Strang zu ziehen – jeder an seinem Arbeitsplatz – und bei allem Stress nicht die interne Kommunikation zu vergessen. Jeder Angehörige des Krisenstabes der Botschaft muss ständig über die aktuelle Situation informiert sein und vor allem müssen auch Wege gefunden werden, Informationen, die man von außen erhält, intern zu kommunizieren. Der Attaché, Angehöriger des höheren Dienstes, erlebt hautnah, was für eine Herausforderung es ist, in der Registratur eingesetzt zu sein. Seine Aufgabe ist es, alle Informationen zu bündeln und dem jeweils Verantwortlichen schnellstmöglich zukommen zu lassen, da die Registratur der Knotenpunkt für die Botschaftskommunikation ist. Ohne die Leute am Bürgerservice-Telefon geht es nicht, alle Kontakte der Referenten werden gebraucht und aktiviert. Der Botschafter selbst, egal welcher Laufbahngruppe er im richtigen Leben angehört, merkt sehr schnell, welche wichtige Aufgabe ein Botschafter bewältigen muss. Er braucht optimal aufbereitete Informationen, um Entscheidungen treffen zu können. Deren Umsetzung erfordert wiederum eine gute Struktur, Führung und Zusammenspiel der Mitarbeiter garniert vom richtigen Umgang mit der Presse im Krisenfall, die mit Kamera und Mikrophon und am Telefon – einfach überall – auf Insiderinformationen lauert.

Die Simulation wird so realistisch wie möglich dargestellt. Alle Kontakte und Ansprechstellen

außerhalb der Botschaft, angefangen von der Zentrale des Auswärtigen Amtes in Berlin, über das Innenministerium im betroffenen Land bis hin zum aufgeregten, nach seinen Angehörigen suchenden Familienvater wird durch die Ausbilder der AKNZ simuliert, entweder per Telefon oder per Mail.

Die Durchführung des Seminars „Krisenmanagement“ beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des Auswärtigen Amtes.

In der jährlich durch das Auswärtige Amt durchgeführten internationalen Diplomatenausbildung unterstützt die AKNZ die Durchführung dieser Ausbildung durch das Rollenspiel „Krisenmanagement“. Teilnehmer des Lehrganges aus vielen europäischen und außereuropäischen Staaten werden über das deutsche System geschult und in einem Rollenspiel wird die Arbeit eines Krisenstabes in einer deutschen Botschaft anhand verschiedener Szenarien geübt.

Im Jahr 2007, während der deutschen Ratspräsidentschaft, wurde durch die AKNZ im Rahmen des European Diplomatic Programms ein 1-wöchiges Seminar Krisenmanagement im auswärtigen Amt durchgeführt. Insgesamt 100 Diplomaten aus 30 europäischen Ländern wurden in Stabsarbeit geschult und in das deutsche System Krisenmanagement eingewiesen. Zum Abschluss der Ausbildung wurde in einem dreitägigen Rollenspiel die praktische Arbeit des Krisenstabes simuliert. Alle Teilnehmer zeigten sich begeistert und äußerten einstimmig, dass sie für ihre Arbeit in Auslandsvertretungen persönlich sehr viel gelernt haben und auch das Erlernte in ihre Nationen weitertragen wollen.

Die seit 2003 laufende Ausbildungsunterstützung der AKNZ für das Auswärtige Amt wird auch in den Folgejahren fortgesetzt. 2010 sind neben der einwöchigen Ausbildung für Angehörige aller Laufbahngruppen noch zwei Weiterbildungen für Referatsleiter und eine Ausbildung im Rahmen der internationalen Diplomatenausbildung vorgesehen.

Die ganze Welt schaut rein...

Internationales Interesse an den vielfältigen Aufgaben des BBK

Angela Clemens-Mitschke und Orsola Lussignoli, BBK

Was machen eine chinesische, eine südafrikanische, eine indonesische, eine israelische, eine koreanische, eine aserbaidzhanische oder eine mongolische Delegation im BBK, einer Einrichtung im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums?



Was bewegt diese Gruppen hochrangiger Vertreter, sich mühsam mit Hilfe eines Dolmetschers Einblick in Strukturen und Abläufe der deutschen Katastrophenhilfe und des Bevölkerungsschutzes zu verschaffen???

Tsunami in Südostasien, Tropensturm „Gustav“ über der Karibik, Taifun „Fengshen“ auf den Philippinen, Zyklon „Nargis“ in Birma, Erdbeben in

China (Provinz Sichuan), Erdbeben Indonesien ... ein Ende ist nicht abzusehen.

Katastrophen und Unglücksfälle machen an Grenzen nicht halt, hier wirkt nun mal die Kraft des Faktischen.

Klimawandel und neue Gefahrenlagen auf internationaler wie auf nationaler Ebene stellen den Staat vor neue komplexere Aufgaben und vor die Notwendigkeit, die Gefahrenabwehr und die Potenziale zur Krisenbewältigung im Ereignisfall fortzuentwickeln und ständig anzupassen. Zur Entwicklung der Prävention sowie Reaktionsfähigkeiten zum Schutz der Bevölkerung hat die internationale Vernetzung für jeden Staat eine doppelte strategische Bedeutung:

- Schaffung von Synergieeffekten bzw. Gewinnung externer Unterstützung (durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfeleistung) und
- Entwicklung bzw. Stärkung eigener Vorbereitungsmaßnahmen am Beispiel anderer Bevölkerungsschutzsysteme (Know-How-Transfer).

Demzufolge kommt der Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen Partnern im Ausland und einer verstärkten gestalterischen Mitwirkung vor allem in der EU eine wachsende Bedeutung zu. Das BBK ist auf der Grundlage bilateraler Hilfeleistungsabkommen, im multilateralen Kontext (EU, NATO, UN) sowie auf der Basis umfassender Regierungsabkommen der Bundesrepublik mit anderen Staaten aktiver Partner in der internationalen Katastrophenhilfe.

Darüber hinaus klopfen interessierte Staaten an die Tür des BBK, um sich über das deutsche Hilfeleistungssystem zu informieren und beim Aufbau bzw. der Verbesserung der eigenen Krisenmanagementstrukturen beraten zu lassen.

Gegenseitiger Austausch auf multilateraler und bilateraler Ebene ist von beidseitigem Nutzen, sowohl für Deutschland als auch für die jeweils teilnehmenden Staaten.

Einerseits fließen nationales Wissen und nationale Erfahrungen nutzbringend in die grenzüberschreitenden konzeptionellen und taktischen Planungen ein. Andererseits profitiert Deutschland von einem lebendigen Wissenstransfer und kann auch mit Blick auf eigene Interessen den internationalen Planungs- und Umsetzungsprozess unterstützen.

Das Ausmaß der Katastrophen erfordert einen immer größeren Einsatz an Ressourcen zu deren Bewältigung. Die Besonderheiten des deutschen Bevölkerungsschutzes hinsichtlich der Aufteilung der Kompetenzen und der Subsidiarität zwischen Bund und Ländern sowie die Bedeutung des Ehrenamtes sind daher interessante Beispiele für die ausländischen Delegationen.

Auf der fachlichen Ebene finden besonderes Interesse immer wieder der Erfahrungsaustausch in den Bereichen Schutz Kritischer Infrastrukturen, CBRN*, Ausbildung, Risiko- und Krisenmanagement, Warnung der Bevölkerung, Gemeinsames Melde- und Lagezentrum sowie das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS.

Die Vielfalt ausländischer Delegationen, die in den letzten Jahren zu Gast im BBK waren, zeigt, dass diese Besonderheiten sowie die entwickelten Methoden und Instrumente trotz unterschiedlicher politischer und administrativer Strukturen in den interessierten Staaten auf großes Interesse stoßen.

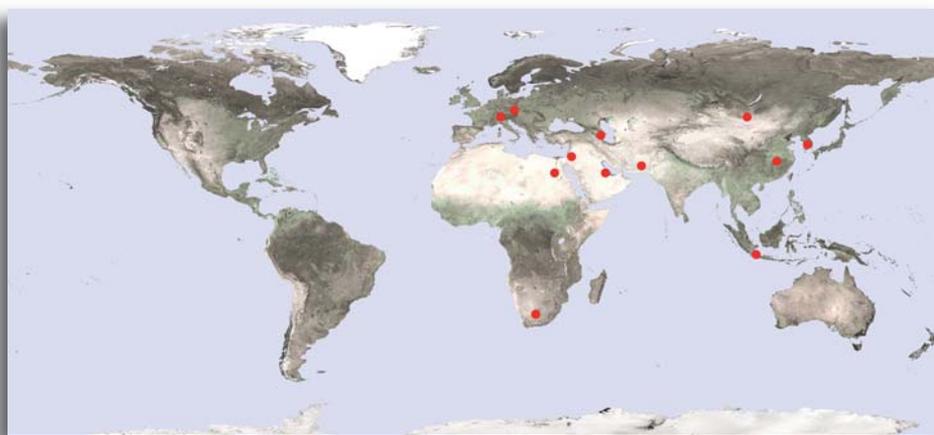
So besuchte z.B. eine Delegation des Ägyptischen Verteidigungsministeriums – 2008 zu Gast in mehreren europäischen Ländern – auch das BBK.

Auch der Innenminister des Königreiches Bahrain erhielt bei seinem Besuch einen Überblick über den Aufbau des deutschen Bevölkerungsschutzes.

Eine Delegation der Nationalen Agentur für Krisenmanagement der Mongolei nutzte 2006 ihren

Aufenthalt in Deutschland im Rahmen der Dritten Internationalen Frühwarnkonferenz in Bonn zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem BBK. Besonderes Interesse fanden die Gefährdungsabschätzungen und das Risikomanagement in besonderen Gefährdungslagen.

Experten des indonesischen Wohlfahrtsministeriums (KESRA), die mit der deutschen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) an einem Projekt für das Indonesische Tsunami Früh-



Die ganze Welt schaut rein ... Herkunftsländer der Delegationen, die in den letzten Jahren zu Gast im BBK waren. (Bilder/Grafiken: BBK)

warnsystem (Indonesian Tsunami Early Warning System (InaTEWS)) arbeiten, zeigten vor dem Hintergrund der kulturellen und geographischen Vielfältigkeit Indonesiens, einem Land mit 33 sehr autonomen Provinzen und mehr als 13.000 Inseln, besonderes Interesse am deutschen System.

Wieso funktioniert das deutsche Hilfeleistungssystem, trotz der gesetzlichen Trennung der Bewältigung von friedenszeitlichen Katastrophenlagen auf der einen und dem Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg auf der anderen Seite? Diese Frage bewegte Professor Hyeon-Cheol Moon von der Chodang Universität in der Republik Korea (Südkorea) als er 2007 das BBK besuchte. Die Reformierung des Bevölkerungsschutzes in Südkorea war auch Anlass des Besuchs des Generaldirektors in der Direktion Bevölkerungsschutz im Innenministerium Südkoreas und seiner Begleiter aus dem Forschungsinstitut KRILA.

Absichtserklärungen und Memoranda of Understanding bilden wichtige Voraussetzungen zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in besonderen Themengebieten und ergeben sich oft bei

ersten Erkundungsbesuchen oder zwischenstaatlichen Beziehungen in verschiedenen Bereichen.

So besuchte eine hochrangige aserbaidschanische Delegation aus dem dortigen Ministerium für Katastrophenschutz drei Tage lang das BBK in Bonn. Die Zusammenarbeit beruht auf einer gemeinsamen Absichtserklärung über gegenseitige Hilfe und bilaterale Zusammenarbeit, unterzeichnet am 08. Juni 2009.

Ebenfalls auf Grundlage eines Memorandums of Understanding (MoU) erfolgt ein reger Erfahrungsaustausch zwischen Israel und Deutschland zu Spezialthemen im Bereich des Bevölkerungsschutzes z.B. Schutz Kritischer Infrastrukturen, CBRN sowie PSNV*. Im Juli 2009 informierten sich der israelische Präsident des Community Stress Prevention Centers (CSPC), Prof. Mooli Lahad, sowie Dr. Haim Goren, Professor für historische Geographie am Academic College in Tel Hai (Israel), über die Arbeit der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH).

Eine Delegation aus der Feuerwehrgeneraldirektion der Tschechischen Republik, einer dem tschechischen Innenministerium nachgeordneten Behörde, war 2009 in Bonn. Schwerpunkt des Interesses war das methodische Vorgehen für eine vergleichbare und reproduzierbare Risikoanalyse.

Angesichts des deutschen Engagements über die eigenen und europäischen Grenzen hinaus und der Komplexität des Krisenmanagements, das kontinuierlich Ausbildungsbedarf und politisch-administrative Unterstützung erfordert, ergibt die Zusammenarbeit des BBK mit anderen im Ausland etablierten deutschen staatlichen Institutionen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung sowie systemischer Beratung sinnvolle und erstrebenswerte Synergieeffekte.

So wird eine pakistanische Delegation im Rahmen Ihrer Informationsreise in Deutschland, die von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit organisiert ist, auch das BBK besuchen.

Nach dem verheerenden Erdbeben 2008 in der chinesischen Provinz Sichuan, bei dem rund 56.000 Menschen ihr Leben ließen und 5,8 Millionen obdachlos wurden, unterstützt die GTZ die Regierung und die Nationale Verwaltungsschule Chinas (CNSA) auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung. Das BBK bringt mit der AKNZ seine Expertise insbesondere für die Ausbildung politisch-ad-

ministrativer Verantwortungsträger und von Multiplikatoren der CNSA ein (s. Beiträge S. 10 ff. dieser Ausgabe).

Dieter Haller, deutscher Botschafter in Südafrika, informierte sich bei seinem Besuch im BBK über dessen Beratungsmaßnahmen für die Republik Südafrika. Das BBK unterstützt im Rahmen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr seit 2007 die südafrikanischen Ausrichterstädte bei der Planung und Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft 2010. Das BBK kooperiert dabei mit der „Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren“ (AGBF) und der „Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH“.

Auch Polen und die Ukraine sowie Brasilien interessieren sich für die Beratung des BBK zur Vorbereitung auf die EURO 2012 bzw. die WM 2014.

Fazit

Der Bund will seine Bevölkerungsschutzaufgaben im internationalen Bereich künftig noch effizienter und konzentrierter wahrnehmen.

In der vom Bundesinnenministerium des Innern vorgestellten „Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz“ vom 27. Januar 2009 hat das BMI die Situation im internationalen Bevölkerungsschutz neu beschrieben und bewertet und zur Umsetzung der Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz entsprechende Zielvorstellungen formuliert (s. Beitrag S. 2 ff. dieser Ausgabe).

Um dem Ausmaß sowie dem aktuellen Anspruch an die Aufgabenerledigung auf dem Gebiet des Internationalen Bevölkerungsschutzes sowie der neu hinzugekommenen Auslandsunterstützung gerecht zu werden, wurde jüngst im BBK in der Abteilung Notfallvorsorge, Kritische Infrastrukturen, Internationale Angelegenheiten ein neues Referat „Internationale Angelegenheiten“ eingerichtet.

Der interessierte Leser kann sich jederzeit über die aktuellen Ereignisse und weitere Details auch im internationalen Miteinander des Bevölkerungsschutzes informieren unter www.bbk.bund.de

CBRN: chemical, biological, radiological, nuclear; internationale Bezeichnung, ersetzt zunehmend das bisher übliche „ABC“ (atomar, biologisch, chemisch).

PSNV: psychosoziale Notfallversorgung

Luftrettung für Ostwestfalen-Lippe

Christoph 13 — schnelle Hilfe in Orange

Thorsten Sieg, HCM Christoph 13, OBM Berufsfeuerwehr Bielefeld

Am 3. Juli 1976 wurde der Rettungshubschrauber Christoph 13 in Dienst gestellt. Begonnen hat die Ära der Luftrettung für Ostwestfalen-Lippe mit einer damals noch gelben BO 105 CB4 und der beschaulichen, aber vorbildlich in einer Statistik dokumentierten Zahl von 273 Einsätzen. Zum Vergleich: 2008 wurden 1604 Einsätze geflogen — und in vier verschiedenen Statistiken dokumentiert.

Das Einsatzgebiet liegt in einem 50-km-Radius um Bielefeld und umfasst neben der Stadt Bielefeld die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Osnabrück, Paderborn und Warendorf. Erfreulich ist die gute Zusammenarbeit mit den Leitstellen und dem bodengebundenem Rettungsdienst dieser Kreise, die in den letzten Jahren verbessert und intensiviert werden konnte.

Für die schnelle Hilfe aus der Luft garantieren die Piloten der Bundespolizei, Fliegerstaffel Fuhlen-dorf, Stützpunkt Gifhorn, Rettungsassistenten der BF Bielefeld und die Notärzte des Klinikums Bielefeld — an 365 Tagen im Jahr, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang und bei fast jedem Wetter.

Die Rettungsfliegerei stellt hohe Ansprüche an die Besatzung. Die Piloten der Bundespolizei müssen nach Ihrer Ausbildung an der Luftfahrerschule in Hangelar bei Bonn zunächst 500 Flugstunden Einsatzerfahrung auf den blauen Polizeihubschraubern der Fliegerstaffeln sammeln. Nach etwa drei Jahren und bei entsprechender Qualifikation absolvieren sie einen speziellen Luftrettungslehrgang, der sie auf die Besonderheiten des Einsatzes auf einem Christoph umfassend vorbereitet. Dadurch wird ein hohes Maß an Sicherheit, Verantwortungsbewusstsein und Erfahrung garantiert.

Die Rettungsassistenten der Berufsfeuerwehr besitzen neben Ihrer medizinischen Ausbildung und

langjährigen Tätigkeit im bodengebundenem Rettungsdienst die Gruppenführerqualifikation, die Zusatzausbildung zum HEMS Crew Member (HEMS= Helicopter Emergency Medical Service) sowie die Ausbildung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst. Gerade diese Bandbreite bietet bei komplexen Einsatzlagen deutliche Vorteile. Sowohl die



Station von Christoph 13 ist das romantisch am Südhang des Teutoburger Waldes in Bielefeld gelegene Klinikum Rosenhöhe. (Foto: Team Christoph 13)

Kenntnisse und Erfahrungen in der Führung von Einheiten, der technischen Hilfeleistung, beim Umgang mit Gefahrstoffen oder dem Erkennen von Gefahrensituationen bereits im Anflug aus der Luft die den Einsatzkräften am Boden verborgen bleiben, können diese vor Schaden bewahren, die Hilfe optimieren und helfen, die Bevölkerung zu schützen.

Ein weiterer Garant für die gute Patientenversorgung ist die Qualifikation der Notärzte. Sie kom-

men aus den Fachbereichen Anästhesie und Chirurgie. Voraussetzung für den Dienst auf dem Rettungshubschrauber sind langjährige Erfahrung im bodengebundenem Notarztdienst und in der Intensivmedizin, sowie die Zusatzqualifikation Notfallmedizin und Intensivtransport.

Einige der Notärzte und Rettungsassistenten besitzen die Qualifikation des TraumaInstructor und sind maßgeblich am Aufbau des Schulungsprogramms TraumaManagement® beteiligt, das in Zusammenarbeit mit der DGU, der DIVI, der BAND* und verschiedenen Rettungsdienstschulen die Effektivität und Qualität der Versorgung Schwerverletzter verbessern wird.

Unterstützt wird die Arbeit der Besatzungen durch den *Förderverein Notfallmedizin Bielefeld und Umgebung e.V.*, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, durch die Finanzierung von Lehrgängen und die Anschaffung von Ausrüstungsmaterial die Qualität der Notfallrettung noch weiter zu verbessern.

Das Einsatzgebiet von Christoph 13 ist vielfältig. Neben einer hohen Autobahndichte, großen Stadt- und Industriegebieten, weiten, ländlichen Gebieten, zahlreichen Wasserflächen und Waldgebieten findet man auch Steinbrüche. Hier zeigen sich die Vorteile eines Hubschraubers in der Luftrettung. Ihn stoppen weder Ampeln noch Kreuzungen. Er muss sich nicht durch den Rückstau kämpfen und es geht mit durchschnittlich 240 km/h auf direktem Wege an die Einsatzstelle. Auch wenn das Einsatzgebiet ein hohes „chirurgisches Potential“ bietet, zeigt sich eine deutliche Verlagerung hin zu internistischen Notfällen. Aber selbst wenn die Einsatzstelle in dicht bebautem Gebiet liegt, findet sich immer ein Landeplatz. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Landespolizei und den Feuerwehren wird dann im Bedarfsfall ein Zubringerdienst ermöglicht.

Die Zahl der Patienten, die mit einer internistischen Erkrankung oder als dringender Sekundärtransport in Spezialkliniken geflogen werden müssen, erhöht sich ebenfalls stetig. Durch zunehmende Rationalisierungsmaßnahmen und Schließungen von Krankenhäusern müssen immer weitere Wege zurückgelegt werden. Gerade bei Erkrankungen wie Schlaganfall oder Herzinfarkt ist die schnelle Behandlung in entsprechenden Kliniken entscheidend für die verbleibende Lebensqualität.

1979 bekam Christoph 13 sein neues Markenzeichen, die orangene Lackierung. Unterbrochen

wurde die Zeit der „Retter in Orange“ 1993; die Maschinen und die Piloten der Bundespolizei (damals noch BGS) flogen Rettungseinsätze in den neuen Bundesländern und waren am Aufbau des Luftrettungsnetzes beteiligt. Sie wurden gut durch die Piloten des 10. Heeresfliegerregimentes aus Fassberg mit ihren Hubschraubern von Typ Bell UH-1D vertreten. 1994 blieb die UH-1D als Hubschraubermuster und die Bundespolizei kehrte zurück. 1996 wurde die BO 105 CBS-5 „Superfive“ eingeführt, eine um 25 cm verlängerte Form der BO 105 CB4. Am 20.08.2007 wurde die BO nach einer langen und erfolgreichen Zeit durch die modernere EC 135 T2i+ ersetzt. Mit dem Musterwechsel ergaben sich auch Neuerungen in der Wartung. Wurde früher der Hubschrauber für die anfallenden Inspektionen getauscht und in die Staffel überführt, so kommen heute die Techniker der Bundespolizei zum Luftrettungszentrum und warten den Hubschrauber in der gewohnten hohen Qualität vor Ort. Lediglich für die umfangreicheren Kontrollen werden die Hubschrauber noch getauscht und in die Staffel oder die Werft überführt. Eine Besonderheit des Luftrettungszentrums Bielefeld ist, dass die medizinische Crew nachts, bei schlechtem Wetter und bei Notfällen im Nahgebiet um das LRZ ein Notarzteinsetzfahrzeug (NEF) besetzt. Daraus ergeben sich erhebliche Vorteile. Bei Sonnenaufgang, vor dem eigentlichem Dienstbeginn um sieben Uhr, kann der Rettungshubschrauber in dringenden Fällen schon verfügbar sein.

2009 begannen die umfangreichen Sanierungen und der teilweise Neubau des LRZ Bielefeld. Da sich die Station seit 1976 im „Urzustand“ befindet, wird sie nun von einer mittlerweile betagten „Luftrettungsbaracke“ zu einem modernen Luftrettungszentrum umgebaut. Die Modernisierung erhöht nicht nur die Betriebssicherheit; für die hoch motivierte Crew wird ein Arbeitsumfeld geschaffen, das die Stationsarbeit erleichtert. Bei der stetig steigenden Zahl von Einsätzen wird die Besatzung dadurch entlastet, Konzentration und Einsatzfähigkeit werden erhalten. Das ist bei mehr als 1600 Einsätzen im Jahr sicherlich gerechtfertigt.

DGU: Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie
 DIVI: Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin
 BAND: Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands



Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.

KITz: Wegweiser für Kinder nach belastenden Ereignissen

„Am Scheideweg des Lebens stehen keine Wegweiser“ (Charlie Chaplin)

Das Krisen-Interventions-Team München (KIT), ein Projekt des Arbeiter-Samariter-Bundes München/Oberbayern, entwickelte seit Ende 2008 ein Angebot für traumatisierte Kinder und Jugendliche: „KITz - Kinder nach belastenden Ereignissen stützen“, das im September 2009 gestartet ist. Dieses Projekt wird von der Tribute to Bambi-Stiftung finanziell unterstützt. Tribute to Bambi ist eine Initiative des BUNTE Entertainment Verlags, die seit 2001 notleidenden Kindern in Deutschland hilft.

Seit 1994 begleitete das Krisen-Interventions-Team Menschen unmittelbar nach tragischen Lebensereignissen. Jedes Jahr sind es mehr als 1.000 Einsätze. Immer wieder erleben die KIT-Mitarbeiter dabei auch Kinder, die z. B. den plötzlichen Tod eines Elternteils miterleben, plötzlich in Schule oder Freundeskreis mit dem Thema Suizid konfrontiert sind oder Augenzeugen dramatischer Unglücksfälle waren. So begleitete das KIT München allein im Jahr 2008 rund 150 Kinder, während und unmittelbar nachdem sich ihr Leben auf traurige Weise geändert hatte, und leistete dabei für sie bereits früh „Erste Hilfe für die Seele“.

„Durch Rückmeldungen von Betroffenen wussten wir schon länger, dass es bei der Versorgung von Kindern aber nach der Akutintervention Defizite gibt“, so Tita Kern, hauptamtliche Mitarbeiterin im KIT München und KITz-Projektleiterin. „Die Wartezeiten auf einen Termin bei einem Kinder- und Jugendtherapeuten betragen oft mehrere Monate.

Aber es gibt auch Kinder, die nicht krank sind, keine Therapie benötigen, aber trotzdem einen deutlichen Beratungs- und Betreuungsbedarf haben. Dieser Beratungsbedarf gilt oft auch für die Eltern und die Bezugspersonen dieser Kinder.“

Tita Kern hatte dann 2007 die Idee für die Nachsorge für traumatisierte Kinder. Nach der Sicherstellung der Finanzierung und einer sehr aufwendigen Erstellung des KITz-Konzeptes, wurde im Spätsommer 2009 mit der Arbeit begonnen. KITz ist nun als Beratungs- und Betreuungseinrichtung für Kinder und deren Bezugspersonen unter Leitung von Tita Kern in Betrieb. „KITz ist die Weiterführung der Betreuung, die oft mit dem Einsatz des Rettungsdienstes beginnt“, berichtet Tita Kern.

Die Erfahrungen zeigen, wie hilfreich eine behutsame, frühe Intervention ist. Sie zeigen allerdings auch, dass eine weitere Unterstützung von Kindern und ihren Familien in der Folgezeit eines Ereignisses notwendig werden kann.

Hier sind Kinder in einer weit schwierigeren Versorgungssituation als Erwachsene, da es für sie ein geringeres Angebot an spezifischen Beratungsstellen oder verfügbaren Hilfsmöglichkeiten nach belastenden Ereignissen gibt.

Belastende Ereignisse können das Verständnis, das Kinder von sich und ihrer Welt haben, erschüttern. Gefühle von Hilflosigkeit und Ohnmacht verunsichern sie, immer wiederkehrende Gedanken und Bilder machen Angst. Kinder und ihre Familien erleben sich in solchen Situationen beunruhigend anders, als sie sich bisher kannten, oder sind mit fremden oder neuen Verhaltensweisen konfrontiert.

Die Phase der Kindheit und Jugend ist natürlicherweise sowieso schon eine Zeit erhöhter Verletzbarkeit. Für Bezugspersonen junger Menschen ist es wichtig zu verstehen, wie sich schwere emotionale Belastungen bei Kindern äußern und entwickeln können. Wo liegen die Risiken und wie können sie ihre Kinder bei der Bewältigung unterstützen? Hinzu kommt, dass das Erlebte häufig neben den Kindern auch die Eltern selbst betrifft. In diesem Fall müssen die Bezugspersonen nicht nur ihre eigenen Erlebnisse verkraften, sondern in den ersten



Wochen auch noch einen sensiblen Blick für die Bedürfnisse ihrer Kinder haben.

„KITz möchte Kinder und ihre Familien dabei unterstützen, einen guten und individuellen Weg zu finden, das Erlebte zu verarbeiten.“ beschreibt Tita Kern die Ziele ihres Projektes.



KITz-Projektleiterin Tita Kern.
(Foto: ASB München)

Das Angebot wird nur von erfahrenen Fachkräften durchgeführt. KITz arbeitet nicht therapeutisch, sondern möchte

- Belastung verstehbar machen und deren Auswirkungen erklären,
- dabei unterstützen, eigene gute und gesunde Fähigkeiten zu nutzen,
- Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen, sowie Einrichtungen über normale Entwicklung,

Grenzen und Risiken einer Belastung aufklären und beim „Unterstützen unterstützen“,

- falls nötig, bei der Suche nach therapeutischen Behandlungsmöglichkeiten helfen und bis zu deren Beginn das Kind und seine Familie nicht allein lassen.

Nach schneller Information ist ein erster persönlicher Gesprächstermin bei KITz im Normalfall innerhalb von 14 Tagen möglich. Zielgruppe sind betroffene Kinder im Alter zwischen sieben und 14 Jahren, Bezugspersonen von Kindern jeden Alters, Kindereinrichtungen und alle, die ein belastetes Kind unterstützen möchten.

Um diesen neuen Weg sorgfältig zu gehen, nahmen neben der Konzeption des Angebotes, für das es wegen Zielgruppe und Zielsetzung sowohl in der Praxis als auch in der wissenschaftlichen Literatur kaum Vorbilder gibt, der Austausch mit Experten und Praktikern sowie der Aufbau von Netzwerken viel Zeit in Anspruch.

„Eine schöne Erfahrung war dabei die Offenheit und Hilfsbereitschaft, mit der dem Projekt überall begegnet wurde“, sagt Tita Kern. „Auch schwierige Fragen wie: ‚Wie schnell können wir einem Kind, das zu uns kommt und sichtbar mehr braucht, die Tür zu einem externen Therapieplatz öffnen?‘ oder ‚Wie kann geprüft werden, dass unser Angebot hilft und nicht schadet?‘ und ‚Wie stellen wir unsere fachliche Qualität sicher?‘ wurden offen und kritisch diskutiert.“

Die fachliche Ein- und Anbindung von KITz, sowie tragfähige und transparente Kooperationen mit anderen Hilfsangeboten und Fachstellen, waren und sind ein zentrales Anliegen. Das Angebot stellt, wie schon der Akutdienst des KIT-München, eine Bereicherung für andere Dienste dar und profitiert seinerseits von anderen Einrichtungen und Angeboten in München.

Peter Zehentner



FloodEx: Das Trauma der Holländer

Das Problem ist erkannt, die Gefahr wohl niemals gebannt. Dass die Natur sich dem Menschen meist nur widerwillig fügt, dürfte mittlerweile auch in den letzten Winkel des blauen Planeten vorgedrungen sein. Die Welt, wie wir sie kennen, ist unter anderem bedroht von den Auswirkungen des Klimawandels. „Wir müssen künftig vermehrt mit größeren Unwettereinsätzen als Folgen des Klimawandels rechnen“, sagt THW-Präsident Albrecht Broemme. Was das aber bedeutet, ist nur den wenigsten klar. Die Bilder der Flutkatastrophe von 2002 sind uns zwar noch gut in Erinnerung; doch sie verblassen langsam. Wo sind aber die Erinnerungen an das Hochwasser in Großbritannien 2007, den tropischen Wirbelsturm „Nargis“ 2008?

Eine Aufgabe des Bevölkerungsschutzes ist es, auf Katastrophen vorbereitet zu sein und dafür zu sorgen, dass aus den vergangenen Katastropheneinsätzen Lehren gezogen werden – vergleichbare Szenarien wird es immer wieder geben. Die Organisationen im Bevölkerungsschutz sind dafür da, zu erkennen, was getan werden kann, wie reagiert werden muss und – wenn möglich – die Folgen abzumildern. Dass dies keine Aufgabe ist, die jedes Land der Welt für sich alleine regeln kann, liegt auf der Hand. „Der europäische Bevölkerungsschutz muss enger zusammenwachsen, damit Großschadenslagen in Zukunft besser gemeistert werden können. Das mindert unter anderem den volkswirtschaftlichen Schaden, der mit einer solchen Katastrophe in der Regel einhergeht“, sagt Broemme.

Mit dem EU-Gemeinschaftsverfahren, dem so genannten EU-Mechanismus, hat die europäische Union ein Verfahren geschaffen, das es allen Partnern ermöglicht, schnell und unbürokratisch zu helfen sowie selbst koordinierte Hilfe zu erhalten. Der Mechanismus ist das Werkzeug der Europäischen Ge-

meinschaft, auf schwere Katastrophen vorbereitet zu sein und Unterstützung schnell und effektiv an die richtige Stelle zu bringen. Wie das funktioniert, trainierten Einheiten aus Estland, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Polen im September 2009 im Norden Hollands im Rahmen der von der EU kofinanzierten europäischen Großübung „FloodEx“.

Kaum ein europäisches Land ist so extrem vom Wasser bedroht wie Holland. Brechen die Deiche, sind ganze Landstriche unwiederbringlich verloren. Unvorstellbar? Aber 1953 geschah genau das. Eine Springflut löste eine schier unvorstellbare Katastrophe aus. Bis heute sind die Niederländer traumatisiert. Übrigens: Damals war das THW erstmals im Ausland im Einsatz.



Zu Lande, zu Wasser und in der Luft: Die Einsatzkräfte im europäischen Zusammenspiel.

Das Maximum abfordern

Basierend auf der Katastrophe von damals arbeitete die niederländische Projektleitung gemeinsam mit den an der „FloodEX“ beteiligten Ländern ein Szenario aus, das allen Beteiligten das Maximum abforderte. Denn nicht nur die operativen Einheiten wurden beübt – das allein hat es bekanntlich schon in sich. Im Vorfeld der Feldübung mussten sich die Stäbe der beteiligten Organisationen sowie der zu-

ständigen Ministerien und teilweise auch der Partnerorganisationen in das Szenario einleben, allen voran das Monitoring and Information Centre (MIC) in Brüssel.

Allein in Deutschland sind weit mehr als 200 hauptamtliche Kräfte im Einsatz, als die fiktive Wet-



Zu den zahlreichen Einspielungen gehörte auch das Löschen eines havarierten Frachters durch die niederländische Brandweer. (Fotos: THW)

terlage am 15. September zu eskalieren beginnt. Das THW richtet einen Leitungs- und Koordinierungstab (LuK) in der Bonner THW-Leitung ein. In den Dienststellen der Landesverbände in Hannover, Heiligenhaus, Kiel und Mainz werden ebenfalls die LuK in Betrieb genommen, gleiches in den Geschäftsstellen. Im Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) herrscht Ausnahmezustand; Bundespolizei und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) entsenden Verbindungspersonen in die verschiedenen LuK und richten teilweise selbst Stäbe ein.

Am grünen Tisch gilt es, zunächst die nationale Katastrophenlage in den Griff zu bekommen. Da sich gerade solche Unwetterereignisse nicht an Staatsgrenzen halten und das Szenario so angelegt ist, dass die Lage in den benachbarten Niederlanden und in Großbritannien immer weiter eskaliert, wird schnell klar, dass eine europäische Herangehensweise vonnöten ist — das Zusammenspiel aller Beteiligten im EU-Mechanismus kann beginnen:

Eine Woche nach dem Beginn der „FloodEx“ als Stabsrahmenübung werden die operativen Einheiten in Bewegung gesetzt. Aus Großbritannien, Estland, Polen und Deutschland treffen die Einsatzteams am Schauplatz der Übung in der beliebten niederländischen Ferienregion „Noord Holland“ ein.

Die Basis, ein ausgedienter Militärstützpunkt in Bergen, wird am 22. September in Betrieb genommen. Von dieser Base of Operation (BoO) aus werden in den kommenden zwei Tagen rd. 1.000 Einsatzkräfte koordiniert.

Für Deutschland nimmt ein gemischtes Team aus THW, Bundespolizei und DLRG an der Übung teil. Mit über hundert Einsatzkräften stellt das THW das größte Kontingent in diesem Team; die Bundespolizei ist mit einem Hubschrauber nebst Besatzung dabei, für die

DLRG sind zwei Boottrupps in die Geschehnisse eingebunden.

Erstmals HCP und TAST

Erstmals werden während der „FloodEx“ die vom THW eigens für den EU-Mechanismus aufgestellten High Capacity Pumping Modules (HCP) zur Bekämpfung von Hochwasser außerhalb Deutschlands eingesetzt. Diese Einheit zeichnet insbesondere die Fähigkeit aus, in schwer zugänglichem Gebiet arbeiten zu können. Darüber hinaus ist sie dafür ausgelegt, Wasser über eine Entfernung von bis zu einem Kilometer zu pumpen. Die Konzeption der HCP-Einheiten beruht unter anderem auf den Einsatz-Erfahrungen während der Flutkatastrophe in Deutschland 2002 sowie den Einsätzen in Rumänien und New Orleans 2005.

Zusätzlich sind zwei THW-Fachgruppen Wassergefahren mit ihren Booten Bestandteil des

Teams. Hinzu kommen die THW-Experten eines so genannten Technical Assistance Support Teams (TAST), die eine ausgelagerte Führungsstelle einrichten. TAST wurden ebenfalls für den EU-Mechanismus entwickelt und leisten Unterstützung in den Bereichen Kommunikation und Administration sowie Unterbringung, Verpflegung und Transport.

Einer der Übungshöhepunkte ist die Gemeinschaftsaktion von Deutschen, Briten und Polen, die eine mehrere hundert Meter lange gemeinsame Pumpstrecke aufbauen.

In Deutschland vorbereitet sein

Ziel der „FloodEx“ war die Verbesserung der Koordinierung der gemeinsamen europäischen Hilfe sowie der Kooperation der verschiedenen Organisationen bei Großschadenslagen. „Das Zusammenwirken verschiedener europäischer Bevölkerungsschutzorganisationen bei Großschadenslagen wird künftig mehr und mehr an Bedeutung gewinnen“, sagte der THW-Präsident während der „FloodEx“ im Gespräch mit Vertretern der EU-Kommission. „Nur weil die Übung in den Niederlanden stattfindet, heißt das nicht, dass wir nicht auch in Deutschland auf solche Szenarien vorbereitet sein müssen.“ Die „FloodEx“ sei sehr nah an die Realität angelehnt und habe die volle Leistungsfähigkeit der beteiligten Organisationen gefordert. „Uns allen sind noch die Bilder der verheerenden Flutkatastrophe von 2002 in Erinnerung, die Orkane ‚Kyrill‘ und ‚Emma‘ in den vergangenen beiden Jahren haben uns ebenfalls gezeigt, dass wir stets auf das Schlimmste vorbereitet sein müssen“, erklärte Broemme. Der Katastrophenschutz in Deutschland sei zwar sehr gut aufgestellt, aber ähnlich wie bei den europäischen Partnern sei hier der Ansatz der gegenseitigen Hilfeleistung notwendig. „Es liegt auf der Hand, dass bei einer Katastrophe am Niederrhein die Niederländer schneller helfen können als die Bayern“, sagte Broemme zum Abschluss der Übung.



EU FloodEx 2009

THW und DLRG beteiligen sich gemeinsam an internationaler Großübung in den Niederlanden

Das Technische Hilfswerk (THW) und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) haben seit 2006 eine Kooperationsvereinbarung über gemeinsame Auslandseinsätze. Die Möglichkeit, diese Kooperation auch praktisch zu erproben, ergab sich bei der Stabsrahmenübung und der anschließenden Feldübung in den Niederlanden EU FloodEx 2009.



THW und DLRG Boote bereiten die Aufnahme von Betroffenen vom Ufer vor.
(Foto: THW)

Das Szenario: Am Freitag, dem 16. September, zog ein sehr schwerer Sturm über Norddeutschland, Großbritannien und die Niederlande hinweg. Es kam dabei in Deutschland zu schweren Sturmschäden. Die Nordseedeiche hielten zwar, aber es

gab Überschwemmungen entlang einiger norddeutscher Flüsse, die nicht mehr in die Nordsee entwässern konnten.

So begann am 16. September die zweitägige Stabsrahmenübung EU FloodEx 2009. Von Seiten der DLRG beteiligten sich die Landesverbandskoordinierungsstellen Baden, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Württemberg sowie das Lagezentrum des Präsidiums. Zusätzlich hatte die DLRG zwei Fachberater in die THW Einsatzzentrale und ins Gemeinsame Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder (GMLZ) nach Bonn entsandt.



Einsatzbesprechung der estnischen und deutschen Bootstrupps.

Während der Stabsrahmenübung wurden fiktiv 32 Wasserrettungszüge eingesetzt und weitere 17 Wasserrettungszüge alarmiert. Insgesamt verfügt die DLRG bundesweit über 100 Wasserrettungszüge. Die Übung hat für die DLRG, wie geplant, den weiteren Optimierungsbedarf aufgezeigt. Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den mitübenden Landes- und Bundesstrukturen (THW, GMLZ) verlief reibungslos.

Land unter

Am Morgen des 17. September brachen in den Niederlanden Seedeiche an der Nordseeküste. Dadurch wurden weite Bereiche der Provinz Noord-Holland-Noord nördlich von Amsterdam überflutet. Die Niederlande baten daraufhin in einer Anforderung über das EU-Gemeinschaftsver-

fahren um internationale Hilfe. Diese wurde ihnen auch von einigen Staaten zugesagt. Damit endete die Stabsrahmenübung und die Feldübung setzte am 20. September direkt an diesem Szenario an.

Am Dienstag, dem 20. September, traf sich das deutsche Kontingent für die Feldübung in einem Bereitstellungsraum in Lengerich. Es bestand aus sieben Beamten der Bundespolizei mit einem Hubschrauber, einer Logistik-, vier Pumpen- und zwei Wassergefahrgruppen des THW sowie 13 DLRG-Helfern in zwei Bootstrupps. Dazu kamen noch etwa 20 Helfer des THW und der DLRG, die Aufgaben in der Übungssteuerung, Übungsbeobachtung sowie Pressebetreuung übernommen hatten. Ein DLRG Bootstrupp wurde in Zweitverwendung als Strömungsretter, der andere DLRG Bootstrupp als Einsatztauchtrupp eingesetzt. Ein DLRG Arzt war als Bootsgast tätig und hatte in der Zweitverwendung die medizinische Realversorgung des gesamten deutschen Kontingents sichergestellt. Dabei ging es nicht nur um die Notfallversorgung bei einem Unfall, sondern auch um die Hausarztversorgung bei kleineren Erkrankungen oder Verletzungen.

Gemeinsames Camp mit Esten, Polen und Briten

Die Führung war gemäß der gemeinsamen Kooperationsvereinbarung gemischt aufgebaut. Der Teamleader kam vom THW. Er hatte drei Verbindungspersonen, Liaison Officer (LO), an seiner Seite. Der LO der Bundespolizei war für die Luftrettung, der THW LO für alle Pumpengruppen und der DLRG LO für alle Wassergefahrgruppen zuständig.

In drei Marschgruppen ging es vom Bereitstellungsraum zur Operationsbasis, dem Camp der nächsten vier Tage. Ab der niederländischen Grenze wurden die Marschgruppen vorbildlich von jeweils drei niederländischen Polizeimotorrädern abgesichert und geführt.

In der Basis, einer ehemaligen Militärliegenschaft, wurde die Zeltstadt für das deutsche Kontingent aufgebaut. Dort waren auch die Helfer aus Estland, Polen und Großbritannien untergebracht.

Die Infrastruktur des Camps, die von den Niederländern gestellt wurde, war rustikal und entsprach dem, was im Realfall bei einer Großschadenslage erwartet werden kann.

Komplexe Einsatzaufgaben

Am Mittwoch, dem 21. September, wurden nach einer Lagebesprechung alle Fahrzeuge besetzt. In verschiedenen Marschgruppen ging es an fünf unterschiedliche Einsatzabschnitte. Die deutschen Wasserrettungsgruppen fuhren mit drei estnischen Bootstrupps und einer Dekontaminationseinheit aus Großbritannien zur Groote und Kleine Vliet.

Nach etwa 100 Kilometern Fahrt über kleinere Straßen wurde die Einsatzstelle erreicht. Dort wurde die deutsche Führungsstelle aufgebaut und der Einsatz begann.

Das Übungsgebiet waren zwei langgezogene Seen, von denen eine Vielzahl von Grachten abgehen. Es ging bei den Einsatzaufgaben beispielsweise um das Absuchen der Grachten nach Betroffenen, Personen im Wasser, den Transport von Verletzten über das Wasser zu Hubschraubern, Transport von Feuerwehrkräften zu einem Fabrikgelände nach einer Gasexplosion oder der Rettung Betroffener von Hausdächern überfluteter Häuser. Aufgrund der Vielzahl der Übungseinlagen waren die Boote fast ständig unterwegs. Gegen 19 Uhr kehrten die Einsatzkräfte in die Operationsbasis zurück.

Deichbruch als Schlussakkord

Am nächsten Tag fuhren die deutschen Wasserrettungseinheiten, gemeinsam mit den Esten, zur Einsatzstelle Alkmaarder Meer. Es handelt sich dabei um einen größeren See, der in der Uferzone durch viele Buchten sehr unübersichtlich ist. Die Führungsorganisation war identisch mit dem ersten Tag. Es ging bei den Einsatzaufgaben an diesem Tag zum Beispiel um den Transport eines Rollstuhlfahrers von einer Insel, die Rettung von Verletzten nach einem Verkehrsunfall bei dem die Autos ins Wasser gerutscht waren, die Rettung Verletzter von einem Leuchtturm, die Suche von Betroffenen am Ufer oder den Transport einer hochschwangeren Frau. Zum Abschluss dieses Tages erreichte die Einsatzabschnittsleitung die Meldung, dass nach einem Deichbruch etwa 200 Personen gerettet werden müssen. Daraufhin fuhren alle Boote (4 vom THW, 2 von der DLRG, 3 aus Estland und 5 aus den Niederlanden) zur Unglücksstelle. Es stellte sich

heraus, dass die Einsatzstelle nur dadurch zu erreichen war, dass die kleinen Schlauchboote über einen niedrigen Damm getragen wurden und diese einen Shuttleverkehr einrichteten, damit die Betroffenen von den größeren Booten übernommen werden konnten.



Führungsstelle des deutschen Einsatzabschnitts Wasserrettung.
(Foto: DLRG)

Reibungslose Zusammenarbeit

Insgesamt verliefen die Übung und vor allem die Zusammenarbeit zwischen THW und DLRG harmonisch und völlig reibungslos. Gegenseitige Unterstellung unter die jeweils andere Führung war selbstverständlich. Es hat sich als vorteilhaft herausgestellt, dass eine Mischung aus größeren Booten (THW) und kleineren Booten (DLRG) stattfand. Die größeren Boote waren nicht überall einsetzbar, da sie zu hoch waren, um unter allen Brücken durchfahren zu können. Auch an anderen Einsatzstellen haben sich die größeren und die kleineren Boote sinnvoll ergänzt. Am zweiten Tag wurde jedem THW Boot ein DLRG Sanitärer mit Sanitätsrucksack zugeordnet. Dieser versorgte die Verletzungen der Darsteller nach sanitätsdienstlichen Standards. Auch hier zeigten sich die gute Zusammenarbeit und die sinnvolle Nutzung von Synergieeffekten zwischen THW und DLRG. Der gemeinsame Auslandseinsatz von THW und DLRG war erfolgreich und wird in Zukunft weiter ausgebaut.

*Andreas Klingberg, Referent Einsatzdienste,
DLRG Bundesgeschäftsstelle
Einsatz@BGST.DLRG.de*



DEUTSCHER
FEUERWEHR
VERBAND

Breites Expertenwissen bei Forum Brandschutzerziehung

Feuer im Altenheim — wie kann ich die Bewohner schnell in Sicherheit bringen? Neue Medien in der Brandschutzerziehung — wie erreiche ich mein Publikum am besten? Puppenspiel als Unterrichtsmethode — auf welche Details muss ich achten? Das bundesweit größte Treffen der Brandschutzerzieher in Deutschland bot ein breites Spektrum an Expertenwissen und Antworten auf viele Fragen. Insgesamt 28 unterschiedliche Themen standen beim Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung 2009 des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb) am 16./17. Oktober 2009 in Berlin auf dem Programm.

Die Inhalte reichten von der „heißen“ Vorführung des Abrollbehälters-Demonstration der Berliner Feuerwehr über den betrieblichen Brandschutz, Feuerwehrprojekte in Schulen, Brandschutzaufklärung für Erzieher, die Vorstellung eines begehbaren Rauchhauses und praktische Tipps zum Umgang mit unterschiedlichen Unterrichtsmaterialien.

„Das Forum ist eine Erfolgsgeschichte und wächst ständig weiter: In diesem Jahr nehmen rund 220 Interessierte aus ganz Deutschland teil!“, zeigte sich Dr. Volker Meyer, Leiter des Forums und Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses Brandschutzaufklärung und -erziehung von DFV und vfdb, begeistert. „Wir haben spannende Themen in Workshops und Ausstellung zu bieten, bei denen der Mensch immer im Vordergrund steht“, erklärte der zuständige DFV-Vizepräsident Dr. h.c. Ralf Ackermann. Besonders hoch schätzte er den Zukunftswert der Prävention, die über Selbsthilfes Schulungen in der Sekundarstufe I nun in den Lehrplan aufge-

nommen werden soll. Ackermann dankte zudem Referenten und Organisatoren für die geleistete Arbeit sowie der Feuersozietät für die Unterstützung.

Den praktischen Stellenwert der Brandschutzaufklärung erläuterte Karsten Göwecke, Ständiger Vertreter des Landesbranddirektors der Berliner Feuerwehr: „Allein in Berlin hat sich die Zahl der Brandtoten in den letzten zehn Jahren halbiert — dieses Engagement lohnt sich, auch in neuen Feldern wie Menschen mit Migrationshintergrund!“ Göwecke dankte besonders der Direktion Nord der Berliner Feuerwehr unter dem Leitenden Branddirektor Frieder Kircher, der mit seinem Team die Umset-



Rettung mit einfachen Mitteln: Workshops wie die Brandschutzaufklärung bei Behinderten überzeugten durch praxisgerechte Beispiele. (Foto: S. Darmstädter)

zung der Veranstaltung vor Ort ermöglicht hatte. Prof. Dr.-Ing. Ulrich Krause, Vorsitzender des Technisch-Wissenschaftlichen Beirats (TWB) der vfdb, lobte die zielgruppenspezifische Brandschutzerziehung: „Der Gemeinsame Ausschuss folgt den aktuellen Entwicklungen.“

Neben den zahlreichen Workshops war ein Schwerpunkt der Veranstaltung auch der Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden untereinander. Hierzu bestand während des Rahmenprogramms umfassend Gelegenheit. Spätestens beim nächsten Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung, das Anfang/Mitte November 2010 in Koblenz (Rheinland-Pfalz) stattfinden soll, wird das Expertennetzwerk aus ganz Deutschland wieder zusammentreffen.

S. Darmstädter



MPED

Medizinisch-Pflegerischer Ergänzungsdienst – ein Projekt mit Zukunft

„An so einem Tag wird einem bewusst, wie kurz drei Jahre sein können“, stellte Matthias Schulze, Referent für Zivil- und Katastrophenschutz und Projektverantwortlicher im DRK-Generalsekretariat am 29. August während der Abschlussveranstaltung zum Medizinisch-Pflegerischen Ergänzungsdienst im Rittersaal des Celler Schlosses fest.

Alle Wegbegleiter und Entscheidungsträger, die in den letzten drei Jahren am Projekt maßgeblich mitgewirkt hatten, waren der Einladung des Celler Kreisverbandes gefolgt.

Doch warum Celle? Als Ende 2004 im Generalsekretariat die Idee eines „Medizinisch-Pflegerischen Ergänzungsdienstes“ geboren und mit den Kreisverbänden diskutiert wird, signalisierte der Celler Kreisverband sofort seine Bereitschaft, dieses zukunftssträchtige Projekt zu übernehmen.

Die Idee, eine Konzeption praktisch mit Leben zu erfüllen, die sowohl eine Antwort auf vorhandene Engpässe der medizinisch-klinischen Versorgung bei Großschadensereignissen und Katastrophen mit Massenanfällen von Verletzten und Kranken gibt, wie auch auf die Defizite bei der medizinisch-pflegerischen Versorgung der wachsenden Zahl pflegebedürftiger älterer Menschen im Katastrophenfall, fand dort sofort großen Anklang.

Die Notwendigkeit einer solchen Konzeption unterstrich der Präsident des DRK, Dr. h.c. Rudolf Seiters, in seiner Rede während der Abschlussveranstaltung mit den Worten „Immerhin mussten und müssen wir ja zur Kenntnis nehmen, dass im Rahmen der verschiedenen Maßnahmen zur Reform des Gesundheitswesens zwar eine größtmögliche Effizienz bei der „alltäglichen“ medizinischen Versorgung erreicht wurde, jedoch um den Preis, dass hierdurch stille personelle wie materielle Reserven, insbesondere in den Krankenhäusern, für Katastrophenfälle nicht mehr nutzbar sind.“

Die Voraussetzung für ein solches Projekt waren aus dieser Sicht beim Deutschen Roten Kreuz besonders günstig, da mit dem komplexen Hilfeleis-



„Ein Projekt braucht Menschen“, so die Überschrift in der Projektdokumentation für den MPED.

tungssystem bereits ein funktionierender Dreiklang aus flächendeckendem Grundschutz, Sonderschutz und Spezialschutz bestand, in den sich der Medizinisch-Pflegerische Ergänzungsdienst nahtlos einfügen konnte. Die Säulen „Krankenpflege“, „Katastrophenschutz“ und „Katastrophenhilfe“ sind hierbei von wesentlicher Bedeutung.

Der Kreisverband suchte sich für die Projektdurchführung starke Partner in der Region, um auch

die medizinische und administrative Seite mit im Boot zu haben. Das Allgemeine Krankenhaus (AKH) Celle und auch Landrat Klaus Wiswe waren schnell von Potenzial und Erfolg des Konzeptes überzeugt.

Abseits rein organisatorischer Fragen war aber auch die Frage zu beantworten, welche Menschen



DRK-Präsident Seiters gratulierte dem Medizinisch-Pflegerischen Ergänzungsdienst zum „erfolgreichen Abschluss eines exzellenten Modellprojektes“.
(Fotos: DRK)

für ein solches Vorhaben gebraucht werden. „Ein Projekt braucht Menschen“ steht fettgedruckt als Überschrift in der Projektdokumentation und für den Medizinisch-Pflegerischen Ergänzungsdienst sind sie der zentrale Schlüssel. Um dem definierten Anspruch des Projekts MPED gerecht zu werden, auf Anforderung des Krankenhauses oder der Katastrophenschutzbehörde, lokale MPED-Gruppen in die Lage zu versetzen, in kürzester Zeit einsatzbereit zu sein, um das Personal im Krankenhaus zu unterstützen, bedarf es spezifischer persönlicher Merkmale.

Besonders gefragt seien hierbei, nach Auskunft von Matthias Schulze, Personen, die in Gesundheitsberufen bereits qualifiziert sind oder solche, die handwerkliche oder technische Kenntnisse mitbringen. „Wir sind aber auch immer auf der Suche nach Helferinnen und Helfern zur Betreuung von Angehörigen im Katastrophenfall“, so Schulze weiter.

Die MPED-Konzeption setzt auf gleichberechtigte Schulung von Haupt- und Ehrenamt, da diese im Ernstfall ohnehin Hand in Hand zusammenarbeiten müssen.

Auf einem Projekt-Flyer aus dem Jahre 2006 wird darüber hinaus aber auch die gute Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten als zentrale Voraus-

setzung für verzögerungsfreie Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Kräften betont. Der MPED setzt damit auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit einer starken örtlichen Verwurzelung und guter Kenntnis der kommunalen Infrastruktur.

Oftmals hilft im Dschungel der Zuständigkeiten ja schon der Anruf an der richtigen Stelle zum richtigen Zeitpunkt, um Schlimmeres zu vermeiden. Auch das persönliche „Bekanntsein“ bei den lokalen Verantwortungsträgern, fast eine Binsenweisheit, macht häufig die Zusammenarbeit erheblich einfacher.

Aus Sicht der verantwortlichen Steuerungsgruppe des MPED-Projekts ist die kontinuierliche, gemeinsame Einsatzerprobung auch die Gewähr dafür, dass alles nach einem verantwortungsvollen Plan ablaufen kann und die dazu erforderlichen Qualifikationen jederzeit abrufbereit sind.

Was jetzt vielleicht noch nach allzu grauer Theorie klingt, hat sich doch schon im Einsatz bewährt. Bei einer Beseitigung von Kampfmitteln aus dem 2. Weltkrieg im letzten Frühjahr haben die Frauen und Männer des Celler MPED bereits bewiesen, wie wertvoll ihre Arbeit innerhalb der bestehenden Notfallplanung sein kann. „Ihre helfenden Hände haben bei der Evakuierung der Bevölkerung maßgeblich mit angepackt“, so Landrat Klaus Wiswe in der Rückschau.

Auch eine gemeinsame Einsatzübung am AKH Celle vertiefte im Juni 2009 die erfolgreiche Zusammenarbeit aller Beteiligten. Hier waren die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Krankenhaus mit der gesamten Bandbreite von (Übungs-) Patienten konfrontiert. Körperlich geschwächte Menschen waren medizinisch-pflegerisch ebenso zu betreuen, wie Menschen ohne Orientierung oder in Panik. Und auch der Typus „nerviger Querulant“ hat nicht gefehlt.

Für den Kreisverband Celle hat sich der MPED schon jetzt zum Erfolgsmodell entwickelt. Ursprünglich für 15 Personen konzipiert, sind die Planungen jetzt auf 20 bis 25 Personen ausgelegt, die sich um medizinische Pflege, Angehörigenbetreuung und Logistik kümmern.

Allerdings begegnet man in unserer Gesellschaft neben vielen Befürwortern auch immer noch Skeptikern. Aber spätestens, wenn vor der eigenen Haustür ein Großschadensereignis, wie kürzlich in Nachterstedt, auftritt, werden auch diese die Lücken

in unserem nur vermeintlich sicheren System erkennen und zu Befürwortern der DRK-MPED-Konzeption. Aus Sicht des Deutschen Roten Kreuzes muss man solange aber gar nicht warten. Gerade für die abgelegeneren Regionen unseres Landes, wo die – oftmals privaten – Rettungsdienste die zugestandenen 15 Minuten bis zum Eintreffen am Einsatzort inzwischen oft nur noch mit Mühe einhalten können, kann der MPED des DRK bereits heute so etwas wie der „missing link“, das (noch) fehlende Bindeglied zwischen Bevölkerungsschutz und Krankenhaus sein.

Die demografische Entwicklung der nächsten Jahre, vor allem die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und der beginnende Trend zu vergreisenden oder sich entvölkernden Landstrichen wird dem DRK-Ansatz Recht geben.

Mit 4 Millionen Mitgliedern und 400.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich in 500 Kreisverbänden und 5000 Ortsvereinen organisieren, bietet das Deutsche Rote Kreuz dabei genau das flächendeckende Netz, das benötigt wird, um in diesem Bereich den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu begegnen.

Das ehrenamtliche Engagement wird also nicht nur im Zusammenhang mit einer Pandemie benötigt, sondern auch in vielen anderen Feldern, wie zum Beispiel dem Medizinisch-Pflegerischen Ergänzungsdienst. Daher gelte auch heute, was Henry Dunant vor fast 150 Jahren in seiner Schrift „Eine Erinnerung an Solferino“ niedergeschrieben hatte: „Das Personal der Feldlazarette reicht niemals aus, selbst wenn es doppelt oder dreimal so stark wäre, könnte dies noch nicht genügen, und so wird es auch immer bleiben. Daher ist es unvermeidlich, dass man auf die Hilfe der Bevölkerung zurückgreifen muss.“, so das Zitat von Präsident Seiters in seiner Ansprache im Celler Schloss.

Er stellte den „erfolgreichen Abschluss eines exzellenten Modellprojektes“ fest und übergab das neu entstandene Instrument als „vollwertiges Mitglied in den Kreis der Celler Rotkreuz-Familie“.

Abschließend wünschte Seiters dem Medizinisch-Pflegerischen Ergänzungsdienst, untermalt durch einige Fotoimpressionen der dreijährigen Projektphase, viel Erfolg bei der bundesweiten Umsetzung und eine weiterhin große Resonanz.

Nun geht es also um die verbandliche Verortung und Umsetzung. Und hier eröffnen sich einige

spannende Fragen: Da zumindest im Celler Kreisverband das Projekt erst einmal als Fachdienst verortet wird, muss die Frage gestattet sein, ob es sich hier tatsächlich um einen neuen Fachdienst handelt. Denn bereits heute gibt es verbandliche Stimmen, die im MPED eher eine neue Aufgabe sehen, die sich der starren Zuordnung zu einem Fachdienst durch übergreifende Aspekte entzieht.

*Björn Stahlhut, DRK Generalsekretariat,
Sachgebietsleiter Grundsatz und Organisation im
Team 23 – Bevölkerungsschutz und Rettungswesen*

DIE JOHANNITER



Pakistan: Millionen Menschen auf der Flucht

Das Swat-Tal, zwei Autostunden von der Hauptstadt Islamabad gelegen, war einst ein beliebtes Ausflugsziel für viele Pakistaner. Heute ist es weltweit als Schauplatz der Kämpfe zwischen pakistani-



Arzt und Patientin in Kaschmir.
(Foto: JUH)

scher Armee und Taliban bekannt. Nahezu täglich kam es dort seit Beginn des Jahres zu Bombenanschlägen, die eine unbekannte Zahl von Menschen



Vertriebene in einem Lager in der Naeh von Peshawar.
(Foto: Naseer Kakar/JUH)

verletzt oder getötet haben. Wer konnte, ist vor den Kämpfen in die Provinzhauptstadt Peshawar und die angrenzenden Bezirke geflohen. Die Johanniter versorgen derzeit gemeinsam mit ihren lokalen und internationalen Partnern mehr als 80 000 Vertriebene in der Region mit dringend benötigten Gütern wie Medikamenten und therapeutischer Zusatznahrung.

Allein das Ausmaß der Vertreibungen verdeutlicht die Not der Menschen. Zwischenzeitlich wurde die Gesamtzahl der Vertriebenen auf bis zu drei Millionen Menschen geschätzt. „Die Zahlen variieren sehr stark, weil ein unbekannter Teil der Vertriebenen bei Freunden, Verwandten oder in Gastfamilien untergekommen sind und ein anderer Teil in verschiedenen Vertriebenenlagern lebt.“, erläutert Naseer Kakar, Programmkoordinator der Johanniter in Pakistan.

Fast jede Familie in den Zufluchtsbezirken hat eine weitere Familie bei sich aufgenommen. Für die Paschtunen, eine Bevölkerungsgruppe, die in Pakistan und Afghanistan zu Hause ist, gehört diese Form der Gastfreundschaft zu ihren zentralen

Lebensprinzipien. „Die Paschtunen helfen den Vertriebenen auf jede erdenkliche Weise. Jedoch sind sie meist selber arm und müssen nun neben ihrer eigenen auch noch fremde Familien mit ernähren“, erklärt der Programmkoordinator weiter.

Die Johanniter versuchen die Vertriebenen in der Auffanglagern und den Gastfamilien zu erreichen. Täglich fahren ihre lokalen mobilen Teams in die umliegenden Gebiete und untersuchen die Vertriebenen auf Anzeichen von Mangel- und Unterernährung. Schwere Fälle werden an eine der Gesundheitsstationen in der Region überwiesen.

Sei Dezember 2008 sind lokale Johanniter-Teams in der Region aktiv, weil bereits damals rund 500 000 Vertriebene Hilfe benötigten. Gemeinsam mit UNICEF Pakistan versorgen sie mangel- und unterernährte Kinder und deren Mütter mit Medikamenten und Zusatznahrung. „Die Menschen haben ihren Job aufgegeben und nur das Nötigste mitgenommen. Jetzt fehlt das Geld zum Kauf von Nahrungsmitteln, weshalb viele an Mangel- und Unterernährung leiden. Besonders schwer betroffen sind Schwangere, junge Mütter und Kinder“, so Naseer Kakar.

Die Johanniter unterstützen die Vertriebenen an mehreren Orten, an denen basismedizinische



Zur Basisgesundheitsversorgung gehören auch Aufklärungskurse zu Gesundheit und Ernährung.
(Foto: JUH)

Versorgung angeboten wird, und Betroffene therapeutische Zusatznahrung und Medikamenten erhalten. Zusätzlich bieten die medizinischen Teams auch Aufklärungskurse zu Ernährung, Gesundheit, Hygiene, Familienplanung und Schwangerschaftsvorsorge an.

Die Menschen sind auch in den nächsten Monaten auf Nahrungsmittel, Medikamente, Hygieneartikel, Koch- und andere lebensnotwendige Utensilien angewiesen. Gemeinsam mit UNICEF Pakistan, dem Auswärtigen Amt, der britischen Hilfsorganisation MERLIN und dem britischen Ministerium für Entwicklung haben die Johanniter daher erst einmal bis zum Ende des Jahres ihre Aktivitäten verstärkt.

*Evamaria Haupt und
Sandra Lorenz*



Malteser
... weil Nähe zählt.

Auf zwei Rädern für die Sicherheit unterwegs

Die Malteser Kradfahrer sind vielseitig einsetzbar

Auf der rasanten Abfahrt am Sankt Gotthard passiert es: Reifenplatzer bei 50 km/h, der Radler stürzt schwer aufs Gesicht. Umgehend sind zwei Malteser Rettungsassistenten zur Stelle und kümmern sich um die Erstversorgung: Verdacht auf Nasenbein- und Unterarmfraktur, Platzwunden an Kopf, Armen und Beinen. Innerhalb von Minuten ist der alarmierte Notarzt da, und Eric-Michael Peschel und Christoph Schneider von den Maltesern Göppingen übernehmen wieder die Streckensicherung.

Als Malteser Kradfahrer sind sie mit ihren BMW-Maschinen im Einsatz bei der „Global Biking Initiative“, einer Radtour von Mailand über Basel nach Düsseldorf, die einem guten Zweck dient: Die

rund 350 Teilnehmer aus 15 Ländern sammeln Spendengelder für Straßenkinder in Deutschland.

Noch immer bieten Malteser auf zwei Rädern ein ungewohntes Bild, obwohl die Idee eine



Der Sankt Gotthard-Pass ist erreicht. Vor der Abfahrt überprüfen Eric-Michael Peschel (rechts) und Christoph Schneider alle Teilnehmer. (Foto: MHD)

lange Geschichte hat. 1964 teilte das Land Nordrhein-Westfalen den Maltesern und anderen Hilfsorganisationen im Rahmen des Katastrophenschutzes Motorräder zu. Auch in der Folge blieben die Malteser dieser Region führend in der Ausstattung mit Krädern. Nachdem 1994 mit dem Einsatz auf dem Katholikentag in Dresden die erste große Herausforderung mit Erfolg bewältigt wurde, waren Malteser Kradfahrer nun häufig auf Großveranstaltungen vertreten — etwa 1996 beim Papstbesuch in Paderborn-Sennelager, 2005 beim Weltjugendtag in Köln oder 2006 bei der Fußball-Weltmeisterschaft in verschiedenen deutschen Städten.

Wendig und schnell in schwierigem Gelände

Als Kradmelder sowie als „First Responder“ im Sanitäts- und Rettungsdienst leisten die Malteser auf ihren Motorrädern wertvolle Arbeit. Rainer Petermann, Referent Motorraddienste auf Bundesebene, zu den charakteristischen Merkmalen der

Kräder: „Motorräder sind wendiger und oftmals schneller am Zielort als Autos oder Fußtrupps. Besonders auf engen oder schlecht befestigten Straßen in größeren Einsatzgebieten liegen die Vorteile auf der Hand.“ Heute gibt es über 30 Malteser Kräder, die meisten an Standorten in Nordrhein-Westfalen, aber beispielsweise auch in Aalen, Göppingen, Würzburg, Celle und Timmendorfer Strand.

Die von Matthias Wirtz geleitete Kradstaffel NRW versteht sich als unterstützendes Instrument aller Malteser Dienststellen, die über Motorräder verfügen. Zu den Aufgaben dieser Kradstaffel, deren Arbeit Rainer Petermann gemeinsam mit den entsprechenden Dienststellen auf das gesamte Bundesgebiet ausdehnen möchte, gehört die Organisation von Fortbildungen — unter anderem Sicherheitstrainings.

Sicher ans Ziel in Basel kommen auch die beiden Malteser Kradfahrer aus Göppingen nach zusammen 3.800 Einsatzkilometern. Täglich von 8 bis 22 Uhr waren sie auf ihren Motorrädern für die Sicherheit der Teilnehmer unterwegs und anschließend noch gefordert bei jeweils einem runden Dutzend Hilfeleistungen wegen Stürzen, Zerrungen oder Sonnenbrand. Die Tour hat den beiden Spaß gemacht — „es war eine tolle Gruppe, die uns sehr gut aufgenommen hat“, bestätigt Eric-Michael Peschel — und sie hat einmal mehr unter Beweis gestellt, wie vielseitig die Malteser Kradfahrer einsetzbar sind.

Georg Wiest



Spezialisten in Orange

Der 1. ABC-Zug München-Land

Was dem unbedarften Auge wie ein Relikt aus Zeiten des erweiterten Katastrophenschutzes erscheinen mag, behauptet sich im Landkreis München als ein modernes und erfolgreiches Konzept: Mit dem 1. ABC-Zug München-Land gibt es dort die einzige Regieeinheit des CBRN-Schutzes in Bayern. Während viele der Regieeinheiten, die Anfang der



Helfern in Chemikalienschutzanzügen an der selbstgebauten Industrieübungsanlage am Gerätehaus.

1970er Jahre flächendeckend aufgestellt wurden, zur Zeit des Kalten Krieges ein Schatten-Dasein im Zivilschutz fristeten, wurde der 1. ABC-Zug München-Land bereits früh in die Gefahrenabwehr des Landkreises eingebunden. Grundlage dieser Entscheidung war die gute Zusammenarbeit der Ein-

heit mit den örtlichen Feuerwehren beim Brand einer Lagerhalle im Jahr 1975, bei dem wegen der Evakuierung von 10 000 Personen der Katastrophenfall festgestellt wurde. Als 1995 das bayerische Innenministerium anwies, alle in Regie geführten ABC-Züge den Feuerwehren anzugliedern oder aufzulösen, wurde für den 1. ABC-Zug München-Land die einzige Ausnahme zugelassen.

Heute stellt sich die Einheit als spezialisierter Partner im Hilfeleistungskonzept des Landkreises München dar. Angeboten wird das gesamte Spektrum der Aufgaben im CBRN-Schutz: Fachberatung, Tätigkeit im Gefahrenbereich, Erkundung und Dekontamination. Bereits primär alarmiert wird der Zug deshalb zu allen Einsätzen mit gefährlichen Stoffen und Gütern und zu allen Großbränden (für Messungen des Brandrauchs und des kontaminierten Löschwassers) im Landkreis, der die Landeshauptstadt hufeisenförmig im Norden, Osten und Süden umgibt. Die vergleichsweise große Zahl von etwa zwanzig Einsätzen pro Jahr vor allem aus dem Bereich des Chemieschutzes ergibt sich aus der Strukturstärke des dicht besiedelten Gebietes: Forschungseinrichtungen und Unternehmen des Strahlenschutzes, der Biologie und der Chemie sind in gleichem Maße Einsatzorte wie der Münchner Autobahnring.

Neben der aktuellen Bundesausstattung für Erkundung und Personendekontamination stellt ein Gerätewagen Gefahrgut das zentrale Einsatzfahrzeug dar. Die vorhandene Ausstattung für Strahlenschutz-Einsätze ist bis zur baldigen Beschaffung eines Gerätewagens Atem- und Strahlenschutz durch den Freistaat Bayern auf einem Versorgungs-Lkw verlastet. Einsätze aus dem Bereich der Biologie gab es in den letzten Jahren vor allem bei besonderen Lagen wie im Jahr 2001 bei zahlreichen Milzbrand-Verdachtsfällen oder 2006 während der Vogelgrippe-Pandemie. Dafür wurde beim ABC-Zug eine Dekon-Anlage für Fahrzeuge entworfen. Die weitere Ausstattung des ABC-Zugs für Großschadensereignisse umfasst unter anderem die Ergänzungskomponenten des Freistaats Bayern für die Dekontamination von Verletzten: ein zusätzliches luftgestütztes Zelt und ein Rollbahn-System für liegende Verletzte, das im Einsatzfall zusammen mit den Hilfsorganisationen betrieben wird.

35 ehrenamtliche Helfer sind derzeit beim ABC-Zug tätig, was etwa einer zweifachen Besetzung

aller Positionen entspricht. Ihr beruflicher Hintergrund ist vielfältig, durch die Spezialisierung konnten in den letzten Jahren insbesondere drei Chemiker und ein Strahlenphysiker gewonnen werden. Nachwuchsprobleme, wie sie andere ehrenamtlich besetzte Einheiten des Bevölkerungsschutzes beklagen, gibt es beim ABC-Zug bislang nicht. Auch Helfer, die in einiger Entfernung zum Gerätehaus im Münchner Vorort Haar wohnen oder arbeiten, können an Einsätzen teilnehmen; dadurch können Helfer aus einem großen Gebiet geworben werden.



Ausrüsten von Helfern bei einer Strahlenschutzübung.
(Foto: Meisenberg)

Auch Interessenten, die bereits bei einer Feuerwehr oder Hilfsorganisation sind, sind gerne gesehen.

Die Grundausbildung der Helfer findet innerhalb von zwei Jahren am Standort statt. Lediglich die Atemschutz-Ausbildung wird an der Kreisbildungsstätte der Feuerwehren, die auch für ergänzende Lehrgänge offensteht, durchgeführt. Führungskräfte und Maschinisten besuchen die bayerischen Staatlichen Feuerweherschulen oder die AKNZ. Die Durchführung von CBRN-Ausbildungen für die Landkreis-Feuerwehren wird von den Ausbildern des ABC-Zugs unterstützt. „Diese Zusammenarbeit ist ein Zeichen für das gute Verhältnis zu den Feuerwehren“, stellt der Leiter des ABC-Zugs Sebastian Schöttner zufrieden fest.

Oliver Meisenberg

17 Millionen für Modernisierung

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe modernisiert mit umfangreichen Maßnahmen seine Ausbildungsstätte, die Akade-

Die Baumaßnahmen setzen sich aus drei Teilbaumaßnahmen zusammen. Zuerst werden für rd. 3,7 Millionen Euro die Gebäudesanierung wie Wärmedämmung und Solarthermie und die Beseitigung des Reparaturrückstaus erfolgen.

Danach sollen die Arbeiten zur Sanierung der Außenanlagen und der veralteten Infrastrukturnetze wie Trinkwasser, Abwasser, Regenwasser, Elektro- und Internettechnik für rd. 6,7 Millionen Euro durchgeführt werden.

Die Finanzierung dieser beiden Maßnahmen erfolgt zum Teil mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II und zum Teil mit Mitteln aus dem 120 Millionen Euro Förderprogramm des BMVBS für die energetische Sanierung von Bundesbauten.

Abschließend steht die Sanierung und Erweiterung der Wirtschafts- und Konferenzgebäude mit rd. 6,5 Mil-

lionen Euro auf dem Plan. Nach jetziger Planung wird von einer Fertigstellung bis Ende 2012 ausgegangen.

ml



Ansicht Unterakademie

Quelle: hks architekturwerkstatt ac, Sigrid Blankenburg

mie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler, um dem Anspruch an Ausbildungsqualität und -quantität sowie den internationalen Anforderungen zu entsprechen.

Investitionen von rd. 17 Millionen Euro stehen für die Aus- und Umbaumaßnahmen zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls (Minderung der CO²-Emission), Erfüllung der Vorschriften der Energieeinsparverordnung, Sanierung, Modernisierung und Erweiterung des Infrastrukturnetzes aller Versorgungsträger, die Beseitigung von Reparaturrückstaus in den Freianlagen, die Erweiterung des Leistungsangebotes durch räumliche Erweiterung und die Verbesserung des Erscheinungsbildes der Ausbildungseinrichtung zur Verfügung. Der offizielle Startschuss zu der Modernisierung erfolgte am 3. November 2009.

Neue Grippe: Bundesfeuerwehrarzt gibt Impfpfehlung für Feuerwehren

„Der Impfschutz ist wichtig und richtig“, gibt Professor Dr. Peter Sefrin, Bundesfeuerwehrarzt des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), eine klare Empfehlung für die in diesen Tagen anlaufende Schutzimpfung gegen die Neue Grippe. „Die Feu-

erwehrangehörigen sind durch ihre Aufgaben naturgemäß einem erhöhten Risiko ausgesetzt und sollten die kostenfreie Impfung nutzen“, erklärt Sefrin. Der DFV und seine Mitgliedsverbände hatten



Foto: tommyS/pixelio

sich im August massiv dafür eingesetzt, dass die kostenfreie Impfmöglichkeit allen Feuerwehrangehörigen – ehren- wie hauptamtlichen – offen steht.

Fast 23.000 Fälle der als Schweingrippe bekannt gewordenen Krankheit sind bis Mitte Oktober in Deutschland gemeldet worden. Die überwiegende Zahl der Infektionen verlief komplikationslos, nur sieben Prozent der gemeldeten Fälle wurden zur Behandlung stationär im Krankenhaus aufgenommen. „Mit Blick auf die beginnende Grippe-saison ist in den kommenden Monaten jedoch mit einer größeren Anzahl zunehmend schwererer Krankheitsverläufe zu rechnen“, blickt der Bundesfeuerwehrarzt in die Zukunft.

Durch die Impfung wird die Aufrechterhaltung der flächendeckende Sicherheitsinfrastruktur durch die Feuerwehren gewährleistet: „Gerade Feuerwehrangehörige können vermehrten Kontakt mit Infizierten haben. Schon ein leichter Krankheitsverlauf gefährdet die Einsatzbereitschaft. Die Immunisierung unterbricht die Infektionskette“, erläutert Sefrin. Zusätzlich rät der Bundesfeuerwehrarzt zur Einhaltung der allgemein geltenden Hygieneregeln wie häufiges Hände waschen und Abstand zu erkrankten Personen. Diese einfachen Maßnahmen zur Verhinderung einer Infektion bieten oftmals bereits einen guten Schutz und sind genauso wichtig wie eine Impfung.

In einer Hintergrundinformation für Feuerwehrangehörige skizziert Prof. Dr. Sefrin die Eck-

punkte zum Thema Neue Grippe; neben einer kurzen Darstellung der Problematik bietet das Dokument auch Informationen zur Wichtigkeit der Impfung, der aktuellen Situation sowie dem verwendeten Impfstoff. Die Umsetzung der Impfung gegen die Neue Grippe wird lokal organisiert. Weitere Informationen bieten die Gesundheitsämter vor Ort.

DFV Pressemeldung

Waldbrandbekämpfung „Wipfelfeuer 2009“

Im September 2009 fand das 3. Fachsymposium Waldbrandbekämpfung „Wipfelfeuer 2009 in Götz (Havel/Brandenburg) statt.

Insgesamt 20 Aussteller präsentierten die neuesten Entwicklungen zum Thema Waldbrandbekämpfung wie z.B. Wasserrucksäcke oder Hand-



Praktisches Training beim Workshop „Einsatz von Handwerkzeugen“. Quelle: @fire

held Computer zur Einsatzführung. Neben neuer persönlicher Schutzausrüstung wurden auch spezielle Fahrzeuge ausgestellt. Mit einem Bumbibucket (Löschwasserbehälter für Hubschrauber) war auch die Bundespolizei dabei.

Manfred Gerdes vom Landesfeuerwehrverband Brandenburg begrüßte die Teilnehmer. Von der Berufsfeuerwehr Düsseldorf sprach Ulrich Cimolino zum Thema „Lehren aus bitteren Erfahrungen



Peter Lex (l.) und Dr. Hans König nach der Preisverleihung.
Quelle: @fire

gen der Vergangenheit“. Die Taktik zur Waldbrandbekämpfung in Brandenburg stellte Henry Merz vor. Über den Einsatz und die Möglichkeiten von Schaum referierte Holger deVries. Viele Tipps und Tricks zur sicheren Vorgehensweise bei Wald- und Flächenbränden brachte von der Berufsfeuerwehr

Osnabrück/@fire Jan Südmersen mit. Alan Sinclair vom Bureau of Indian Affairs aus den USA berichtete über die Taktiken der Waldbrandbekämpfung in den USA.

Höhepunkt der Fachtagung war die Verleihung des erstmaligen Ehrenpreises „Sivanus“ - Hüter des Waldes.

Forstdirektor a.D. Peter Lex und Dr. rer. silv. Hans König erhielten die Auszeichnung für ihr Lebenswerk im Bereich der Waldbrandbekämpfung. Sie sind Fachbuchautoren und Experten aus dem Bereich der direkten Waldbrandbekämpfung. Seit vielen Jahren halten sie Fachvorträge und bilden zielgerichtet deutschlandweit aus.

Das 3. Fachsymposium bestand aus einem theoretischen Informationsteil und sechs Workshops mit praktischen Übungen zu „Brandbekämpfung auf Kampfmittelbelasteten Flächen“, „Sicherheit im Waldbrandeinsatz“ mit Planspielen, „Effizienter Wassereinsatz bei der Waldbrandbekämpfung“, „Brandbekämpfung mit Handwerkzeugen“, „Einsatz von Löschgel“ und „GeoNet NRW“ zwecks Überwachung von Einsatzkräften mittels GPS.

@fire bietet ganzjährig spezielle und praxisnahe Ausbildungen im Bereich der Vegetationsbrandbekämpfung für kommunale Feuerwehren an. Im Jahr 2010 wird es wieder ein Wipfelfeuer geben.



ml

IMPRESSUM

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn

Verlag: BBK, Postfach 1867, 53008 Bonn
E-Mail: redaktion@bbk.bund.de
Internet: <http://www.bbk.bund.de>

Erscheint im Februar, Mai, August und November.
Redaktionsschluss ist jeweils der 1. Werktag des Vormonats.

Redaktion:
Ursula Fuchs (Chefredakteurin), Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein, Tel.: 022899-550-3609
Margit Lehmann, Tel.: 022899-550-3611

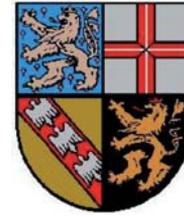
Layout: Nikolaus Stein
Abo-Verwaltung: Margit Lehmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:
BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Heute: Römischer Mosaikfußboden in Nennig, Saarland



Das Mosaik in der römischen Villa im saarländischen Nennig ist das größte nördlich der Alpen und gilt als eines der schönsten und bedeutendsten Zeugnisse römischer Mosaikkunst des 2./3. nachchristlichen Jahrhunderts.

Bei Erdarbeiten stieß der Landwirt Peter Reuter im Jahre 1852 zufällig auf römische Mosaiksteinchen. Während der umfassenden Ausgrabungen in den Jahren 1866 bis 1867 stellte sich heraus, dass dieser Mosaikfußboden als Prunkstück einer repräsentativen Empfangshalle im Mittelpunkt eines prachtvollen römischen Landhauses liegt. Diese Villa übertraf in Größe und Ausstattung alle römischen Paläste, die man im Moselraum bislang gefunden hat. Der Hauptbau hatte eine Gesamtbreite von 140 m; mit den Wandelhallen und Badeanlagen maß der Prachtpalast insgesamt 650 m.

Fast unversehrt konnte der 10 mal 16 Meter große Mosaikfußboden freigelegt werden.

Um ein Wasserbecken aus hellem Marmor sind sechs Achtecke und ein Rechteck dargestellt. Neben geometrischen Mustern sind bildliche Darstellungen mit Szenen aus dem Amphitheater wie „Wärter und Löwe“, „Peitschenkämpfer“, „Gespeerter Panther“, „Bärenhutz“, „Tiger und Esel“, „Gladiatoren“ und „Musikanten“ zu sehen.

Eine geradlinige Flechtbandleiste trennt das reichgegliederte innere Hauptfeld von der mit schwarzen und weißen Steinchen verzierten Umrandung. Edle Ornamente und die hohe Farbharmonie unterstreichen die Großartigkeit des Bildmosaiks. Zum Schutz der Mosaikfläche wurde 1974 ein Überbau errichtet. Die Grundmauern der römischen Villa wurden im freigelegten Zustand unverändert erhalten. Die römische Villa in Nennig kann täglich (außer Montag) besichtigt werden.

ml



Foto: Gemeinde Perl



Die internationale Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz gewinnt ständig an Bedeutung. Globale Risiken, wie der Klimawandel, der internationale Terrorismus, der Ausbruch von Pandemien ebenso wie die zunehmende grenzüberschreitende Vernetzung Kritischer Infrastrukturen lassen es geboten erscheinen, auch global zu agieren. Einige Projekte und Beispiele stellen wir in dieser Ausgabe vor (S. 2-36).

(Titelfoto: Stein/BBK)